D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 48
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

27. November 1981
Preis 1 DM

Sachverständigengutachten:

Auch künftig Reallohnabbau

Von Friedemann Bleicher

Wieder hat der Sachverständigenrat sein gesetzlich gefordertes Jahresgutachten zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage vorgelegt. Nur vier „Weise“ sind es noch, die dafür einstehen. Professor Werner Glastetter, der dem DGB nahesteht, hat den Rat verlassen, nachdem dieser im Juli ein Sondergutachten zur Förderung der „politischen Wende“ in die Welt gesetzt hatte.

Die Prognosen, die der zusammengeschmolzene Rat jetzt gibt, sind düster. Sie bleiben wesentlich hinter den Hoffnungen zurück, mit denen Schönwetterprophet Lambsdorff seine Kabinettskollegen noch jüngst in die Haushaltsberatungen geschickt hat. Um ½% soll das Sozialprodukt im kommenden Jahr wachsen, nach einem Rückgang um denselben Prozentsatz in diesem Jahr. Eine Besserung der Lage wird nicht vor Ende 1982 erwartet. Die Zahl der durchschnittlich registrierten Arbeitslosen wird gegenüber der bereits korrigierten Annahme der Bonner Ministerrunde nochmals um 50000 höher auf 1,65 Mio. geschätzt.

Trotzdem kommt das Wort Krise noch immer nicht über die Professorenlippen. Die nun 1½ Jahre andauernde wirtschaftliche Stagnation sei kein zyklischer Abschwung herkömmlichen Musters, heißt es, sondern eine „hartnäckige Stockungsphase“, in der die Unternehmen zu wenig investieren. Fehlende Investitionen (wo die Kapazitäten nur zu 80% ausgelastet sind!), da hat der Rat das Stichwort, das er braucht. Entschieden legt er sich auf jene knallharte Linie „angebotsorien-

stehen. Professor Werner Glastetter, der dem DGB nahesteht, hat den Rat verlassen, nachdem dieser im Juli ein Sondergutachten zur Förderung der „politischen Wende“ in die Welt gesetzt hatte.

Die Prognosen, die der zusammengeschmolzene Rat jetzt gibt, sind düster. Sie bleiben wesentlich hinter den Hoffnungen zurück, mit denen Schönwetterprophet Lambsdorff seine Kabinettskollegen noch jüngst in die Haushaltsberatungen geschickt hat. Um ½% soll das Sozialprodukt im kommenden Jahr wachsen, nach einem Rückgang um denselben Prozentsatz in diesem Jahr. Eine Besserung der Lage wird nicht vor Ende 1982 erwartet. Die Zahl der durchschnittlich registrierten Arbeitslosen wird gegenüber der bereits korrigierten Annahme der Bonner Ministerrunde nochmals um 50000 höher auf 1,65 Mio. geschätzt.

Trotzdem kommt das Wort Krise noch immer nicht über die Professorenlippen. Die nun 1½ Jahre andauernde wirtschaftliche Stagnation sei kein zyklischer Abschwung herkömmlichen Musters, heißt es, sondern eine „hartnäckige Stockungsphase“, in der die Unternehmen zu wenig investieren. Fehlende Investitionen (wo die Kapazitäten nur zu 80% ausgelastet sind!), da hat der Rat das Stichwort, das er braucht. Entschieden legt er sich auf jene knallharte Linie „angebotsorien-
tierter Politik“ fest, die Großbritannien seit drei Jahren ein ständig zunehmendes Heer von Arbeitslosen beschert und die USA in den letzten Monaten nach dem ersten Ansatz von Erholung gleich wieder in die Krise getrieben hat.

Gewerkschaften, Unternehmen und Staat werden zu einer gemeinsamen „Beschäftigungsstrategie“ aufgefordert, deren wichtigster Bestandteil *gemäßigte Lohnabschlüsse* seien. Allenfalls auf mittlere Sicht dürften sich die Tariferhöhungen an der Höhe der Preissteigerungen orientieren, schreiben die Männer des Sachverstandes. Es müsse eine auf lange Sicht angelegte Umverteilung zugunsten der Gewinne geben. Für 1982 stellt sich der Rat eine Erhöhung der „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ um 3%, netto um 2%, bei 5,5% Preissteigerung vor.

So einfach stellt sich der Kern „angebotsorientierter Politik“ dar, ergänzt durch die Forderung, den privaten Sektor der Produktion von allen staatsinterventionistischen Verunreinigungen zu säubern. Einseitig wird hier die Kostensituation des Kapitalisten – des „Anbieters“ am Markt – zum Angelpunkt erklärt, so wie die „Nachfrageorientierte Politik“ einseitig nach Möglichkeiten zur Erhöhung der Nachfrage kundschaftet. Beide Varianten entspringen kapitalistischen Interessen, in beiden Fällen handelt es sich um den Versuch, den geschrumpften Profiten wieder eine pralle Form zu geben. Einmal, indem die Kosten, die vermindert werden; vor allem die Lohnkosten, wie sich versteht. Das andere Mal durch Auslastung leerer Kapazitäten, was schließlich ebenfalls zu sinkenden Stückkosten führt.

Letztere Methode aber ist nur gangbar, wenn der Profitmotor nach kurzem Anstoß wieder voll anspringt, das alte Kapital wieder profitlich arbeitet und hohe Akkumulationsraten den Abbau der Staatsverschuldung und eine Zunahme des Reallohns erlauben. Und solchen Spielraum gibt es seit der Krise 1974 nicht mehr, wie leicht daran erkennbar ist, daß im Gegensatz zu den vorigen Krisen mittlerweile wirklicher Mangel an Produktionsmitteln herrscht, während gleichzeitig weiter Kapital vernichtet wird und der Pleitegeier immer mehr Opfer findet.

Die weltweit sich durchsetzende neue Wirtschaftspolitik ist zweifellos brutaler als die vorige. Aber sie ist nicht Ergebnis eines politischen Willensaktes, sondern vor allem Anpassung an eine geänderte wirtschaftliche Lage. Deshalb klärt es auch nicht viel, wenn so getan wird, als hänge von der Zinspolitik der Bundesbank das Heil ab. Es war schon in den früheren Krisen falsch, sie, wie in weiten Kreisen der Gewerkschaften geschehen, als politisch gemachte zu handeln. Die kapitalistischen Verhältnisse sind darüber beschönigt worden, blieben unangetastet und konnten eine Lage erzwingen, in der wieder die rohen Kräfte der „unsichtbaren Hand“ Geltung verlangen und das Gesetz des Ellbogens zur moralischen Maxime wird.

Einem „Krebsschaden gleich“ komme die Bereitschaft, aus Beschäftigungsrücksichten leistungsschwache Unternehmen durch Subventionen zu erhalten, zumal große Unternehmen, schreibt der Sachverständigenrat. Die

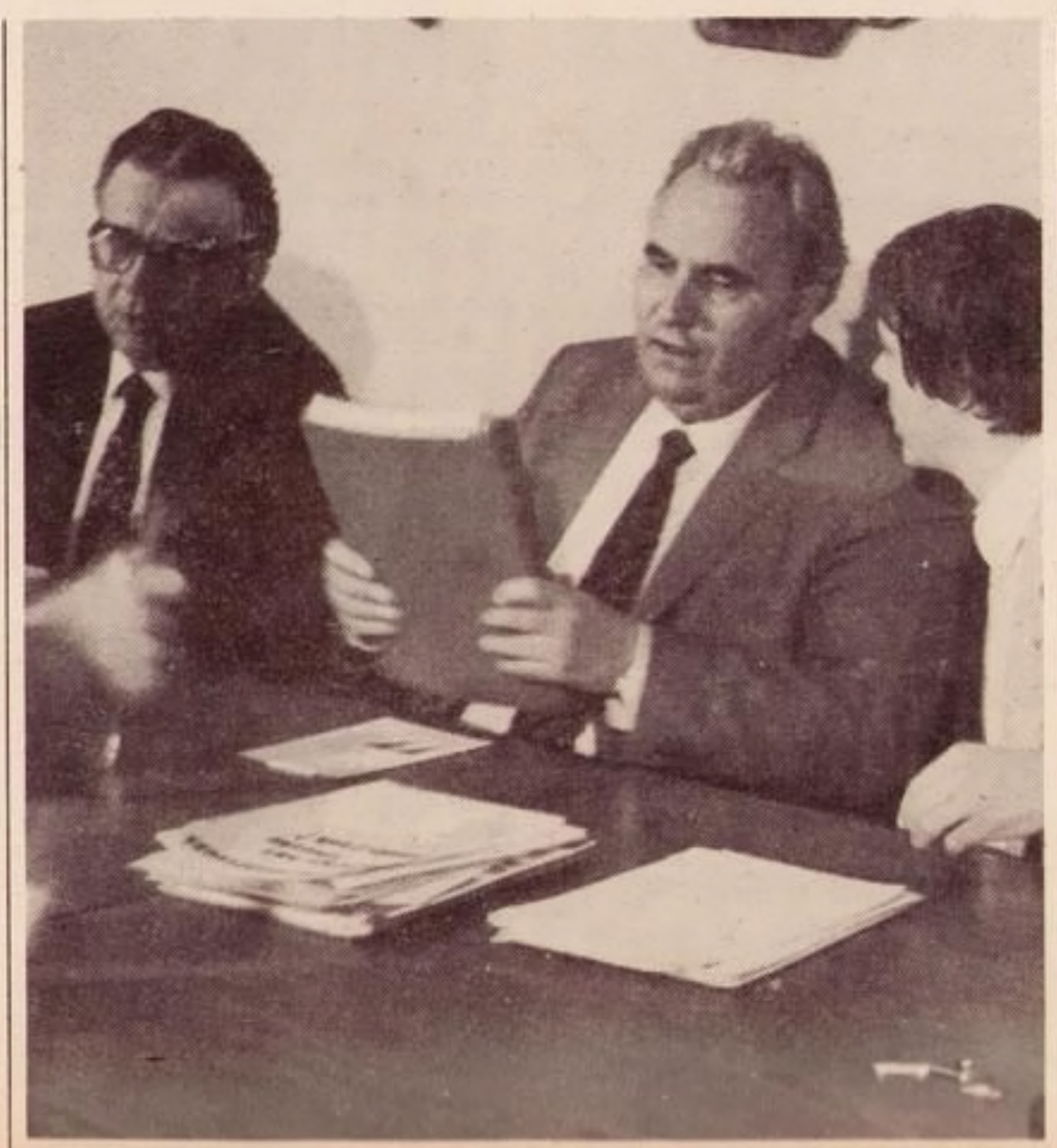
und hohe Akkumulationsraten den Abbau der Staatsverschuldung und eine Zunahme des Reallohns erlauben. Und solchen Spielraum gibt es seit der Krise 1974 nicht mehr, wie leicht daran erkennbar ist, daß im Gegensatz zu den vorigen Krisen mittlerweile wirklicher Mangel an Produktionsmitteln herrscht, während gleichzeitig weiter Kapital vernichtet wird und der Pleitegeier immer mehr Opfer findet.

Die weltweit sich durchsetzende neue Wirtschaftspolitik ist zweifellos brutaler als die vorige. Aber sie ist nicht Ergebnis eines politischen Willensaktes, sondern vor allem Anpassung an eine geänderte wirtschaftliche Lage. Deshalb klärt es auch nicht viel, wenn so getan wird, als hänge von der Zinspolitik der Bundesbank das Heil ab. Es war schon in den früheren Krisen falsch, sie, wie in weiten Kreisen der Gewerkschaften geschehen, als politisch gemachte zu handeln. Die kapitalistischen Verhältnisse sind darüber beschönigt worden, blieben unangetastet und konnten eine Lage erzwingen, in der wieder die rohen Kräfte der „unsichtbaren Hand“ Geltung verlangen und das Gesetz des Ellbogens zur moralischen Maxime wird.

Einem „Krebsschaden gleich“ komme die Bereitschaft, aus Beschäftigungsrücksichten leistungsschwache Unternehmen durch Subventionen zu erhalten, zumal große Unternehmen, schreibt der Sachverständigenrat. Die
„natürliche Rate der Arbeitslosigkeit“ wird hier reklamiert. Immer wenn das Heer der Arbeitslosen nicht ausreicht, den Lohn so weit zu drücken, daß die Profite aufblühen, ist die Rate „unnatürlich“. Daher auch der Satz: „*Alle* sozialpolitischen Regelungen, gleichviel ob sie im einzelnen gut oder schlecht begründet sind, schaffen Regelkreisstörungen, sobald sie die Selbstverantwortung des einzelnen aushöhlen.“ Wobei mit „Regelkreis“ eben der Zusammenhang Arbeitslosigkeit-Lohn-Profit gemeint ist.

Schließlich wird verlangt, alle Steuern, „die direkt oder indirekt auf den Investitionen lasten“, zumindest zu senken, dafür die Steuern auf den Verbrauch, also vor allem die Mehrwertsteuer, zu erhöhen. Und erst nach all dem kommt die Anregung, die in absichtsvoller Voreiligkeit als Forderung nach einem „Beschäftigungsprogramm“ weitergegeben wurde: 3,5 Mrd. Mark mehr öffentliche Investitionen und weitere 3,5 Mrd. Mark Investitionsprämien für akkumulationslustige Fabrikanten. Zum Glück fährt der DGB auf diese Sorte „Beschäftigungsförderung“ nicht mehr ab, die lückenlos in den von der Bundesregierung mit ihren Haushaltsbeschlüssen eingeschlagenen Kurs paßt.

Der Sachverständigenrat macht nicht nur Dampf zur Verschärfung dieses Kurses – noch ist ja der Haushalt '82 nicht beschlossen –, sondern er zeigt auch, daß die Haushalts- und Finanzpolitik bloß den Flankenschutz bildet für eine auf lange Sicht angelegte direkte Senkung des Reallohnes.



„Manch einer möchte uns auf polnische Branchengewerkschaften reduzieren.“ Stattdessen will die ÖTV die Zulagentarife für Angestellte kündigen und Kampfmaßnahmen gegen die beabsichtigten Kürzungen vorbereiten. (s. S. 13)

Regierung dementiert Putschgerüchte

„Die Situation in Spanien ist absolut normal“

cof. Nichts spricht dafür, daß sich die Lage in Spanien „konsolidiert“ hat. Die reaktionäre Militärspitze hat wohl ein so spektakuläres Datum wie den fünften Todestag Francos nicht zum Putsch genutzt – mag sein, daß sie die Ausrichtung der regierenden Demokratischen Zentrumsunion (UCD) nach rechts durch Ministerpräsident

Doch auch die Bewegungsfähigkeit der Linken scheint begrenzt. Den Delegierten des PSOE-Parteitags vor einem Monat war es wichtiger, sich als seriöse regierungsfähige Kraft mit dem richtigen Mann an der Spitze darzustellen, als über ein Programm zur Bekämpfung der stets wachsenden Arbeitslosigkeit oder der trostlosen Dürre in den



„Manch einer möchte uns auf polnische Branchengewerkschaften reduzieren.“ Stattdessen will die ÖTV die Zulagentarife für Angestellte kündigen und Kampfmaßnahmen gegen die beabsichtigten Kürzungen vorbereiten. (s. S. 13)

Regierung dementiert Putschgerüchte

„Die Situation in Spanien ist absolut normal“

cof. Nichts spricht dafür, daß sich die Lage in Spanien „konsolidiert“ hat. Die reaktionäre Militärspitze hat wohl ein so spektakuläres Datum wie den fünften Todestag Francos nicht zum Putsch genutzt – mag sein, daß sie die Ausrichtung der regierenden Demokratischen Zentrumsunion (UCD) nach rechts durch Ministerpräsident
Calvo Sotelo und die Ausschaltung des liberaleren Suarez-Flügels abwarten läßt. Aber ist die Gefahr des Militärputsches damit gebannt? 300000 Franco-Anhänger, die während der Kundgebung zum Gedenken an den „großen Kapitän“ letzten Sonntag in Madrid „Raus mit Guernica“, „Es lebe Tejero“ und „Freiheit für die patriotischen Gefangenen“ brüllten – ist das nicht eine Ermutigung für all diejenigen in den Generalstäben und unter den christlichen Bourgeois, denen die momentane Weigerung des Regierungschefs, mit der rechtsradikalen „Volksallianz“ des Franco-Ministers Fraga Iribarne zusammenzugehen, nicht paßt und denen die Massendemonstrationen der Sozialisten und Kommunisten für „Frieden, Freiheit und Abrüstung“, für die „Rettung der Demokratie“ und gegen den NATO-Beitritt erst recht ein Greuel sind?

Calvo Sotelo an der Spitze des zerbröselnden Regierungsbündnisses hat zwar die Parlamentsmehrheit hinter sich, aber die Regierung hat kein Programm. Die Volksallianz und auch die aus der UCD ausgetretenen Sozialdemokraten unterstützen beispielsweise die Haushaltsvorlage, aber die ist keineswegs geeignet, die wirtschaftliche Krise und die daraus folgende Polarisierung der politischen Kräfte auch nur abzumildern – zeichnet sie sich doch vor allem dadurch aus, daß dem freien Unternehmertum eine Reihe vor allem steuerlicher Investitionsanreize geboten werden, aber keine Peseta für die Schaffung neuer Arbeitsplätze vorgesehen ist.

Doch auch die Bewegungsfähigkeit der Linken scheint begrenzt. Den Delegierten des PSOE-Parteitags vor einem Monat war es wichtiger, sich als seriöse regierungsfähige Kraft mit dem richtigen Mann an der Spitze darzustellen, als über ein Programm zur Bekämpfung der stets wachsenden Arbeitslosigkeit oder der trostlosen Dürre in den
landwirtschaftlichen Kerngebieten zu streiten. Genausowenig tragen die Spaltungstendenzen innerhalb der PCE zur Stärkung der Linken bei. Der Hoffnung beider Parteien, mit Teilen der UCD eine Mitte-Links-Koalition zur Rettung der Demokratie zu bilden, hat jetzt gerade Calvo Sotelo eine Absage erteilt. Vorbei ist die „Konzertation“, die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition, wie sie sich zuletzt im Abschluß eines Abkommens über den föderalistischen Charakter des Staates verkörpert hat.

Derweil rüstet die Rechte auf allen Ebenen: Der Unternehmerverband päppelt seit dem galizischen Wahlkampf in aller Offenheit die „Volksallianz“, weil ihm die UCD zu zerbrechlich ist: „Die Politik ist zu wichtig, um sie nur Berufspolitikern und Bürokraten zu überlassen“, erklärte der Verbandsvorsitzende und machte sich für die „Gran Derecha“, die Große Rechte, stark. Sollte die nicht zustandekommen und weiter ein Sieg der Sozialisten bei den nationalen Wahlen 1983 zu befürchten sein, ist das Militär vorbereitet: Die Offiziere der extremen Rechten haben im Verein mit der Militärjustiz gerade nach dem mißglückten Putschversuch im Februar ihre Stellung ausbauen können, Beförderungen erreicht, die mildesten Urteile erwirkt, und sie sind gerade dabei, Hetzschriften zur Sammlung für den Kampf gegen die Demokratie zu verschicken, die sich als unfähig erwiesen habe, „Terrorismus“ und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Grausames Spiel

gek. Irgendwo in Shakespeares Königsdramen heißt es: Die Welt ist ein Narrentanz, zu dem alle die Beine heben. Manches in der letzten Woche, zwischen Reagans World-Television-Show per Satellit und dem zeremoniellen Empfang des Kreml-Herrschers in Bonn, vom wirren Lärm der Schlagworte „Null-Lösung“, „Teilreduzierung“, „Moratorium“, der aus der Manege drang, erinnerte daran. Der Dirigent mit der unbewegten Maske aus Moskau hinterließ dabei einen wenigstens so starken Eindruck wie der Bildschirmroutinier aus Washington. Schwach war das Publikum; das geladene jedenfalls.

Rekapitulieren wir: Reagan hatte, den Bedenken europäischer Regierungen entgegenkommend, der Sowjetunion für die beginnenden Genfer Verhandlungen weltöffentlich eine „Null-Lösung“ vorgeschlagen: ihr verschrottet eure bereits stationierten SS-20, wir stationieren keine Pershing II und Cruise Missile in Westeuropa. Schon am nächsten Tag wies die Prawda das Ansinnen glatt zurück: solche einseitigen Abrüstungsschritte seien der Sowjetunion natürlich nicht zumutbar. – Alle Welt wartete gespannt auf Breschnews Gegenzug. Sowjetische Propagandafachleute ließen westliche Pressefritzen bis nach Beginn der Tischreden nach dem Manuskript von Breschnews Toast japsen, in dem „es“ kommen sollte. Breschnew schlug ein „erweitertes Moratorium“ vor: die USA sollten ihrerseits, solange verhandelt wird, auf die neuen Mittelstreckenraketen verzichten, dann sei die SU „sozusagen im Vorschuß“ bereit, von ihren tausend Trägerwaffen einige hundert, „ich wiederhole, hunderte Einheiten“, ja was? – hinter den Ural zurückzuziehen ...

Dirigent mit der unbewegten Maske aus Moskau hinterließ dabei einen wenigstens so starken Eindruck wie der Bildschirmroutinier aus Washington. Schwach war das Publikum; das geladene jedenfalls.

Rekapitulieren wir: Reagan hatte, den Bedenken europäischer Regierungen entgegenkommend, der Sowjetunion für die beginnenden Genfer Verhandlungen weltöffentlich eine „Null-Lösung“ vorgeschlagen: ihr verschrottet eure bereits stationierten SS-20, wir stationieren keine Pershing II und Cruise Missile in Westeuropa. Schon am nächsten Tag wies die Prawda das Ansinnen glatt zurück: solche einseitigen Abrüstungsschritte seien der Sowjetunion natürlich nicht zumutbar. – Alle Welt wartete gespannt auf Breschnews Gegenzug. Sowjetische Propagandafachleute ließen westliche Pressefritzen bis nach Beginn der Tischreden nach dem Manuskript von Breschnews Toast japsen, in dem „es“ kommen sollte. Breschnew schlug ein „erweitertes Moratorium“ vor: die USA sollten ihrerseits, solange verhandelt wird, auf die neuen Mittelstreckenraketen verzichten, dann sei die SU „sozusagen im Vorschuß“ bereit, von ihren tausend Trägerwaffen einige hundert, „ich wiederhole, hunderte Einheiten“, ja was? – hinter den Ural zurückzuziehen ...

Nun sind die SS-20 gerade berühmt wegen ihrer Mobilität; und natürlich wäre auch der Rest noch ausreichend für mehrfachen Overkill der Nervenzentren Westeuropas. Aber Breschnew ging noch weiter: in listiger Anlehnung an die Forderungen der europäischen

Friedensbewegung erklärte er es zum Ziel sowjetischer Verhandlungsführung, „daß Europa letzten Ende frei von Kernwaffen sein wird ... Das wäre eine wirkliche ‚Null-Lösung‘“. Sehr gut. Der kleine Haken wäre nur, daß die Sowjetunion sich hier nicht zu Europa zählen würde. Und jedes bloße atomare Auseinanderrücken ihre konventionelle Überlegenheit „von Polen bis Portugal“ noch wirkungsvoller zur Geltung brächte.

Mag sein, daß sich unter dem Druck der Weltmeinung, auch im eigenen Lager, die beiden Großmächte in Genf auf eine gewisse gegenseitige Verringerung ihrer „eurostrategischen“ Massenvernichtungspotentiale einigen. Die reale *Kriegsgefahr* in Europa wäre nur mininal verringert. Breschnews Kriegslisten im Vorfeld von Genf lehren die europäische Friedensbewegung, ihre Ziele genauer zu bestimmen.

Mit dem ersten KOMM-Prozeß ist mehr als ein Verfahren geplatzt

k. Am vergangenen Dienstag, dem 8. Verhandlungstag des ersten Nürnberger KOMM-Prozesses, erlebte die Staatsanwaltschaft mit ihrer Anklage ihr Fiasko: Das Verfahren ist geplatzt und die Chancen, daß es endgültig eingestellt wird, stehen gut. Das bedeutet gleichzeitig, daß auch die anderen KOMM-Prozesse jedenfalls derzeit nicht weitergeführt werden. Faktisch sind die Verfahren bereits heute erledigt.

Das Gericht hat das Verfahren nicht nur auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, sondern der Verteidigung nachträglich die Möglichkeit eingeräumt, zur Frage Stellung zu nehmen, ob die Anklage der Staatsanwaltschaft überhaupt zur Verhandlung zugelassen werden kann. Dazu kam es, weil die Staatsanwaltschaft dem Gericht gezinkte Akten vorgelegt hatte und erst nach und nach in der schon begonnenen Hauptverhandlung gezwungen werden mußte, das die Angeklagten entlastende Material vorzulegen.

Wozu es nicht mehr gekommen war: Das Gericht hatte auf Antrag der Verteidigung dienstliche Erklärungen der Richter eingeholt, die am 6.3.81 die 141 Haftbefehle ausgestellt hattgn. Sie sollten erklären, was ihnen an Akten, Berichten und Vernehmungen vorgelegen hatte. Erst nachdem das Gericht die Aussetzung des ersten KOMM-Prozesses bereits verkündet hatte, wurden diese Erklärungen vorgelegt. Aus ihnen ergibt sich, daß die Haftrichter samt und sonders 141 Haftbefehle auf der einzigen Grundlage eines zusammenfassenden Schlußberichts eines Kriminalbeamten erlassen hatten, der selber auf der Demonstration vom 5.3. gar nicht anwesend war. Aus ihnen ergibt sich weiter, daß die Haftrichter sich noch nicht einmal die Aussagen der Polizeibeamten vorlegen ließen, die bereits vor Erlaß der Haftbefehle vernommen waren. Die Haftrichter haben sich dadurch zum richterlichen Sprachrohr eben jener Polizei gemacht, mit der Strauß, wie er in seiner diesjährigen Aschermittwochsrede tönte, „in Bamberg wie in Nürnberg und in München dafür gesorgt (hat), daß den Chaoten keinerlei Auftrieb gelassen wird ... Wir haben das in Bayern nicht geduldet, wir dulden es nicht und wir werden es nicht dulden!“ Willfährige Haftrichter haben sich mit ihren ungeprüften Haftentscheidungen den politischen Zielen der Reaktion untergeordnet. Die Strafanzeigen wegen Rechtsbeugung, die 50 Eltern von Verhafteten in Nürnberg erstattet haben, werden jetzt anders bearbeitet werden müssen.

Einen erfreulichen Rückschlag erleidet Strauß nach diesem Fiasko seiner Anklage auch, weil er mit den Nürnberger Verhaftungen ein Zeichen für all jene setzen wollte, die in seinen und anderer Reaktionäre Augen gegen Hausbesetzer und andere Oppositionelle nicht hart genug durchgreifen. Immerhin fand die Massenverhaftung vom 5.3. während des Berliner Wahlkampfes statt, und Strauß versprach sich günstige Auswirkungen. Mehrfache Gesetzesinitiativen des Landes Bayern und der CDU/CSU in Bundestag und Bundesrat zur Änderung des Landfriedensbruchparagraphen („Dem geltenden wirkungslosen Tatbestand des Landfriedensbruchs soll eine den öffentlichen Frieden sichernde Funktion wiedergegeben werden“) waren gescheitert, zuletzt in der Debatte des Bundestages vom 22.10.81. Die Nürnberger Massenverhaftungen und die nachfolgenden Verurteilungen sollten zeigen, daß es auch so geht. Jetzt stehen die Chancen gut, daß es so eben doch nicht geht.

Der erste KOMM-Prozeß ist geplatzt. Die KOMM-Prozesse sind aber nicht abgeschlossen. Die 13. Strafkammer des Landgerichts Nürnberg wird jetzt, nachdem das Verfahren erstmal ausgesetzt ist und der öffentliche Druck nachgelassen haben wird, sich auch nicht vom Saulus zum Paulus wandeln; eröffnet hatte sie das Verfahren immerhin, und eingestellt hat sie es auch nicht, obwohl dies die Forderung der Verteidigung war. Es sind aber Strafanzeigen erstattet worden, gegen die Haftrichter wegen Rechtsbeugung, gegen die Staatsanwälte wegen Aktenunterdrückung. Sie werden sorgfältig verfolgt werden müssen, wenn sie nicht zur „Selbstreinigung der Justiz“ werden sollen.

Weitere Informationen gibt:
Bürgerinitiative 5. März
für Grundrecht u. Demokratie
Äußere Großweidenmühlstr. 16
8500 Nürnberg 90
Tel.: 0911/330758; Mo. – Fr. 10 – 13 h
Spendenkto: J. Mißbach Sonderkto.
215509-850 PschA Nbg.

„Das Volksbegehren ist verfassungswidrig“

Volk nötigt Regierung / Landtag beschließt

kow.Frankfurt. Der Bau der Startbahn sei „unvermeidbar“, das Volksbegehren „verfassungswidrig“, ein Baustopp nicht geboten – der Landtag sprach's wie mit einer Stimme. Die 8 abtrünnigen Sozialdemokraten, die vor 2 Wochen noch für Baustopp eintraten, sind umgefallen. Wenige Stunden vorher: das 3. Hüttendorf wird geräumt, zur Überraschung nicht nur der Startbahngegner, sondern auch der Stadt Rüsselsheim, der der Wald gehört. Das 4. Hüttendorf ist im Bau, Tausende demonstrierten in großen und kleinen Städten.

Drei von der hessischen Landesregierung bestellte juristische Gutachter haben zwei Tage zuvor den Gesetzesantrag der AG Volksbegehren verrissen. Ihre Begründungen sollen das Diktat der herrschenden Klasse in Sachen Startbahn fundieren, und zugleich soll das Recht auf Volksentscheid ein für allemal praktisch liquidiert werden.

Der Gesetzesentwurf verletze die Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen Bund und Land. Luftverkehrsrecht sei Bundesangelegenheit und könne deshalb nicht Gegenstand eines Volksbegehrens des Landes Hessen sein. Dabei handelt es sich offensichtlich nicht um Rechte im Luftverkehr, sondern um die Standorterweiterung eines Flughafens, also um ein Raumordnungsverfahren. Als Notnagel zur Begründung dient den Gutachtern ein behauptetes „Bundes*interesse*“, von Hauff und Brandt erst kürzlich ins Spiel gebracht.

Ferner verstoße der Entwurf gegen das „Willkürverbot“, weil er in dem Gesetzesgestrüpp das „hessische Landesplanungssystem durchbreche“. Schon in den juristischen Kommentaren des Gesetzentwurfes selber mußten die Verfasser in demütigender Prozedur den Nachweis erbringen, daß der Entwurf gegen kein anderes von ihm tangiertes Recht verstößt, so z.B. nicht gegen das NATO-Truppenstatut. Es ist also in diesem Fall, um überhaupt eine Volksabstimmung zu beantragen, juristisch nötig, die Besatzerrechte der US-Army anzuerkennen.

Außerdem würden nach Aussagen der Gutachter beim Volksentscheid die direkt Betroffenen, die Gemeinden und Gemeindeverbände, im förmlichen Verfahren nicht beteiligt, so z.B. die Stadt Frankfurt, die *für* den Ausbau sei. – Das ist der Gipfel angesichts der jahrelangen Unterdrückung der betroffenen Anliegergemeinden und ihrer Zwangsenteignung durch den Zentralstaat. Erst kürzlich hatte Innenminister Gries den Gemeinden des Kreises Groß-Gerau in einem Erlaß untersagt, sich am Volksbegehren geistig oder materiell zu beteiligen. Ein Gutachter: An einer Volksabstimmung können sich die Gemeinden nicht beteiligen, sondern „nur das Gemeindevolk“!

Je schroffer die privaten Profitinteressen der FAG und das Verlangen nach einer gesellschaftlichen sinnvollen Wirtschaftsentwicklung und nach Umwelterhaltung in den Kämpfen aufeinandertreffen, desto offener wird der Unterdrückungscharakter dieses Staates: Das Volk soll systematisch von jeder direkten Entscheidung über seine Angelegenheiten ausgeschlossen sein. Auf der gleichen Linie liegt das Ansetzen des RAF-Fahnders Rebmann auf Alexander Schubart, den Sprecher der AG Volksbegehren, wegen „Nötigung“ der Regierung.

Die BI hat den hessischen Staatsgerichtshof angerufen, dessen Spruch Börner „sich beugen“ will. Auf dessen „Unabhängigkeit“ zu hoffen, wäre verfehlt. Denn erstens wird das Gericht durch die Politik der vollendeten Tatsachen (Waldrodung) unter Druck gesetzt. Zweitens ist es an diese Rechtsstaatlichkeit gebunden, die das Recht des Privateigentümers auf sein profitables Geschäft garantiert. *Unabhängig* ist das Staatsgericht nur vom Volk.

Die BI hat zum Entsetzen von Landesregierung und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ von vornherein erklärt, daß unabhängig vom Gerichtsentscheid der Widerstand weitergeht, nur über die Formen im einzelnen muß noch beraten werden.

Folgendes ist jetzt wichtig:

1. In der Kritik der Sache nicht nachzulassen (so dem jetzt behaupteten „Bundesinteresse“), diese Informationen besonders in den Gewerkschaften und hessenweit zu verbreiten.
2. Die politische und rechtliche Lage bewußt zu machen. Die Bewegung muß ihre Forderung nach „Demokratie“ (so das Motto der Demonstration in Wiesbaden) präzisieren und verstärkt dafür kämpfen. Das Recht auf Volksentscheid muß von allen schikanösen Auflagen befreit werden und tangierte Rechte brechen können, sonst ist es witzlos. – Die kommunale Selbstverwaltung gegenüber dem Zentralstaat muß gestärkt bzw. überhaupt erst erkämpft werden.
3. Sofortiger Baustopp (dafür hatte sich u.a. ein Richter des Verfassungsgerichtshofes NRW ausgesprochen) und Polizeiabzug. Abschaffung der „Amtshilfe“ der Polizei aus anderen Bundesländern und des Bundesgrenzschutzes. Solidarität mit A. Schubart und den anderen kriminalisierten Startbahngegnern.
4. Waldbesetzung auf dem Gebiet des „Bauloses 2“, das in Kürze gerodet werden soll. Zeit und Art der Aktion muß die BI bestimmen, statt auf Polizeiüberfälle zu reagieren, sonst ist unsere organisierte Kraft zu gering. Bei den zahlreichen dezentralen Demonstrationen in den nächsten Tagen

Samstag, 11 Uhr, Hauptwache, Frankfurt
11 Uhr Offenbach

kommt es gerade darauf an, die Bevölkerung zu informieren und mobilisieren.



„Was riecht das hier plötzlich so brenzlig? Wie wenn jemand irgendwo Feuer macht!“

was ihnen an Akten, Berichten und Vernehmungen vorgelegen hatte. Erst nachdem das Gericht die Aussetzung des ersten KOMM-Prozesses bereits verkündet hatte, wurden diese Erklärungen vorgelegt. Aus ihnen ergibt sich, daß die Haftrichter samt und sonders 141 Haftbefehle auf der einzigen Grundlage eines zusammenfassenden Schlußberichts eines Kriminalbeamten erlassen hatten, der selber auf der Demonstration vom 5.3. gar nicht anwesend war. Aus ihnen ergibt sich weiter, daß die Haftrichter sich noch nicht einmal die Aussagen der Polizeibeamten vorlegen ließen, die bereits vor Erlaß der Haftbefehle vernommen waren. Die Haftrichter haben sich dadurch zum richterlichen Sprachrohr eben jener Polizei gemacht, mit der Strauß, wie er in seiner diesjährigen Aschermittwochsrede tönte, „in Bamberg wie in Nürnberg und in München dafür gesorgt (hat), daß den Chaoten keinerlei Auftrieb gelassen wird ... Wir haben das in Bayern nicht geduldet, wir dulden es nicht und wir werden es nicht dulden!“ Willfährige Haftrichter haben sich mit ihren ungeprüften Haftentscheidungen

cen gut, daß es so eben doch nicht geht.

Der erste KOMM-Prozeß ist geplatzt. Die KOMM-Prozesse sind aber nicht abgeschlossen. Die 13. Strafkammer des Landgerichts Nürnberg wird jetzt, nachdem das Verfahren erstmal ausgesetzt ist und der öffentliche Druck nachgelassen haben wird, sich auch nicht vom Saulus zum Paulus wandeln; eröffnet hatte sie das Verfahren immerhin, und eingestellt hat sie es auch nicht, obwohl dies die Forderung der Verteidigung war. Es sind aber Strafanzeigen erstattet worden, gegen die Haftrichter wegen Rechtsbeugung, gegen die Staatsanwälte wegen Aktenunterdrückung. Sie werden sorgfältig verfolgt werden müssen, wenn sie nicht zur „Selbstreinigung der Justiz“ werden sollen.

Weitere Informationen gibt:
Bürgerinitiative 5. März
für Grundrecht u. Demokratie
Äußere Großweidenmühlstr. 16
8500 Nürnberg 90
Tel.: 0911/330758; Mo. – Fr. 10 – 13 h
Spendenkto: J. Mißbach Sonderkto.
215509-850 PschA Nbg.

fens, also um ein Raumordnungsverfahren. Als Notnagel zur Begründung dient den Gutachtern ein behauptetes „Bundesinteresse“, von Hauff und Brandt erst kürzlich ins Spiel gebracht.

Ferner verstoße der Entwurf gegen das „Willkürverbot“, weil er in dem Gesetzesgestrüpp das „hessische Landesplanungssystem durchbreche“. Schon in den juristischen Kommentaren des Gesetzentwurfes selber mußten die Verfasser in demütigender Prozedur den Nachweis erbringen, daß der Entwurf gegen kein anderes von ihm tangiertes Recht verstößt, so z.B. nicht gegen das NATO-Truppenstatut. Es ist also in diesem Fall, um überhaupt eine Volksabstimmung zu beantragen, juristisch nötig, die Besatzerrechte der US-Army anzuerkennen.

Außerdem würden nach Aussagen der Gutachter beim Volksentscheid die direkt Betroffenen, die Gemeinden und Gemeindeverbände, im förmlichen Verfahren nicht beteiligt, so z.B. die Stadt Frankfurt, die für den Ausbau sei. – Das ist der Gipfel angesichts der jahrelangen Unterdrückung der betroffenen Anliegergemeinden und ihrer Zwangsenteignung durch den Zentralstaat. Erst kürzlich hatte Innenminister Gries den Gemeinden des Kreises Groß-Gerau in einem Erlaß untersagt, sich am Volksbegehren gei-

desregierung und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ von vornherein erklärt, daß unabhängig vom Gerichtsentscheid der Widerstand weitergeht, nur über die Formen im einzelnen muß noch beraten werden.

Folgendes ist jetzt wichtig:
1. In der Kritik der Sache nicht nach-

strationen in den nächsten Tagen

Samstag, 11 Uhr, Hauptwache, Frankfurt
11 Uhr Offenbach

kommt es gerade darauf an, die Bevölkerung zu informieren und mobilisieren.



„Was riecht das hier plötzlich so brenzlig? Wie wenn jemand irgendwo Feuer macht!“

„Neue“: Statt Tageszeitung nur noch als Wochenzeitung

kvz. Die „Neue“, neben der „taz“ zweite linke Tageszeitung, hat das im Sommer gesteckte Ziel von 5000 neuen Abonnenten, notwendig, um den Konkurs der Zeitung aufzuhalten, nicht erreicht. 1500 haben in diesem Zeitraum nur die „Neue“ zusätzlich abonniert. Am 13.11. erklärte die Redaktion der „Neuen“ hierzu: „Die ‚Neue‘ als Tageszeitung ist, zumindest vorerst, nicht mehr machbar. Wir sehen uns, in einer personell-ökonomischen Zwangsjacke steckend, außerstande, eine täglich erscheinende ‚Neue‘ den berechtigten Wünschen, Anforderungen und Bedürfnissen der Leser entsprechend zu verbessern. Die ‚Neue‘ als Tageszeitung entspricht in ihrem derzeitigen Zustand auch nicht dem Qualitätsanspruch, den die Redaktion selbst an eine Tageszeitung legt. Die tägliche Erscheinungsweise der ‚Neuen‘ wird daher ab 14.12.1981 unterbrochen. Der Unterbruch erfolgt, bis konzeptionell und finanziell eine tragfähige Basis gefunden werden kann. Wir gehen davon aus, daß dies mindestens ein Jahr in Anspruch nimmt. Bis dahin wird die ‚Neue‘ wöchentlich erscheinen.“

Hausarrest während des Breschnew-Besuchs

gkr. Gegen 13 Afghanen, 9 Türken und einen protestantischen Pastor lettischer Herkunft, der seit 30 Jahren in der BRD lebt, hatte Innenminister Schnoor von NRW während des Besuches von Breschnew Hausarrest erlassen. Begründung: Gefährdung der Beziehungen und Gefährdung des Staatsgastes. Ist schon die Tatsache allein zu verurteilen, so wirkt das Zustandekommen der Liste geradezu unverschämt. Polizei und Geheimdienst hatten eine Liste zusammengestellt, zu der auch die sowjetische Botschaft (unterhält sie etwa einen eigenen Geheimdienst in der BRD und wird dessen Tätigkeit sogar offiziell anerkannt?) 20 Namen beisteuerte. Im Falle des Pastors mußte Schnoor die Aufenthaltsbeschränkung, die auch für Frau und Kinder galt, vorzeitig aufheben. Der lettische Zentralrat in Schweden meinte dazu in einer Erklärung an den Botschafter der BRD in Schweden: Dieses Verfahren „kann nur mit Sippenhaft verglichen werden, die u.a. Zigeuner in Deutschland unter A. Hitlers Zeiten betraf. Dieses eigenmächtige Verfahren erinnert schmerzlich an das geheime Abkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939, wo das Schicksal der baltischen Staaten bestimmt wurde“.

Protestmarsch gegen das Khomeiny-Regime

kvz. Mitglieder und Unterstützer der Conföderation Iranischer Studenten (CIS) führen zwischen dem 24. und 28. November einen Protestmarsch von Dortmund nach Köln durch, mit Veranstaltungen in Bochum, Essen, Düsseldorf und Leverkusen. In einem Flugblatt der CIS heißt es: „Z.Zt. sitzen bis 30000 politische Gefangene ohne jegliche gesetzliche Grundlage in Gefängnissen. Von ihnen weiß niemand, was und unter welchem Vorwand morgen mit ihnen passieren wird.“ Gefordert wird: Sofortige Einstellung der Hinrichtungen im Iran! Internationale Sanktionen! Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie für Iran! – Für den 28.11. wird zu einer zentralen Demonstration in Köln aufgerufen.

DGB Emden kritisiert Demonstrationsverbot am 10.10.

wem.Emden. Auf der Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Emden/Norden wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der den Beschluß des Bundesvorstandes, der Gewerkschaftsjugend die Teilnahme an der Friedensdemonstration am 10.10. in Bonn zu verbieten, verurteilt. Der Antrag ist an den 12. DGB-Bundeskongreß gerichtet. Zur Begründung hieß es, daß die Bonner Demonstration gezeigt habe, daß vor allem jüngere Menschen ihre Sorge um den Frieden bekundeten.

Zusagen an RAF-Gefangene – Kein neuer Hungerstreik

kvz. Die Behördern scheinen gegenüber Gefangenen der RAF bzw. ihren Verteidigern einige Zusagen und Andeutungen über Zusammenlegung gemacht zu haben. So soll Knut Folkerts ebenso wie Lutz Taufer (bisher Schwalmstadt) und Andreas Vogel (bisher Berlin) nach Celle verlegt werden, was das niedersächsische Justizministerium schon genehmigt hat. Die Zusammenlegung von Rolf Heißler und Stefan Wisniewski (nach Abschluß seines Verfahrens) ist von der Anstaltsleitung zugesagt. In NRW, so schließen die Verteidiger aus Gesprächen mit dem Justizminister, könnte eine Gruppe aus vier Gefangenen entstehen (Günther Sonnenberg, Roland Meyer, Gerhard Schneider und Christof Wackernagel). Nach Angaben der „taz“ betrachten die Gefangenen die bisher erzielten Verhandlungsergebnisse als Zwischenlösung. Nach wie vor gelte für die Gefangenen die Zusage, daß nach Abbruch des letzten Hungerstreiks mindestens vier Gefangene zu einer Gruppe zusammengefaßt werden und daß keiner mehr in Einzelhaft sitzen soll. In absehbarer Zeit wird es offensichtlich nicht zu einem neuen Hungerstreik der RAF-Gefangenen kommen.

Gnadengesuch für Brigitte Heinrich

kvz. Noch vor der Ladung zum Strafantritt haben Helmut Gollwitzer (Theologe), Wolf-Dieter Narr (Politologe) und Klaus Vack in einem Brief den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth gebeten, von seinem Gnadenrecht zugunsten von Brigitte Heinrich Gebrauch zu machen. Brigitte Heinrich war zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Als Gründe für die Begnadigung werden angeführt: Selbst das Landgericht habe in seiner Würdigung dargestellt, daß B. Heinrichs berufliche Chancen durch das Strafverfahren erheblich beeinträchtigt, wenn nicht zunichte gemacht worden sind; die gesundheitlichen Folgen der Haft seien erheblich. Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof habe B. Heinrich nach 4½ Monaten U-Haft wegen schwerer gesundheitlicher Schäden entlassen müssen; die Prognose des Landgerichts sei falsch, wonach ihr „erhebliche kriminelle Energie“ zugeschrieben wird. Die Unterzeichner verbürgen sich daher persönlich für Brigitte Heinrich.

Kundgebung des DGB gegen US-Giftgaslager in der Pfalz

kvz. Unter dem Titel „Frieden durch Abrüstung – gegen Giftgaslager in Rheinland-Pfalz und die Gefahren für die Bevölkerung“ führt der DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz am 28.11.81 in Pirmasens eine Kundgebung durch. Redner sind der DGB-Landesvorsitzende Lehlbach, der Völkerrechtler Dr. Brauch, der Chemiker Dr. Schrempf und der Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag Willi Rothley. Damit unterstützt der DGB den Kampf gegen Giftgaslager in Fischbach bei Dahn und anderswo. Lehlbach hat sich öffentlich gegen Versuche der Landesregierung gewandt, die Bewegung gegen Giftgaslager für das Ramstein-Attentat mitverantwortlich zu machen. Den Manövern der Landesregierung zu behaupten, in Fischbach lagere kein Giftgas, ist er mit der Anfrage entgegengetreten, wo denn sonst Giftgas in Rheinland-Pfalz lagere. Aus allen DGB-Kreisen von Rheinland-Pfalz werden Busse zu dieser Kundgebung fahren.

Vor dem Breschnew-Besuch

Eindrücke von Veranstaltungen in Dortmund und Bonn

Von Lutz Plümer

Es hat eine ganze Menge Demonstrationen, Kundgebungen, Veranstaltungen, Friedensmärsche und all dies gegeben in den letzten Wochen und Monaten. In Frankfurt wurde in den letzten Wochen fast jeden Tag demonstriert. In Amsterdam fand am gleichen Wochenende eine Friedensdemonstration mit 400000 Teilnehmern statt, es soll die größte Demonstration dieser Art in Westeuropa gewesen sein, darunter waren auch etliche Teilnehmer aus Westdeutschland. All dies hat dazu geführt, daß viele, die am vergangenen Sonntag nach Bonn fahren wollten, um die Forderungen der Friedensbewegung gegenüber der östlichen Supermacht zu demonstrieren, es sich dann doch noch anders überlegt haben. In manchen Orten waren Busse kurzfristig abgesagt worden. In Anbetracht dessen war die Zahl der Teilnehmer an Demonstration und Kundgebung denn doch beachtlich. Die Schätzungen der Teilnehmerzahlen sind unterschiedlich, die Veranstalter gaben 12000 an, die „tageszeitung“ spricht von 8–10000. Wiederum andere sagen, es seien wohl eher zwischen 6 und 8000 gewesen. Sei's drum. Es waren eher mehr, als man erwartet hatte, und es bestand ohnehin nicht die Absicht, mit den Teilnehmerzahlen anderer Veranstaltungen, sei es der in Bonn am 10.10., sei es der Haig-Demonstration in Westberlin, in Konkurrenz zu treten. Der Hauptzweck, etwas beizutragen zur weiteren Klärung der Perspektive der Friedensbewegung, ist wohl erreicht worden. In den vorausgegangenen Diskussionen in den zahlreichen Friedensinitiativen, und diese Diskussion wurde fortgesetzt auf der Veranstaltung in der Poppelsdorfer Mensa, auf die weiter unten noch eingegangen werden soll. Daß man um der lieben Einheit gegen den NATO-Doppelbeschluß willen nicht die Augen zudrücken soll, wenn ein atomar ausgerüstetes U-Boot vor neutralen Küsten auftaucht, wenn diesseits und jenseits des Ural sowjetische Mittelstreckenraketen installiert werden, sowjetische Panzer Afghanistan dem sowjetischen Reich anzugliedern versuchen, all das will sich ein wachsender Teil der Friedensbewegung nicht vorschreiben lassen, auch wenn nach wie vor die Einschätzungen der Bedeutung dieser Tatbestände weit auseinander gehen.

Die Demonstration der Jungen Union

Auch am vergangenen Sonntag fand in der Bonner Innenstadt eine Demonstration und Kundgebung der Jungen Union statt, der sich neben CDU-Prominenz auch Möllemann von der FDP zugesellt hatte. Wohl um die 30000 Teilnehmer hatte diese Veranstaltung. Die Mehrheit der Afghanen marschierte bei den Christdemokraten mit, hauptsächlich wohl islamisch-fundamentalistische Kräfte, darüberhinaus

tive der Friedensbewegung, ist wohl erreicht worden. In den vorausgegangenen Diskussionen in den zahlreichen Friedensinitiativen, und diese Diskussion wurde fortgesetzt auf der Veranstaltung in der Poppelsdorfer Mensa, auf die weiter unten noch eingegangen werden soll. Daß man um der lieben Einheit gegen den NATO-Doppelbeschluß willen nicht die Augen zudrücken soll, wenn ein atomar ausgerüstetes U-Boot vor neutralen Küsten auftaucht, wenn diesseits und jenseits des Ural sowjetische Mittelstreckenraketen installiert werden, sowjetische Panzer Afghanistan dem sowjetischen Reich anzugliedern versuchen, all das will sich ein wachsender Teil der Friedensbewegung nicht vorschreiben lassen, auch wenn nach wie vor die Einschätzungen der Bedeutung dieser Tatbestände weit auseinander gehen.

Die Demonstration der Jungen Union

Auch am vergangenen Sonntag fand in der Bonner Innenstadt eine Demonstration und Kundgebung der Jungen Union statt, der sich neben CDU-Prominenz auch Möllemann von der FDP zugesellt hatte. Wohl um die 30000 Teilnehmer hatte diese Veranstaltung. Die Mehrheit der Afghanen marschierte bei den Christdemokraten mit, hauptsächlich wohl islamisch-fundamentalistische Kräfte, darüberhinaus

auch viele Polen. Die Junge Union hatte Plaketten mit dem Emblem der Solidarność vertrieben, viele haben diese Plaketten getragen. Um aber keine Unklarheiten darüber zu lassen, worauf das Ganze hinauslaufen soll, wurden schwarz-rot-goldene Fahnen mitgetragen und auch das Sternenbanner, am Ende wurde die Nationalhymne gesungen.

Der CDU scheint es ernst zu sein mit ihrem Versuch, in die Jugend- und auch die Friedensbewegung einzudringen, um sie zu „integrieren“, es gelingt ihr offenbar in einem Umfang, den man nicht unterschätzen darf. Ihre Erfolge brauchen nicht dauerhaft zu sein, aber wenn diejenigen, die vor allem von dem Vordringen der sowjetischen Supermacht „Angst haben“ und die demokratischen und nationalen Bewegungen im Inneren ihres Machtbereichs unterstützen wollen, glauben, innerhalb der Friedensbewegung ihre Interessen und Anliegen nicht vertreten zu können, sind die Versuche der Reaktion, die Furcht vor dem Krieg mindestens teilweise auf die Mühlen der NATO und der US-Politik zu lenken, gefährlich. Es wird auch für uns in der nächsten Zeit wichtig sein, stärker die Auseinandersetzung mit Ideologie und Politik der Jungen Union zu führen.

Das 2. „Krefelder Forum“

Am Tag zuvor hatte in Dortmund das 2. Forum der Krefelder Initiative stattgefunden. Die 25000 Mann fassende Dortmunder Westfalenhalle war zu großen Teilen, aber nicht ganz gefüllt, nach Angaben der Veranstalter waren es 18000 Teilnehmer. Der Kontrast dieser Sorte Veranstaltung etwa zu der Kundgebung in Bonn am 10.10. war unübersehbar. Hatte man dort eine ganze Reihe vernünftiger Auffassungen und Vorschläge über die Zukunft der Friedensbewegung hören können, bestach die Dortmunder Veranstaltung durch ihre Sterilität, jedenfalls was die dort vorgetragenen Reden anging. Aber viele waren sowieso nicht wegen der vorgetragenen Reden gekommen, sondern hielten sich während derselben in den Gängen der Halle auf, wo die verschiedenen Gruppen ihre Stände aufgebaut hatten – mehr als die Hälfte kamen von der DKP und ihrem Umfeld, was auch der Zusammensetzung der Teilnehmer entsprechen wird – und strömten erst in die Halle zurück, als das Kulturprogramm durch zwei Beträge der Bots eröffnet wurde. Daß der erste Teil nicht auf allzugroßes Interesse stieß, schien auch der Eindruck der Veranstalter zu sein, mehrfach kam von dem Moderator des Ganzen, Dieter Lattmann (SPD), die Aufforderung an die Redner, doch bitte weitere Kürzungen an den Texten vorzunehmen, damit endlich die Musik anfangen kann.

Sicher, es gab in Dortmund nicht den gleichen Einheitsbrei, der das 1. Treffen in Krefeld bestimmt hatte. Werner Stürmann von der SDAJ ließ es sich nicht nehmen, mitzuteilen, er hätte bei seinem kürzlichen Besuch in der Sowjetunion gesehen, wie dort Tag für Tag für den Frieden gearbeitet werde. Martha Buschmann vom DKP-Präsidium meinte, Westdeutschland müsse ein guter Nachbar des Ostens sein, unter Beifall von einem Drittel des Saales. Auf der anderen Seite erklärte Willi Pieczyk von den Jungsozialisten, das sowjetische U-Boot in den schwedischen Gewässern sei nun auch nicht gerade ein Fotoausflug der Volkshochschule Moskau gewesen. Und E. Thompson von der englischen Russell-Peace-Foundation meinte in seinem – leider nicht schriftlich vorliegenden – Beitrag, es käme darauf an, daß sich die Friedensbewegung in Westeuropa und die Bürgerrechtsbewegung in Osteuropa gemeinsam zu einer Kraft entwickelten, die die Verhältnisse in Europa ändere. (Auszüge aus

Beträge der Bots eröffnet wurde. Daß der erste Teil nicht auf allzugroßes Interesse stieß, schien auch der Eindruck der Veranstalter zu sein, mehrfach kam von dem Moderator des Ganzen, Dieter Lattmann (SPD), die Aufforderung an die Redner, doch bitte weitere Kürzungen an den Texten vorzunehmen, damit endlich die Musik anfangen kann.

Sicher, es gab in Dortmund nicht den gleichen Einheitsbrei, der das 1. Treffen in Krefeld bestimmt hatte. Werner Stürmann von der SDAJ ließ es sich nicht nehmen, mitzuteilen, er hätte bei seinem kürzlichen Besuch in der Sowjetunion gesehen, wie dort Tag für Tag für den Frieden gearbeitet werde. Martha Buschmann vom DKP-Präsidium meinte, Westdeutschland müsse ein guter Nachbar des Ostens sein, unter Beifall von einem Drittel des Saales. Auf der anderen Seite erklärte Willi Pieczyk von den Jungsozialisten, das sowjetische U-Boot in den schwedischen Gewässern sei nun auch nicht gerade ein Fotoausflug der Volkshochschule Moskau gewesen. Und E. Thompson von der englischen Russell-Peace-Foundation meinte in seinem – leider nicht schriftlich vorliegenden – Beitrag, es käme darauf an, daß sich die Friedensbewegung in Westeuropa und die Bürgerrechtsbewegung in Osteuropa gemeinsam zu einer Kraft entwickelten, die die Verhältnisse in Europa ändere. (Auszüge aus

den Reden sind auf S. 4 dokumentiert.)

Trotzdem, die vorgetragene Kritik an der sowjetischen Politik blieb äußerst zurückhaltend, und man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es Absprachen darüber gegeben hat, was zu sagen erlaubt ist und was nicht. Erlaubt war auf jeden Fall die Kritik an der amerikanischen Rüstungspolitik und ihre Unterstützung durch die westdeutsche Bundesregierung. Frenetischen Beifall erhielt der SPD-Abgeordnete Coppik für seine These, die Hauptkriegsgefahr gehe gegenwärtig von der US-Regierung aus. Unumstrittener Star der Veranstaltung war der ehemalige Panzergeneral Bastian, von dem W. Pieczyk meinte, durch seine Initiative sei der Krefelder Appell erst möglich gewesen. Bastian forderte – indirekt – die Angehörigen der Bundeswehr auf, sich gegen die durch Apel repräsentierte Politik zur Wehr zu setzen, und er meinte, in Umkehrung einer Aussage von Strauß, man könne nicht glaubwürdig gegen (die sowjetische Invasion in) Afghanistan demonstrieren, wenn man früher nicht gegen (die amerikanische Aggression in) Vietnam protestiert habe. Auch von Bastian hat man schon klarere Aussagen gehört, etwa in dem von ihm mitunterzeichneten Appell „Hände weg von Polen“, und auch in der von ihm auf dem Bundeskongreß der Grünen vorgetragenen Rede (die wir im nächsten Materialheft Wirtschaft und Politik dokumentieren werden). 2,1 Millionen Unterschriften sind inzwischen unter dem Krefelder Appell gesammelt worden. Es soll weiter gesammelt werden.

Über die künftigen Perspektiven des Krefelder Forums gehen auch bei den Initiatoren die Meinungen auseinander. W. Pieczyk für die Jusos und K. Timpe für die Grünen haben jedenfalls mitgeteilt, daß sie in Zukunft auf dieser Schiene nicht oder jedenfalls nicht unbedingt mitzufahren vorhaben.

„Was fordert die Friedensbewegung von der Sowjetunion?“

Interessant war das, was auf der Abschlußkundgebung der Demonstration auf dem Münsterplatz und mehr noch auf der anschließenden Diskussionsveranstaltung in der Poppelsdorfer Mensa vorgetragen wurde; schade, daß das Fassungsvermögen des Saals nur die Teilnahme eines Teils der Demonstranten zuließ und überdies viele vorzeitig zurückfahren mußten.

Auf dem Podium saßen verschiedene Exilvertreter der Bürgerrechtsbewegung in Osteuropa: Michael Voslensky, Leiter des Instituts für sowjetische Gegenwart, Agnes Heller, eine ungarische Philosophin, Zdenek Mlynar, ein Vertreter der Charta 77, der als Sekretär des ZK der KP der CSSR den sowjetischen Einmarsch 1968 miterlebt hatte. Rudolf Bahro sprach für die Initiative der Bertrand-Russell-Gesellschaft. Aus den USA war anwesend der ehemalige Präsidentenberater Daniel Ellsberg, aus Japan Prof. I. Mori-



Auf dem Podium saßen verschiedene Exilvertreter der Bürgerrechtsbewegung in Osteuropa: Michael Voslensky, Leiter des Instituts für sowjetische Gegenwart, Agnes Heller, eine ungarische Philosophin, Zdenek Mlynar, ein Vertreter der Charta 77, der als Sekretär des ZK der KP der CSSR den sowjetischen Einmarsch 1968 miterlebt hatte. Rudolf Bahro sprach für die Initiative der Bertrand-Russell-Gesellschaft. Aus den USA war anwesend der ehemalige Präsidentenberater Daniel Ellsberg, aus Japan Prof. I. Mori-



rof.Kleve. 400000 Demonstranten haben sich vergangenen Sonntag rund um den Museumplein in Amsterdam versammelt. Eine machtvolle Manifestation der „holländischen Krankheit“, der „Hollanditis“, wie die breite Ablehnung der Stationierung neuer US-Atomraketen in Europa, jegliche Kernwaffenstationierung überhaupt, in den Niederlanden genannt wird. Die politische Richtung der Kundgebung „Keine neuen Atomwaffen in Europa“ zielt auf beide Supermächte. Beifall bekommen die Redner, wenn sie sich wie Wim Kok, Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes FNV, gegen beide Supermächte wenden und das Bündnis mit den Völkern, besonders der Dritten Welt herausstellen.

taki, ein Überlebender des US-Atombombenangriffs auf Hiroshima. Er, sowie W. Pieczyk, Werner Lutz von den Jungdemokraten und W. Thompson waren auch auf der Dortmunder Veranstaltung anwesend gewesen. Teilgenommen haben ferner Jo Leinen vom BBU, Klaus Timpe von den Grünen, eine Vertreterin der AL Westberlin, Erich Fried und M. Wagner von den westdeutschen Unterstützern der Russell-Friedensgesellschaft. Vertreter der Solidarność waren nicht gekommen, unter anderem aufgrund von Schwierigkeiten mit der Visabeschaffung.

Einen Hauptkomplex der Auseinandersetzung bildete die Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa. Thompson begründete diese und machte dabei gleichzeitig klar, daß die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone nicht das ein und alles sein könne. Die Gefahr ginge nicht allein von den Raketen aus, sondern von den beiden Blöcken, ihren Ideologien und ihrer Sicherheitspolitik. Unter diesen Umständen sei eine Entspannungspolitik notwendig, die aber von den Völkern ausgehen müsse und nicht von den Regierungen. In den letzten Jahren sei in Europa eine Kraft entstanden, die die Völker in Europa zusammenbringe. Die Friedensbewegung im Westen müsse das Problem der Hochrüstung lösen, die Bürgerrechtsbewegung im Osten das Problem der Demokratie, dies sei die größte internationalistische Aufgabe der letzten 50 Jahre.

Der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa widersprach Agnes Heller. Wenn man eine atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal verwirkliche, dann bedeute das in Wirklichkeit die einseitige Abrüstung Europas. Erstens dürfe man die Forderung nicht auf Europa einschränken, sondern müsse die weltweite atomare Abrüstung fordern, und dies als erstes und vor allem von den Supermächten. Wenn man Europa atomar abrüste und die konventionelle Rüstung unverändert lasse, dann wäre das Ergebnis, daß Europa entweder unter die Kontrolle der Sowjetunion gerate oder umgekehrt ganz an die USA ausgeliefert werde. Sie verwies in diesem Zusammenhang vor allem auf die Erfahrungen der ungarischen Nation, die 1956 einseitig ihre Neutralität erklärt habe, die dann durch sowjetische Panzer rückgängig gemacht worden sei.

Bei den Atomwaffen stelle sich in erster Linie die Frage, wer sie kontrolliert. Und wenn man Frankreich betrachte und die Politik der Regierung Mitterrand, dann müsse man zumindest sagen, daß sie nicht ohne Logik sei; die Logik nämlich, daß eine Nation sich selbst verteidigen müsse. In ähnlicher Richtung, wenngleich nicht mit denselben Schlußfolgerungen, äußerten sich Mlynar und Voslensky. Mlynar wies vor allem auf die Unglaubwürdigkeit sowjetischer Erklärungen und Garantien hin. Im Juni 1968, in

Bei den Atomwaffen stelle sich in erster Linie die Frage, wer sie kontrolliert. Und wenn man Frankreich betrachte und die Politik der Regierung Mitterrand, dann müsse man zumindest sagen, daß sie nicht ohne Logik sei; die Logik nämlich, daß eine Nation sich selbst verteidigen müsse. In ähnlicher Richtung, wenngleich nicht mit denselben Schlußfolgerungen, äußerten sich Mlynar und Voslensky. Mlynar wies vor allem auf die Unglaubwürdigkeit sowjetischer Erklärungen und Garantien hin. Im Juni 1968, in

Bratislawa, hätten die Parteiführer der osteuropäischen KPs die Souveränität der CSSR feierlich garantiert, wenige Tage später habe er da gesessen, mit einer Pistole sowjetischer Soldaten im Genick.

M. Voslensky wies darauf hin, daß es in der Sowjetunion viele gäbe, die ähnlich dächten wie wir. Das Problem sei aber, daß sie sich nicht äußern könnten, weil es keine Demokratie gäbe. Die westeuropäische Friedensbewegung müsse von der Sowjetunion die Einhaltung internationaler Verträge, die die Menschenrechte garantierten, fordern und die Verwirklichung konkreter Schritte verlangen. Ein konkreter Schritt sei, daß Bürgerrechtler wie Sacharow freigelassen würden, damit sie die Möglichkeit hätten, mit der westeuropäischen Friedensbewegung Kontakt aufzunehmen. Eine atomwaffenfreie Zone dürfe nicht in Polen enden, sondern müsse bis an den Ural reichen, und die in Europa stationierten SS 20 dürften nicht einfach in den Osten der Sowjetunion verlegt werden, wo sie dann das chinesische Volk bedrohen, sondern müßten verschrottet werden. (Ich vermische hier Ausführungen, die in der Diskussionsveranstaltung gemacht wurden, mit Ausführungen auf der Kundgebung.)

Den Ausführungen von Agnes Heller widersprach Rudolf Bahro. Sie sei aufgetreten in der Attitüde des Kritikers des Eurozentrismus, in Wirklichkeit sei aber ihr Standpunkt „osteuropazentristisch“, geprägt von dem Druck der Sowjetunion, der auf den osteuropäischen Völkern laste. Schon Lenin habe gesagt, die Maus fürchte nichts mehr als die Katze. Die sowjetische Bedrohung sei so groß nicht; die sowjetische Bürokratie sei risikoscheu und sie habe genug damit zu tun, die Niederhaltung des tschechischen Volkes, des ungarischen Volkes durch ihre Divisionen zu sichern, nun sei auch noch Polen hinzugekommen.

Falsch seien Auffassungen, die auf die Stärkung Europas hinausliefen. Denn gerade durch eine Politik der Stärke im letzten und in diesem Jahrhundert seien die europäischen Länder gescheitert, worauf an ihren Rändern die beiden Supermächte entstanden seien. Die Vertreterin der AL Westberlin meinte, daß mit einem atomwaffenfreien Europa nicht gemeint sei, daß die Atomwaffen abgeschafft würden und sich sonst nichts ändere. Es ginge um die Verbindung von Friedensbewegung im Westen und Menschenrechtsbewegung im Osten, die die Blöcke erschüttern würden mit dem Ziel ihrer Auflösung.

Ein zweiter Komplex der Diskussion war das Verhältnis von Friedensbewegung und SPD. Teilnehmer der Diskussion aus dem Publikum wandten sich gegen Versuche der Sozialdemokratie, die Friedensbewegung zu integrieren, und erinnerten daran, daß die alte Friedensbewegung der 50er und 60er Jahre bereits durch die SPD in die

um die Verbindung von Friedensbewegung im Westen und Menschenrechtsbewegung im Osten, die die Blöcke erschüttern würden mit dem Ziel ihrer Auflösung.

Ein zweiter Komplex der Diskussion war das Verhältnis von Friedensbewegung und SPD. Teilnehmer der Diskussion aus dem Publikum wandten sich gegen Versuche der Sozialdemokratie, die Friedensbewegung zu integrieren, und erinnerten daran, daß die alte Friedensbewegung der 50er und 60er Jahre bereits durch die SPD in die

Niederlage geführt worden sei und diese Politik der SPD lasse sich zurückverfolgen bis 1914. Die Friedensbewegung müsse sich unabhängig organisieren, in einer neuen Partei. M. Weiskirch bestritt nicht die (Mit-)Verantwortung der SPD für Niederlagen der Friedensbewegung, meinte aber, die SPD habe noch nie das Volk in einen Krieg geführt, wenn sie auch bisweilen versagt habe. Es ginge darum, parlamentarische Mehrheiten zu gewinnen, und dafür sei es notwendig, daß die SPD, wenn nicht auf dem folgenden, dann auf dem übernächsten Parteitag, ihren Beschluß, der der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zustimmt, aufhebe. Die Friedensbewegung müsse in diesem Sinne auf die SPD Druck ausüben. Dieser Komplex wurde ebensowenig ausdiskutiert wie der letzte, das konnte man auch nicht erwarten. Aber alles in allem war die Diskussion nützlich und lohnend.

Reden auf dem 2. Krefelder Forum

(Auszüge)

Werner Stürmann, Vorsitzender der SDAJ
„Ich war vor wenigen Wochen in der Sowjetunion ...“

(...)
Wer so wie die Herren des Pentagon redet, wer sagt, daß es wichtigeres als den Frieden gebe, der handelt auch so: Im Nahen Osten, gegen Angola, in El Salvador und jetzt mit ihren anmaßenden Drohungen gegen das befreite Nicaragua und gegen die Insel der Freiheit, gegen Kuba. Und gegen uns. Gegen diese Kriegsdrohungen wenden wir uns. Wir fordern: Hände weg von Nicaragua! Hände weg von Kuba! Kuba si – Yankee no! Stoppt die US-Raketen!

Ich war vor wenigen Wochen Tausende Kilometer von hier, an der Baikal-Amur-Magistrale, der BAM, in der Sowjetunion. Dort setzen Jugendliche ihre Kraft und ihre Phantasie für den Frieden ein, für ein Bauwerk, mit dem praktisch ein ganzer Kontinent erschlossen wird. Dort habe ich immer wieder einen Wunsch und eine Forderung erlebt: Mir! Das heißt: Frieden! Er kam aus dem Mund der BAM-Erbauer, und er stand an den gerade errichteten Häusern! Und die gleiche Forderung zeigt sich in den Worten und Handlungen der sowjetischen Regierung. Sie zeigt sich in den sowjetischen Friedensvorschlägen, die Leonid Breschnew bei seinem Besuch erläutern wird. Ich frage: Wie sollte das auch anders sein bei einem Volk, das durch den 2. Weltkrieg 20 Millionen Tote zu beklagen hatte? Das ist doch eine der entscheidenden Lehren aus der Fernsehserie „Der unvergessene Krieg“.

Wir sagen deswegen: Nie mehr Krieg! Nie wieder Faschismus! Wir wollen Verständigung und Abrüstung! Wir wollen keine neuen Atomraketen! Das ist unser gemeinsamer Wille über alle unterschiedlichen Positionen hinweg! Ihn wollen wir durchsetzen.
(...)

Gert Bastian, Generalmajor a.D.
„Es gibt keine sowjetische Vorrüstung“

(...)
Wir sind überzeugt, daß ein Verzicht auf neue Nuklearwaffen der USA in Europa ohne Gefährdung unserer Sicherheit möglich ist, weil schon die Behauptung von einer zur sogenannten Nachrüstung zwingenden Vorrüstung der Sowjetunion von den Tatsachen widerlegt wird. Wir lehnen es daher ab, uns auf die grob irreführende Formel „Wer Pershing 2 sagt, der muß auch SS 20 sagen“ festlegen zu lassen, wie dies von unbefugten Interpreten unserer Vorstellungen in letzter Zeit immer häufiger versucht wird, so zum Beispiel von den Herren Rau und Leisler-Kiep bei ihren Moskau-Besuchen, und natürlich auch vom Bundesverteidigungsminister auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr in Ingolstadt. Kennzeichnend für den von der politischen Leitung der Streitkräfte geprägten Ungeist an chauvinistischer Voreingenommenheit, hat Dr. Apel dabei von der Sowjetunion als von „den Moskovitern“ gesprochen, denen ausgerechnet er sagen müsse, was wir, die wir seinen Rüstungskurs bekämpfen, wol-

samer Wille über alle unterschiedlichen Positionen hinweg! Ihn wollen wir durchsetzen.
(...)

Gert Bastian, Generalmajor a.D.
„Es gibt keine sowjetische Vorrüstung“

(...)
Wir sind überzeugt, daß ein Verzicht auf neue Nuklearwaffen der USA in Europa ohne Gefährdung unserer Sicherheit möglich ist, weil schon die Behauptung von einer zur sogenannten Nachrüstung zwingenden Vorrüstung der Sowjetunion von den Tatsachen widerlegt wird. Wir lehnen es daher ab, uns auf die grob irreführende Formel „Wer Pershing 2 sagt, der muß auch SS 20 sagen“ festlegen zu lassen, wie dies von unbefugten Interpreten unserer Vorstellungen in letzter Zeit immer häufiger versucht wird, so zum Beispiel von den Herren Rau und Leisler-Kiep bei ihren Moskau-Besuchen, und natürlich auch vom Bundesverteidigungsminister auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr in Ingolstadt. Kennzeichnend für den von der politischen Leitung der Streitkräfte geprägten Ungeist an chauvinistischer Voreingenommenheit, hat Dr. Apel dabei von der Sowjetunion als von „den Moskovitern“ gesprochen, denen ausgerechnet er sagen müsse, was wir, die wir seinen Rüstungskurs bekämpfen, wol-
len oder nicht wollen. Aber dieser Minister sagt ja häufiger Seltsames. So auch am 17.11.1981 in der „Frankfurter Rundschau“, als er meinte, „Soldaten seien keine Fußabstreifer für emotionsgeladene Diskussionen“.

Als ob wir die Soldaten der Bundeswehr so sehen, und als ob wir sie angreifen würden, wenn wir die von Dr. Apel mitzuverantwortende Fehlentwicklung deutscher Sicherheitspolitik kritisieren. Diese Soldaten müssen nicht von ihrem Minister vor uns, sie müssen von uns vor ihrem Minister und seiner Politik geschützt werden, die zu ihrer Legitimation auf Feindbilder weder außerhalb noch innerhalb unserer Grenzen zu verzichten vermag, wie die überzogenen Bedrohungsvorstellungen und die vom Verteidigungsministerium ausgehenden Diffamierungen erkennen lassen.

Eigentlich müßte ja der Verteidigungsminister besser als jeder andere wissen, daß es den von NATO und Bundesregierung konstruierten Zusammenhang zwischen den SS-20-Raketen drüben und Pershing-2-Systemen sowie Marschflugkörpern hüben gar nicht gibt, weil das sowjetische Mittelstreckenpotential gegenüber Westeuropa und seine Modernisierung in Zusammenhang mit den seit langem vorhandenen und mehrfach modernisierten westlichen Nuklearwaffen entsprechender Reichweite „in und für Europa“ gesehen werden muß.

Selbstverständlich halten wir auch diese Potentiale im Westen wie im Osten für nicht gerechtfertigt und ihre Aufstockung, zum Beispiel durch Trident-Systeme und neue französische Nuklearwaffen im Westen, durch immer mehr SS-20-Raketen im Osten, für falsch.

Selbstverständlich fordern wir daher den Verzicht auf solche Programme sowie ernsthafte Verhandlungen zum beiderseitigen Abbau aller schon jetzt in Europa vorhandenen und auf Europa zielenden Nuklearwaffen.
(...)

Demonstrationen, wie Herr Möllemann sie unter dem Motto „Freiheit für Afghanistan“ beabsichtigt, halten wir allerdings nicht für ein geeignetes Mittel zur wünschenswerten Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Wir sehen darin im Gegenteil ein scheinheiliges und darum peinliches Manöver der Anbiederung an die Opposition, deren früherer Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß hierzu einmal etwas sehr Treffendes gesagt hat. „Wer bei Vietnam protestiert hat und bei Afghanistan schweigt, wird unglaubwürdig“, hat Herr Strauß gesagt, freilich leider übersehend, daß dies genauso auch andersherum gilt und diejenigen unglaubwürdig macht, die bei Vietnam geschwiegen haben, aber bei Afghanistan nicht laut genug protestieren können. Erst recht unglaubwürdig macht, wenn sie nicht gleichzeitig El Slavador nennen und auch nicht gegen die Pläne der USA zur Intervention in Nicaragua oder zur Rückeroberung Kubas Front machen, wie sie ja in aller Ungenierheit erörtert werden und kaum dazu beitragen, unser Vertrauen in die Bereitschaft der USA zur friedlichen Koexistenz und zum überfälligen Verzicht auf die Unterstützung faschistischer Militärdiktaturen zu stärken.
(...)

A.W. Benn, Mitglied des Vorstandes der Labour-Party
Gegen die Dominierung Europas durch die Supermächte

Benn wandte sich zunächst, abweichend von dem schriftlich ausgedruckten Manuskript, gegen die Politik der Regierungen Reagans und Breschnews, Regierungen, die wir nicht gewählt hätten, und von denen wir uns nicht in einen Atomkrieg hineintreiben lassen wollten, und fuhr fort:
(...)
Es ist wichtig, daß die Forderungen, die wir stellen, klar sind, so daß jeder versteht, was wir wollen:
1. Wir wollen den atomaren Rüstungswettlauf und die Stationierung von Atomwaffen auf unseren eigenen Territorien nicht akzeptieren.
2. Wir wollen nicht hinnehmen, daß unser europäischer Kontinent von den Supermächten unter dem Vorwand, uns vor der jeweils anderen Macht schützen zu wollen, dominiert wird.
3. Wir fordern, daß die Zusammenarbeit ganz Europas begonnen wird mit dem Ziel, eine atomwaffenfreie Zone und ein Sicherheitssystem zu schaffen, das letztlich sowohl die NATO als auch den Warschauer

(...)

A.W. Benn, Mitglied des Vorstandes der Labour-Party
Gegen die Dominierung Europas durch die Supermächte

Benn wandte sich zunächst, abweichend von dem schriftlich ausgedruckten Manuskript, gegen die Politik der Regierungen Reagans und Breschnews, Regierungen, die wir nicht gewählt hätten, und von denen wir uns nicht in einen Atomkrieg hineintreiben lassen wollten, und fuhr fort:
(...)
Es ist wichtig, daß die Forderungen, die wir stellen, klar sind, so daß jeder versteht, was wir wollen:
1. Wir wollen den atomaren Rüstungswettlauf und die Stationierung von Atomwaffen auf unseren eigenen Territorien nicht akzeptieren.
2. Wir wollen nicht hinnehmen, daß unser europäischer Kontinent von den Supermächten unter dem Vorwand, uns vor der jeweils anderen Macht schützen zu wollen, dominiert wird.
3. Wir fordern, daß die Zusammenarbeit ganz Europas begonnen wird mit dem Ziel, eine atomwaffenfreie Zone und ein Sicherheitssystem zu schaffen, das letztlich sowohl die NATO als auch den Warschauer
Pakt ersetzen soll.
4. Wir wollen, daß ein geeintes Europa von sich selbst in voller Eigenständigkeit regierenden Staaten sich zu einer Kraft entwickelt, die in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen für Frieden, Menschenrechte und Entwicklung in der Welt wirkt.
5. Wir stellen mit allem gebotenen Ernst fest, daß wir fortfahren werden, eine solche Politik zu fordern, bis sie von allen Regierungen in Europa und von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion akzeptiert wird.

Die Friedensbewegung in Westeuropa steht – genauso wie die Freiheitsbewegung in Osteuropa – für eine konstruktive Zukunftsperspektive für unseren Kontinent und die ganze Welt.

Dieses Verständnis deckt sich völlig mit der Politik, die die britische Labour Party vertritt, und wir appellieren unmittelbar an all jene, die diese Vorstellungen teilen, mit uns gemeinsam für die Durchsetzung dieser Forderungen einzutreten.

Petra Kelly, Bundesvorstand der Grünen
„Wir müssen untereinander loyal sein und nicht den Militär-Blöcken gegenüber“

Erst vor drei Tagen hatte Präsident Ronald Reagan in seiner außenpolitischen Rede erklärt: „Es gibt *keinen* Grund, warum Menschen in irgendeinem Teil der Welt in ständiger Furcht vor dem Krieg oder dem Gespenst eines Krieges leben müßten.“ Am *selben* Tag erklärt Reagans Sonderbeauftragter für Lateinamerika, V. Walters, von der neuen amerikanischen Doktrin – „konstruktive Zweideutigkeit“. Walters verwies auf Alexander Haig, der auf eine Frage ein gewaltsames Vorgehen gegen Nicaragua, Kuba und El Salvador nicht hatte ausschließen wollen. Dies führte zu einer neuen Doktrin – die „konstruktive Zweideutigkeit“ – eine mächtige Waffe – „Sie (diese Länder) sollen sich Sorgen machen –“
(...)

Wir beobachten aber eine weitere „Zweideutigkeit“. Es ist die an der Gewerkschaftsspitze bei uns. E. Loderer bedauerte am 19. November 1981 (Frankfurter Rundschau), das praktische Scheitern der DGB-Unterschriftenaktion: Von knapp acht Millionen Gewerkschaftsmitgliedern lägen nur 470000 Unterschriften vor. „Das ist ein Trauerspiel“, meint Loderer. Ich meine, es ist auch ein Trauerspiel, wenn die DGB-Spitze sich auf den Besuch von Lech Walesas vorbereitet, sich für seine Aktionsformen und Zielsetzungen einsetzt, doch im eigenen Lande *nicht* in der Lage ist, über einen „Generalstreik“ gegen die Atomrüstung oder über „Selbstverwaltungsmodelle“ zu diskutieren, diese anzusteuern.

Wir weisen in dieser Friedensbewegung das „Abschreckungs- und Gleichgewichtsdenken“, die Unlogik einer sogenannten Sicherheitspolitik der Massenvernichtungsmittel auf beiden Seiten, zurück. Wir lehnen die immer wieder erfolglose „Rüstungskontrolldiplomatie“ ab, denn dort schreiten Militaristen mit überzogenen Forderungen, die nur auf die Ablehnung von Vorschlägen zielen, zum Verhandlungstisch. Abrüstung im Westen und im Osten muß von der gesellschaftlichen Basis, von unten, kommen, das heißt, wir müssen *untereinander* loyal sein und nicht den Militärblöcken gegenüber. In dieser verseuchten, vergifteten, hochgerüsteten Welt, in der der dritte Weltkrieg schon begonnen hat (55 Millionen Menschen starben letztes Jahr den Hungertod, weil 400000 Menschen Vernichtungspotential herstellen, weiter erfinden), gibt es nur „Nächste“. Und darum sind wir solidarisch mit *allen* Menschen in Ost und West, die die Nuklearisierung und Militarisierung ablehnen. Der Minimalkonsens dieser Bewegung ist nicht nur die Ablehnung der US-Raketen, sondern – so hoffe ich – die Ablehnung der Abschreckungslogik und des Militarismus überall. (...)

Dem Versuch Reagans, militärische Überlegenheit anzustreben und damit überall seine Hinterhofsinteressen abzusichern (mit einer atomaren Geisel namens Europa!) müssen wir eine gewaltfreies Ende setzen, indem wir bei uns erste einseitige Schritte einleiten. Wir wollen auch keine US-Atomraketen in japanischen Häfen. Wir wollen auch keine sowjetischen U-Boote vor der Küste Schwedens. Wir wollen kein weiteres Vietnam, Afghanistan, El Salvador oder Türkei. Und wir wollen keine amerikanischen Eingreiftruppen auf der

stungskontrolldiplomatie“ ab, denn dort schreiten Militaristen mit überzogenen Forderungen, die nur auf die Ablehnung von Vorschlägen zielen, zum Verhandlungstisch. Abrüstung im Westen und im Osten muß von der gesellschaftlichen Basis, von unten, kommen, das heißt, wir müssen *untereinander* loyal sein und nicht den Militärblöcken gegenüber. In dieser verseuchten, vergifteten, hochgerüsteten Welt, in der der dritte Weltkrieg schon begonnen hat (55 Millionen Menschen starben letztes Jahr den Hungertod, weil 400000 Menschen Vernichtungspotential herstellen, weiter erfinden), gibt es nur „Nächste“. Und darum sind wir solidarisch mit *allen* Menschen in Ost und West, die die Nuklearisierung und Militarisierung ablehnen. Der Minimalkonsens dieser Bewegung ist nicht nur die Ablehnung der US-Raketen, sondern – so hoffe ich – die Ablehnung der Abschreckungslogik und des Militarismus überall. (...)

Dem Versuch Reagans, militärische Überlegenheit anzustreben und damit überall seine Hinterhofsinteressen abzusichern (mit einer atomaren Geisel namens Europa!) müssen wir eine gewaltfreies Ende setzen, indem wir bei uns erste einseitige Schritte einleiten. Wir wollen auch keine US-Atomraketen in japanischen Häfen. Wir wollen auch keine sowjetischen U-Boote vor der Küste Schwedens. Wir wollen kein weiteres Vietnam, Afghanistan, El Salvador oder Türkei. Und wir wollen keine amerikanischen Eingreiftruppen auf der
Startbahn West auf dem Wege in den Nahen Osten! Wir fordern eine weltweite Entmilitarisierung.

Und ich füge hinzu: Reaktoren und Bomben sind voneinander *nicht* zu trennen, denn AKW's sind jederzeit einsatzbereite Atomminen und machen aus einem ganz gewöhnlichen konventionellen Krieg einen Atomkrieg. Kriegerische Politik hat auch sehr viel mit den auf Wachstum ausgerichteten, ressourcenvergeudenden, energieverschleudernden Gesellschaften/Staaten zu tun, die im Kampf um die letzten Rohstoffe und Energiequellen aggressiv werden und militärisch eingreifen. (...)

Manfred Coppik, SPD-MdB
„Die Hauptkriegsgefahr geht von der Reagan-Regierung aus“

(...)
Wir haben es auch satt, unseren Protest gegen Pershing II andauernd innenpolitisch dadurch abzusichern, daß wir auch gegen die SS 20 sind. Wir sind überhaupt gegen die Aufrüstung in der Welt, aber wir (...) sind nicht bereit, zu verschweigen, daß in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation die Hauptkriegsgefahr von der Politik der Reagan-Regierung in den USA ausgeht. Die US-Regierung ist es, die nicht nur durch immer neue Maßnahmen den Rüstungswettlauf in der Welt anheizt, sondern offenbar nach regionalen Konflikten geradezu sucht, wo sie glaubt, militärische Auseinandersetzungen aufgrund einer günstigen geopolitischen Situation „erfolgreich“ führen zu können. Die Äußerungen von Haig und Weinberger zu Nicaragua und anderen Ländern sollen Furcht auslösen, sie lösen bei uns aber auch Wut und Empörung aus. Die US-Regierung soll wissen: Wer Nicaragua militärisch angreift, der greift nicht nur unsere Brüder dort an, er greift auch uns, die europäische Friedensbewegung, an und muß mit unserem Widerstand rechnen.

Unser Widerstand in unserem Land wird nur erfolgreich sein, wenn er so stark wird, daß die Bundesregierung begreifen muß, daß die Massenloyalität ihrer Wähler zur Disposition steht, wenn die Regierung die Politik der Aufrüstung und des sozialen Abbaus fortsetzt. Sie wurde gewählt für eine Politik des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Wir haben Strauß nicht gestoppt, um auf dem Umweg über Reagan zu Schmidt eine Politik mitzumachem, die wir von Strauß befürchten mußten.

Die Vorbereitungen zur Stationierung der Pershing II laufen auf Hochtouren. Während das Kindergeld, das Wohngeld, die Ausbildungsförderung, die Gehälter und Stellen im öffentlichen Dienst gekürzt werden, sollen gleichzeitig z.B. die Ausgaben für die NATO-Infrastruktur in der Bundesrepublik 1982 um über 100 Prozent erhöht werden.

In Frankfurt wird mit der Startbahn West ein ökologisch unverantwortliches, ökonomisch sinnloses und nur militär-strategisch erklärbares Großprojekt selbst auf das Risiko eines Bürgerkrieges durchgeknüppelt. Die Rüstungsausgaben steigen 1982 insgesamt auf nahezu 70 Milliarden DM. Deshalb: Wir haben nicht viel Zeit.

Unser Widerstand wird aber auch nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns nicht auseinanderdividieren lassen. Woher wir auch kommen, keine Loyalität zu irgendeiner Partei oder Organisation darf wichtiger sein als die inhaltliche Loyalität zu unserem Kampf für den Frieden.

Wenn wir uns nicht auseinanderdividieren lassen, wird uns auch niemand zum Schweigen bringen können. Dann werden

daß die Massenloyalität ihrer Wähler zur Disposition steht, wenn die Regierung die Politik der Aufrüstung und des sozialen Abbaus fortsetzt. Sie wurde gewählt für eine Politik des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Wir haben Strauß nicht gestoppt, um auf dem Umweg über Reagan zu Schmidt eine Politik mitzumachem, die wir von Strauß befürchten mußten.

Die Vorbereitungen zur Stationierung der Pershing II laufen auf Hochtouren. Während das Kindergeld, das Wohngeld, die Ausbildungsförderung, die Gehälter und Stellen im öffentlichen Dienst gekürzt werden, sollen gleichzeitig z.B. die Ausgaben für die NATO-Infrastruktur in der Bundesrepublik 1982 um über 100 Prozent erhöht werden.

In Frankfurt wird mit der Startbahn West ein ökologisch unverantwortliches, ökonomisch sinnloses und nur militär-strategisch erklärbares Großprojekt selbst auf das Risiko eines Bürgerkrieges durchgeknüppelt. Die Rüstungsausgaben steigen 1982 insgesamt auf nahezu 70 Milliarden DM. Deshalb: Wir haben nicht viel Zeit.

Unser Widerstand wird aber auch nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns nicht auseinanderdividieren lassen. Woher wir auch kommen, keine Loyalität zu irgendeiner Partei oder Organisation darf wichtiger sein als die inhaltliche Loyalität zu unserem Kampf für den Frieden.

Wenn wir uns nicht auseinanderdividieren lassen, wird uns auch niemand zum Schweigen bringen können. Dann werden
wir immer und immer wieder, bis es auch die Herrschenden begreifen oder sie selbst keine Herrschenden mehr sind, immer und immer wieder mit der ganzen Kraft unserer Herzen und unseres Verstandes laut und vernehmlich unsere Forderung kundtun:
Stoppt die Aufrüstung!
Nie wieder Krieg!

Willi Piecyk, Vorsitzender der Jungsozialisten
„Die Bonner Friedensdemonstration hatte recht mit ihrer Forderung nach Abrüstung in Ost und West“

(...)
Es ist das traurige Verdienst Reagans, den von einigen bisher ehrlich gemeinten Begriff „Null-Option“ endgültig zur Farce verkommen haben zu lassen.

Keine Farce war das Erscheinen eines sowjetischen U-Bootes in den Schären von Schweden, dies war auch kein Fotokursus der Volkshochschule Moskau, sondern dies war die Verletzung internationalen Rechts und die Verletzung der Souveränität schwedischer Gewässer – eines neutralen Landes.

Dieses zeigt, daß die Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn Recht hatte mit ihrer Forderung nach Abrüstung in Ost und West. Wir bleiben dabei, die sowjetischen Raketen, auf Europa gerichtet, sind eine Bedrohung für uns – und niemand hindert die UdSSR, bei der SS-20 mit einem einseitigen Moratorium zu beginnen.

Gerade weil auch wir Abrüstung von den Sowjets verlangen und mit ihnen die Entspannungspolitik fortsetzen wollen, ist es gut und richtig, daß der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew die Bundesrepublik besucht. Dabei habe ich kein Verständnis dafür, wie das offizielle Bonn versucht, aus Liebesdienerei vor den USA den Stellenwert dieses Besuches systematisch herunterzuspielen.

Wenn dieser Besuch in den USA nicht gefäll, ist das nicht unser Problem. Wenn man dort niest, brauchen wir noch lange keinen Schnupfen zu haben. Umgekehrt, denke ich, heißt das, daß wir es nicht bei notwendigen Appellen an die Regierung belassen dürfen, sondern für unsere Forderungen
- nach Aufkündigung des NATO-Beschlusses,
- für ein atomwaffenfreies Europa
- und für ein von fremden Truppen freies Europa,
- für Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Produktion ziviler Güter,
- für die Verhinderung von Frauen in der Bundeswehr
- und für die Durchsetzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik und anderswo, diesseits und jenseits der Elbe

weiter arbeiten müssen, bis sie am Ende eingelöst sind.

Martha Buschmann, Präsidium der DKP:
„Wir müssen gute Partner des Ostens sein“

(...)
Wir brauchen eine Politik, die den Friedensinteressen unseres Volkes Vorrang gibt vor dem abenteuerlichen Kriegkurs der USA. Deutsche Politik muß dem Grundsatz Rechnung tragen: Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Soziale Errungenschaften und demokratische Rechte dürfen nicht auf dem Altar der Hochrüstung geopfert werden.

notwendigen Appellen an die Regierung belassen dürfen, sondern für unsere Forderungen
- nach Aufkündigung des NATO-Beschlusses,
- für ein atomwaffenfreies Europa
- und für ein von fremden Truppen freies Europa,
- für Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Produktion ziviler Güter,
- für die Verhinderung von Frauen in der Bundeswehr
- und für die Durchsetzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik und anderswo, diesseits und jenseits der Elbe

weiter arbeiten müssen, bis sie am Ende eingelöst sind.

Martha Buschmann, Präsidium der DKP:
„Wir müssen gute Partner des Ostens sein“

(...)
Wir brauchen eine Politik, die den Friedensinteressen unseres Volkes Vorrang gibt vor dem abenteuerlichen Kriegkurs der USA. Deutsche Politik muß dem Grundsatz Rechnung tragen: Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Soziale Errungenschaften und demokratische Rechte dürfen nicht auf dem Altar der Hochrüstung geopfert werden.

Europa ist ein kleiner Kontinent, schon heute vollgestopft mit Atomwaffen. Drahtseilakte am Rande des Krieges können und dürfen wir uns nicht leisten. Europa braucht die Entspannung und es braucht Abrüstung. Am allerwenigsten aber braucht es neue Atomraketen. Deshalb ist die Verhinderung ihrer Stationierung die Voraussetzung für alle weiteren Schritte. Diese müssen dazu führen, daß unser Kontinent frei wird von Atomwaffen, daß die Rüstungen reduziert und die Konfrontation der Militärblöcke überwunden wird. Die Zukunft von Frieden und Sicherheit in Europa muß von allen Völkern und Staaten gemeinsam gewährleistet werden.

Wir brauchen gute Nachbarn im Osten und müssen gute Nachbarn des Ostens sein. Die Bereitschaft zur Verständigung und Zusammenarbeit auf der Seite der sozialistischen Staaten ist vorhanden. Von dort bedroht uns niemand, weder mit dem Einsatz von Atombomben zu „Demonstrationszwecken“ noch mit einem Nuklearkrieg. Die Sowjetunion will den Frieden. Sie braucht ihn. Sie setzt auf die Zusammenarbeit mit unserem Land, auf friedliche, gute Nachbarschaft.

Dies wird erneut bestätigt, wenn morgen ihr oberster Repräsentant, Leonid Breschnew, nach Bonn kommt. Dieser Besuch bietet große Chancen für unser Land und für den Frieden. Wir sind dafür, daß sie genutzt werden. Wir sind dafür, daß von der Begegnung zwischen Helmut Schmidt und Leonid Breschnew deutliche Schritte ausgehen weg von der atomaren Katastrophe und hin zu Entspannung und Abrüstung. Ein deutliches Signal wäre die Bereitschaft der Bundesregierung, den sowjetischen Vorschlag für einen beiderseitigen Stopp der Raketenstationierung zu unterstützen.
(...)

Sozialistische Konferenz, ruhe in Frieden?

Andere Formen zur Herausbildung von Positionen der Linken vorhanden

thm. An diesem Freitag beginnt die III. Sozialistische Konferenz (SK) in Bochum. Wir hatten in dieser Zeitung schon auf einige erhebliche Probleme im Vorfeld der III. SK hingewiesen (siehe KVZ Nr. 43). Wir hatten geschrieben: ,,Soll das Unternehmen SK nicht vollständig scheitern, muß die Konferenz im November positive Ergebnisse bringen. Mit der Tagesordnung, die verabschiedet wurde, wäre dies aber auch zu machen.'' In den Materialien zur III. SK bemühen sich F.O. Wolf und A. Resch nun um eine Gesamteinschätzung des Projekts. Allgemeiner Tenor: ,,Wenn wir die SK III sauber über die Bühne bringen, wenn zumindest ansatzweise Übereinstimmung und Kontroversen in der Benennung einer sozialistischen Position zur Friedenspolitik verdeutlicht werden können, können die Beteiligten froh sein. Die Frage, wie es danach weitergehen soll, sollten sie alle sich schon vorher stellen.''

Seit der sich entwickelnden gesellschaftlichen Krise Ende der 70er Jahre und der wachsenden Kriegsgefahr steht die Linke vor der Aufgabe, eine strategische Gesamtkonzeption zu erarbeiten, die auf neue Fragen Antworten geben und in den unterschiedlichen Kämpfen einen Weg zum Sozialismus weisen kann. Diese Anforderung setzte einen Umgruppierungsprozeß innerhalb der Linken in Gang. Diese ,,neue Beweglichkeit'' der Linken hat zu einem Zwischenergebnis geführt, ,,das die bisherige Konzeption der Sozialistischen Konferenz hinfällig macht. Die Sozialistische Konferenz als Element der Auflösung alter Fronten und der Zusammenführung verschiedener linker Strömungen hat ihre Schuldigkeit getan'', schreibt Resch in den Materialien. Eine Rolle als Element zur Vereinheitlichung der *gesamten* Linken konnte die SK nie spielen, weil ,,die grundlegenden theoriebildenden Gedanken strittig sind'' (F.O.Wolf). Die Umgruppierung zu neuen, allerdings noch ganz grob umrissenen Komplexen politischer Positionen führte zu anderen Formen der Zusammenarbeit. ,,Keine wichtige, an der SK interessierte politische Position wird gegenwärtig eine Intensivierung der SK-Aktivitäten zu Lasten der eigenen organisatorischen und inhaltlichen Anstrengungen und Zielsetzungen vornehmen.'' (Resch) Dies ist aber m.E. durchaus nicht negativ zu sehen. Es stellt sich ganz nüchtern das Problem der Produktivität bei der Herausarbeitung von Positionen der Linken. Welches sind hierfür die geeigneten Formen? F.O. Wolf kommt in den Materialien zu der Auffassung, daß er ,,die theoretische und politische Aufgabe, die die umrissene ,Politiklücke' den sozialistischen Kräften in diesem Land stellt, mit denjenigen in Angriff zu nehmen, mit denen ich mich über ihre Bedeutung und über ein produktives Herangehen an die Sache verständigen kann – und darüber erst wieder eine breite Debatte zu suchen, wenn wir und andere dazu dann auch neue Substanz, Ergebnisse politischer und theoretischer Arbeit vorzulegen haben, die sich ja nicht in der Debatte von selbst einstellen''. Eine derartige Position ,,produktiver Abgrenzung'' scheint heute zumindest in der organisiert tätigen Linken unumstritten zu sein. Insofern besteht dann auch größere Einheit darüber, daß das Projekt SK in der jetzigen Form nicht mehr weitergeführt werden kann.

Zwei Probleme stellen sich somit auf und nach der SK. Sicherlich wird eine Auflösung der SK in der jetzigen Form einer Reihe von örtlichen Initiativen den endgültigen Rest geben. Für die örtlichen Initiativen stellt sich unabhängig von einer Entscheidung der zentralen SK-Fortführung das Problem, wie die unorganisierten Sozialisten örtlich weiter zusammenarbeiten können. Für das zentrale SK Projekt wird auf der III. SK eine Entscheidung getroffen werden müssen, ob neue Formen sinnvoll sind oder ob es ersatzlos liquidiert wird. In den Materialien zur III. SK finden sich nur zwei Vorschläge. Schmalbrüstig, wie sie notwendig sind, ist kaum vorstellbar, daß die Teilnehmer der SK hierüber in Begeisterung verfallen. Erster Vorschlag: ,,Die linken Zeitschriften organisieren Treffen von Vertretern der interessierten Gruppen und interessierter Einzelpersonen. Politischer Zweck der Übung ist zunächst nur die Aufrechterhaltung eines Minimums an organisierter Dikussion.'' Zweiter Vorschlag: ,,Die interessierten Gruppen veranstalten gemeinsam eine Art Ausstellung oder Messe, auf der dem beteiligten Publikum der Stand der Dinge – aus je unterschiedlicher Sicht natürlich – vorgetragen wird.''



5 Stunden lang mußte Holger Börner am 18.11. auf dem Marburger Schloß ausharren, als er dem Marburger Oberbürgermeister das Verdienstkreuz verleihen wollte. Eine Demonstration von ca. 2000 Menschen gegen die Startbahn West hinderte ihn am Verlassen des Schlosses. Erst die Polizei prügelte ihm einen Weg aus der Falle frei.

Veranstaltung und Gründung einer Friedensinitiative im Bremer Gesundheitswesen

kvz.Bremen. Ca. 250 – 300 Menschen besuchten eine Veranstaltung zur Gründung einer Friedensinitiative im Bremer Gesundheitswesen. Aufgerufen hatten verschiedene Ärzte aus den Bremer Kliniken, die bereits auf dem Hamburger Ärztekongreß ,,Ärzte warnen vor dem Atomkrieg'' teilgenommen hatten und nun mit dem gleichen Aufruf eine Verbreiterung der Bewegung anstrebten. Im Aufruf heißt es u.a.: ,,Wir setzen uns dafür ein, die Atomwaffen insgesamt abzuschaffen. Unser erster Schritt zu diesem Ziel ist es, die Stationierung der neuen Atomwaffen in Europa und besonders in der Bundesrepublik nicht zuzulassen.'' Auf der Veranstaltung wurde zusätzlich betont, daß die Initiative sich für Abrüstung in Ost und West einsetzen wird.

Die Veranstaltung wurde eingeleitet von einer Kinderärztin im Ruhestand, die bereits an der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und der Ostermarschbewegung teilgenommen hatte, mit einem historischen Überblick über die Entwicklung der Friedensbewegung. Sie erklärte das Scheitern der bisherigen großen Friedensbewegung damit, daß den Teilnehmern wohl der rechte Glaube gefehlt hätte. Bekanntlich versetze der Glaube ja Berge. Anschließend wurden Referate zu folgenden Themen gehalten: 1. Rüstungspolitik – Sicherheitspolitik? Warum ist die Gefahr eines Atomkrieges so groß wie kaum jemals zuvor? Der NATO-Doppelbeschluß als Beitrag zur Aufrüstung; 2. physikalische und medizinische Folgen von Atomwaffenexplosionen. Von welcher Zerstörung und welchen Krankheiten werden wir bedroht? Was ist Strahlenkrankheit, wer hat Überlebenschancen?

Als 4. Programmpunkt wurde ein Referat zu dem Referentenentwurf für ein Gesundheitssicherstellungsgesetz und über den Katastrophenschutz gehalten. Das Gesundheitssicherstellungsgesetz wurde als eines der Notstandsgesetze gekennzeichnet, was eine besondere Entrechtung für die Beschäftigten im Gesundheitswesen mit sich bringt. Es wurde herausgearbeitet, daß mit diesem Gesetz in keinster Weise ,,die Gesundheit sichergestellt'' werden kann. Das geht nur, wenn man den Atomkrieg verhindert.

Im Anschluß an diese Veranstaltung sollen in den einzelnen Kliniken Friedensinitiativen entstehen und arbeiten. Kontaktadressen und Termine wurden bekanntgegeben. Es soll eine Koordinationsgruppe geschaffen werden, die ein zentrales Archiv erstellt und verwaltet, in dem alle Referate, Dia-Vorträge, Bilddokumentationen usw. gesammelt werden und dann den einzelnen Initiativen für Veranstaltungen, Flugblätter, Broschüren usw. zur Verfügung gestellt werden. Des weiteren wird eine Zusammenarbeit mit anderen Friedensinitiativen angestrebt. Es wird zu einem späteren Zeitpunkt wieder eine größere Veranstaltung – getragen von allen Initiativen des Bremer Gesundheitswesens – geben, auf der unter anderem die Erfahrungen, Erfolge usw. zusammengetragen und ausgetauscht werden sollen.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wird gefordert, daß der Geschäftsführer der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Deneke, seines Amtes enthoben wird. Deneke hatte in einer ganz miesen Polemik in einem Artikel des Deutschen Ärzteblattes gegen den Ärztekongreß ,,Ärzte warnen vor dem Atomkrieg'' in Hamburg gehetzt.

Berufsverbot auf Raten?

Neuköllner Lehrer wurde Betätigung für SEW vorgeworfen

ram./ads. Westberlin. Gegen den Neuköllner Lehrer Rowald ist 1975 von der Dienstbehörde ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst. Vorgeworfen wurde ihm, auf Parteitagen der SEW in den Jahren 1974 und 1977 sowie in der Pionierzeitschrift der FDJ Westberlin gegen die durch das Beamtenrecht festgelegte Mäßigungspflicht verstoßen zu haben.

Rowald hat in seinen Reden und in dem Zeitschriftenartikel die Westberliner Schulverhältnisse kritisiert und sie gekennzeichnet als ausgerichtet auf die Interessen der Unternehmer. Die Disziplinarkammer des Berliner Verwaltungsgerichts hat gegen Rowald am 20.11.81 für die Dauer von fünf Jahren eine zehnprozentige Gehaltskürzung verhängt.

Der Prozeß gegen Rowald ist wie die parallel laufenden Angriffe auf Positionen der Personalräte und der Gewerkschaft ein Vorstoß des CDU-Senats, um auszutesten, welchen Widerstand er zu erwarten hat bei der Durchsetzung seines Kürzungsprogramms und der reaktionären Ausrichtung des Bildungswesens. Der Protest gegen alle diese Vorstöße bleibt nicht aus, und er bleibt nicht wirkungslos. Durchschlagende Erfolge erzielt zur Zeit keine Seite. Davon zeugt auch das Urteil.

In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß sich Rowald bei den Anklagepunkten, die nach 1975 liegen, nicht mehr auf den Verbotsirrtum berufen könne. Er habe in der ,,Verbindung zwischen den Mängeln in der Schule und den Absichten staatlicher Stellen im Sinne von Konzerninteressen'' das zulässige Maß an Kritik überschritten. Ebenso mit seiner Schulbuchkritik, wo er dem Senat vorwirft, ,,die Berliner Verfassung mit Füßen zu treten''.

Ein ,,schwerer Verstoß'' gegen die Pflichten eines Beamten sei es, wenn dieser ,,Ämter mit dauernden Funktionen'' für eine Partei wie die SEW übernehme. Die Rolle eines Delegierten auf einem Parteitag gehöre aber noch nicht in den ,,Bereich der am stärksten unterstützenden Tätigkeit für eine Partei mit verfassungswidrigen Zielen''. Da Rowald aber ,,nur'' Delegierter gewesen sei und er außerdem in der mündlichen Verhandlung erklärt habe, er werde sich an das halten, was ihm ein rechtskräftiges Urteil auferlege, werde hier ,,nicht die Entfernung aus dem Öffentlichen Dienst vorgenommen, sondern die Gehaltskürzung als eine der strengsten Disziplinarmaßnahmen''. Eine Unterlassung der ,,vorgekommenen Pflichtverletzungen'' sei für Rowald zumutbar, weil sie seine Meinungsfreiheit nicht berühre. Jedoch müsse er wissen, daß ein nochmaliges Auffallen mit derartigen Aktivitäten seine Entfernung aus dem Öffentlichen Dienst zur Folge haben werde (Az VG Diszip. 41/78).

Tübinger Internationalismus-Tage vom 11. bis 13.12.1981

Liebe Genossinnen und Genossen!
Die revolutionären Ereignisse und Ansätze in Latein- und Mittelamerika, die Geschehnisse in Polen und Zimbabwe haben unter uns neuerliche Diskussionen über internationalistische Solidarität und unsere Rolle und Aufgabe als Intellektuelle ausgelöst. Die konkreten Aktionen zugunsten von Nicaragua und El Salvador erbrachten neben verändertem Bewußtsein auch eine Menge an neuen Fragen.
Aus diesem Grund schlagen wir Euch für den Fr/Sa/So 11./12./13. Dezember dieses Jahres ein großes Arbeitstreffen als Diskussionsforum in Tübingen vor.

Ausgangspunkt für diese Idee war die persönliche Trauer und Wut über den (späten) Attentatstod Rudi Dutschkes.

Aufgabe und Ziel der Diskussionstage soll es sein, unter Rückgriff auf die Positionen des Vietnam-Kongresses des SDS im Februar 1968 die neueren Entwicklungen unserer Solidaritätsarbeit mit Befreiungsbewegungen kritisch zu fassen. Die Kritik des Imperialismus in den Metropolen Europas angesichts der Vorgänge in der Dritten Welt.

Gibt es eine Kontinuität in der Internationalismus-Arbeit seit dem SDS? Was heißt antiimperialistische Politik heute im Vergleich zu den Jahren 1967 bis 1969? .....(Fragen gibt's hierzu ja genug!)

(Auszug aus dem 1. Flugblatt der Fachschaftsräte-Vollversammlung der Ernst-Bloch-Universität, Tübingen)

Eröffnet werden die Internationalismus-Tage mit einer Podiumsdiskussion am Freitag, dem 11.12., zu den Themenbereichen: Funktion der fortschrittlichen Intelligenz in den Metropolen; ökonomische Verflechtung der imperialistischen Länder mit der Dritten Welt; Entwicklung der Einflußsphären im globalen Verhältnis und in Europa. Teilnehmer sind unter anderem Peter Brückner, Klaus Meschkat und Michael Schneider. Am 2. Tag werden Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen stattfinden, so z.B. zu Irland, Polen, Asylanten in der BRD, Nahost, Afghanistan, Türkei und zu verschiedenen Fragen, die Lateinamerika betreffen. Ebenfalls ist eine Arbeitsgruppe zum Thema ,,Sicherheitspolitik in Europa'' geplant.

Kontaktadressen für die von der Fachschaftsräte-Vollversammlung der Tübinger Universität vorbereiteten Internationalismus-Tage sind:
Welf Schröter, Eberhardstr. 7, 7031 Weil im Schönbuch, Tel. 07157/63232 und Inka Thunecke, Sigwarthstr. 11, 7400 Tübingen, Tel. 07071/27321

Veranstaltungen

Frankfurt
Iran-Teach-In, veranstaltet von M.S.V. (Sympathisanten der Volksmoudjahedin) CISNU u.a., Universität, Hörsaal H1
Freitag, 27.11.1981, 19.30 Uhr

Göttingen
Vorbereitungstreffen für den bundesweiten Kongreß der Friedensinitiativen Jan./Feb. 1982, ESG Göttingen
Samstag, 5.12.1981, 10.30 Uhr

Hamburg
Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW ,,Verlauf und Ergebnisse der VI. o. DK des KBW'', Gaststätte Eimsbütteler Krug, Ostertorstr. 5
Mittwoch, 2.12.1981, 20.00 Uhr

Lüneburg
Veranstaltung zur Solidarität mit Solidarność. Veranstalter: Anti-Kriegs-Gruppe Lüneburg. Referent: G. Koenen.
Ort: Glockenhaus, Glockenstraße
Montag, 30. November, 20.00 Uhr

Arbeitsgruppe des KBW: Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion in der BRD und Westberlin seit 1945
Alternative Wirtschaftspolitik – Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Sozialistischen Studiengruppen. Grundlagen der Diskussion sind die Veröffentlichungen der SOST:
– Bundesrepublik: Wirtschaftskrise und Sozialistische Alternativen
– Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Arbeitspapiere.

Das Treffen der Arbeitsgruppe findet statt im Schulungszentrum des KBW: 6000 Frankfurt, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Teilnehmer und Interessierte möchten sich bitte im Schulungszentrum anmelden. Unkostenbeitrag für Verpflegung und Unterbringung: 25,50 DM.
Beginn: Samstag, 5.12.81, 14.00 Uhr
Schluß: Sonntag, 6.12.81, 15.00 Uhr

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 501 900 00)

sts.Westberlin. Der Berliner Justizsenator Scholz und Innensenator Lummer legten Ende Oktober anläßlich der Ankündigung weiterer Häuserräumungen „in absehbarer Zeit" eine umfangreiche Zwischenbilanz zum Thema Hausbesetzungen vor (Tagesspiegel vom 26.10. und 3.11.1981). Danach sind zur Zeit 150 Häuser ganz oder teilweise besetzt, davon allein 82 im Bezirk Kreuzberg. Bisher waren 226 Häuser das Ziel von 245 versuchten oder vollendeten Besetzungen. Vor dem Antritt des Vogel-Senats am 23.1.1981 gab es 43 Besetzungen und eine Räumung, bis zum Senatswechsel am 11. Juni 1981 176 Besetzungen, 8 Räumungen und 30 Durchsuchungen besetzter Häuser, nach dem 11. Juni unter Weizsäcker gab es 26 Besetzungen, 13 Räumungen und 40 Durchsuchungen. Dabei wurden 1627 Personen „eindeutig als Hausbesetzer indentifiziert". Im Zusammenhang mit Hausbesetzungen und Demonstrationen wurden seit dem 12. Dezember 1980 4278 Ermittlungsverfahren eingeleitet, 1434 Personen vorläufig festgenommen, und von 2660 Personen die persönlichen Daten im Informationssystem der Berliner Polizei gespeichert. Bis zum 15 Oktober wurden 54 Haftbefehle erlassen, wovon 31 Personen noch in Haft sind. Nach dem Stand vom 1. Oktober steht die Entscheidung über die Erhebung der Anklage bzw. Einstellung in 505 Verfahren noch aus. Nach Justizsenator Scholz wurde in rund 150 Fällen Anklage vor dem Schöffengericht erhoben und zur Hauptversammlung zugelassen.

Nach den Angaben des Westberliner Ermittlungsausschusses sind bis zum 17. Oktober 1981 auf der Grundlage von 75 Anklageschriften bisher 75 Strafverfahren erstinstanzlich – seit Januar 1981 – beendet worden, in denen 84 Personen angeklagt waren. Die Anklagen lauteten meist auf Landfriedensbruch und schweren Widerstand, Körperverletzung, Sachbeschädigung und in einzelnen Fällen Diebstahl. In 4 von jenen 75 Fällen haben bereits die Berufungsverfahren – gegen je eine Personen – stattgefunden. Dabei sind zwei Freiheitsstrafen ohne Bewährung bestätigt, eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung von 30 auf 20 Monate herabgesetzt und eine Bewährungsstrafe von 12 Monaten in 18 Monate ohne Bewährung verwndelt worden.

Im folgenden sind die Ergebnisse der Berufungsverhandlungen bereits berücksichtigt. Danach gab es bei 84 Angeklagten:

- 4 Einstellungen ohne Geldbuße
- 3 Einstellungen mit Geldbuße
- 1 Bußgeld
- 29 Freisprüche
- 1 Verwarnung mit Strafvorbehalt
- 5 Geldstrafen und Geldbußen nach JugendgerG
- 2 Bewährungsauflagen nach JGG
- 25 Freiheits- und Jugensstrafen mit Bewährung
- 8 Freiheitstrafen ohne Bewährung



Hausbesetzerbewegung in Westberlin

Senat legt Zwischenbilanz vor

„Berliner Linie" in der Praxis von Polizei und Justiz

heitsstrafe von 18 Monaten ohne Bewährung. Erst nachdem die Arbeit des Ermittlungsausschusses für die Verteidigung zunehmend verwertbar wurde und nachdem durch eine Stellungnahme der in der ÖTV organisierten Richter und Staatsanwälte die Auseinandersetzung auch die Justiz selbst erfaßt hatte, konnten zunehmend Freisprüche und Bewährungsstrafen durchgesetzt werden. Dabei ist irgendein System oder Prinzip hinter diesen Urteilen auch nach näherem Studium zahlreicher Urteilsgründe nicht erkennbar. Bei nahezu gleichgelagerten Fällen bei ganz ähnlicher Beweislage wurden die verschiedensten Urteile gefällt – vom Knast ohne Bewährung bis zum Freispruch.

Freisprüche wurden dann ausgesprochen, wenn das Gericht den belastenden Polizeiaussagen nicht folgen wollte oder konnte. So heißt es z.B., diese enthielten „unüberbrückbare Widersprüche, wichen teilweise erheblich von den Bekundungen in der polizeilichen Vernehmung ab ... und waren teilweise abgesprochen" (aus einer Urteilsbegründung). Geradezu formelhaft und willkürlich erscheinen die jeweiligen Begründungen für die Entscheidung, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wird: Heißt es einmal, es sei „nicht ersichtlich, daß die Verteidigung der Rechtsordnung die Vollstreckung der (zwölfmonatigen) Freiheitsstrafe gebietet", so wird in einem anderen Fall die Bewährungsaussetzung derselben Strafe ausgeschlossen, „denn die Verteidigung der Rechtsordnung gebietet die Vollstreckung der Strafe".

Dort heißt es weiter: Der Angeklagte „muß sich für die Schuldbewertung

diesbezüglich (in: Kursbuch 65, S. 37) folgende Fälle an:

Ein Berliner Oberamtsrat verletzte seine Frau wegen ihrer Scheidungsabsichten mit einem Messer erheblich an Hals und Gesicht – acht Monate mit Bewährung. Zwei 30jährige Hausbesitzer terrorisierten nach einer Mietsstreitigkeit ihre Mieter in einer Vielzahl von Fällen mit Beleidigung, Erpressung und gefährlicher Körperverletzung, um sie rauszudrängen – ein Jahr mit Bewährung. In Neuss erschoß ein Polizist einen Autofahrer, ohne Anlaß, wie das Gericht feststellte, denn der Wagen habe schon gestanden oder sei höchstens langsam ausgerollt – sieben Monate mit Bewährung.

Auch in anderen europäischen Städten hat es Gerichtsverhandlungen wegen Steinwürfen gegeben. Der Schnitt in Zürich, Amsterdam und London liegt bei zwei Monaten, soweit dort überhaupt auf Freiheitsstrafe erkannt wird (vgl. die Radiosendung „Gerichtstermin" vom 8.10.1981 auf SFB II).

Antrag der Fraktion der Alternativen Liste über Gesetz zur Straffreiheit

§1 — Anwendungsbereich

Wegen Straftaten, die in der Zeit vom 1. Januar 1980 bis zum Tag der Verkündung dieses Gesetzes durch Demonstrationen und Hausbesetzungen oder in Zusammenhang hiermit begangen worden sind, wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Straffrei-

stimmte Demonstration oder im Zusammenhang hiermit begangen worden sind. (...)

§6 — Einstellung des Verfahrens

(1) Über die Einstellung entscheidet die Staatsanwaltschaft, solange das Verfahren nicht gerichtlich anhängig ist. Auf Antrag eines Beteiligten entscheidet das Gericht, das für das Hauptverfahren zuständig wäre, gegen den Beschluß ist sofortige Beschwerde zulässig. (...)

gefährliche Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung ausreichen, von Hausbesetzern auch dann verstoßen werden, wenn sie mit ihrer Aktion zum Beispiel den gemeinsamen Zweck verfolgen, das Haus in ihre Gewalt zu bringen, um auf diese Weise gegen Fehlentwicklungen im Wohnungsbau, gegen die Höhe der Miete und Wohnungsknappheit sowie gegen das weitgehende Fehlen von Kontaktmöglichkeiten in Neubauvierteln und die darauf beruhende Vereinsamung des einzelnen zu demonstrieren" (Schultz, Staatsanwalt kontra Polizei, in „Jura" 1981, S. 521 ff.).

Seit Februar 1981 unternahm die Staatsanwaltschaft mehrere zunächst vergebliche Anläufe zur Durchsetzung von richterlichen Haftbefehlen nach §129, die zunächst wegen unzureichender Anhaltspunkte abgelehnt worden waren. Am 29. April schließlich wurde das Haus Herrnhuter Weg 12 in Neukölln durchsucht. Es soll „festungsartig ausgebaut" gewesen sein, mit Stahltüren und Gittern verbarrikadiert. Und nun ergingen tatsächlich 12 Haftbefehle wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung.

Staatsanwaltschaft kontra Polizei?

Eine besondere Rolle spielten die Auseinandersetzungen zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei, die dem Senat unterstellt ist. Der neu installierte Vogel-Senat wollte der Bewegung mit Zuckerbrot und Peitsche beikommen, wobei das Zuckerbrot aus „Verhandlungen und Gesprächen" bestehen sollte, um bis zur Neuwahl im Juni weitere Eskalationen und somit Wahlkampfmunition für die CDU zu vermeiden. Das Problem war bloß: Die Hausbesetzer wollen mit dem Senat nicht verhandeln, solange ihre Leute noch in Haft waren. Allerdings hatten die „Vermittler" bereits Gespräche mit beiden Seiten begonnen.

Die Staatsanwaltschaft jedoch hatte kein Interesse, dieser Taktik des Vogel-Senats zu folgen und steuerte ständig gegen. „Verdachtsmomente nach §129 StGB" wollte sie gegen die besetzten Häuser in der Luckauer Str. 3 entdeckt haben und richtete seit Oktober 1980 zahlreiche entsprechende Ermittlungsgesuche an die Polizei, der sie zunächst

Durchsuchungsbeschluß gegen die Luckauerstr. 3 bewirkt, den sie zur Ausführung an die Polizei weiterleitete, verbunden mit einer bis dahin ungewöhnlichen Fristsetzung von einer Woche. Der Polizeipräsident Hübner richtete daraufhin an die Staatsanwaltschaft die „Bitte", die Frist zu verlängern, er wolle die sich anbahnenden Verhandlungen zwischen Besetzern und Senat nicht stören. Offensichtlich aber die Staatsanwaltschaft, die nun die „Flucht an die Öffentlichkeit" antrat. Kurze Zeit schlugen die Wogen hoch, doch schließlich einigte man sich – vorläufig keine Räumungen.

Als einen Monat später die Staatsanwaltschaft erneut auf der Durchsuchung bestand, erließ Justizsenator Meyer am 1. April eine dienstliche Weisung an die Staatsanwaltschjaft, vorläufig nicht zu durchsuchen. Er hatte sich damit jedoch juristisch auf ein gefährliches Gelände begeben, denn sein Weisungsrecht hat dort eine Grenze, wo der Staatsanwaltschaft eine Verfolgungspflicht gesetzlich vorgegeben hat. In dieser Richtung hatte sie jedoch mit ihrem „Anfangsverdacht" wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung, wo Verfolgungspflicht besteht, die Weichen bereits gestellt.

Eine Woche später schließlich, am 7. April, wurde die Luckauerstraße 3 durchsucht. Hunderte von Polizisten drangen nach und nach in das Gebäude ein, nachdem sie sich mit Sägen, Spitzhacken und Stemmeisen einen Weg durch die versperrten Türen gebahnt hatten. Der gesamte dort gerade tagende Besetzerrat wurde festgenommen, darunter auch der Sohn des Polizeipräsidenten. Gegen seinen Vater und Innensenator Dahrendorf leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren ein wegen Strafvereitelung im Amt, der Justizsenator wurde verschont. Mit dem neuen Senat unter Weizsäcker dürfte die Einhelligkeit mit der Staatsanwaltschaft wieder vollends hergestellt sein. Die Staatsanwälte preschten gleich noch weiter vor: Seit Ende Juni geben sie nach der Durchsuchung von Häusern die Hausschlüssel nicht mehr – wie zuvor – an Vertrauensleute der Besetzer zurück, sondern dem zufällig anwesenden Hauseigentümer. Damit ist gleichzeitig geräumt. Um die Sache vollends klar zu machen, wurden obendrein Ermittlungsverfahren gegen Polizisten eingeleitet, die früher anders verfahren sind – wegen Beihilfe zum Hausfriedensbruch.

Die Berliner Linie

Die vielzitierte „Berliner Linie", vom Vogel-Senat entwickelt, von Lummer umgesetzt, besteht schlicht darin, daß Räumungen besetzter Häuser nur stattfinden, wenn der Eigentümer einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt hat und ein sofort umsetzbarer Nutzungsplan besteht. Zweifellos ein Zugeständnis an die Stärke der Bewegung.

Die Staatsanwaltschaft ist darauf

Nach den Angaben des Westberliner Ermittlungsausschusses sind bis zum 17. Oktober 1981 auf der Grundlage von 75 Anklageschriften bisher 75 Strafverfahren erstinstanzlich – seit Januar 1981 – beendet worden, in denen 84 Personen angeklagt waren. Die Anklagen lauteten meist auf Landfriedensbruch und schweren Widerstand, Körperverletzung, Sachbeschädigung und in einzelnen Fällen Diebstahl. In 4 von jenen 75 Fällen haben bereits die Berufungsverfahren – gegen je eine Personen – stattgefunden. Dabei sind zwei Freiheitsstrafen ohne Bewährung bestätigt, eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung von 30 auf 20 Monate herabgesetzt und eine Bewährungsstrafe von 12 Monaten in 18 Monate ohne Bewährung verwndelt worden.

Im folgenden sind die Ergebnisse der Berufungsverhandlungen bereits berücksichtigt. Danach gab es bei 84 Angeklagten:

- 4 Einstellungen ohne Geldbuße
- 3 Einstellungen mit Geldbuße
- 1 Bußgeld
- 29 Freisprüche
- 1 Verwarnung mit Strafvorbehalt
- 5 Geldstrafen und Geldbußen nach JugendgerG
- 2 Bewährungsauflagen nach JGG
- 25 Freiheits- und Jugensstrafen mit Bewährung
- 8 Freiheitstrafen ohne Bewährung

Das gibt folgende Grobeinteilung:

☐ ca. 35% Freisprüche
☐ ca. 30% Freiheitsstrafen mit Bewährung
☐ ca. 10% Freiheitsstrafen ohne Bewährung
☐ ca. 25% Geldstrafen und -bußen, Auflagen, Arreste und Einstellungen

Besonders ist mit 48% hoch die Zahl der Freisprüche für diejenigen 25 Personen, gegen die aufgrund der Ereignisse am 12.12.1981 Haftbefehl ergangen war.

Harte Linie nicht völlig durchgesetzt

Diese Zahlen zeigen, daß sich die „harte Linie" der Staatsanwaltschaft und des Kammergerichts, des höchsten Berliner Gerichts, bisher in dem angestrebten Maße nicht hat durchsetzen können. Das Kammergericht hatte mit nahezu gleichlautenden Beschlüssen vom 22. Januar 1981 erklärt, daß in den anstehenden Verfahren grundsätzlich Freiheitsstrafen ohne Bewährung angebracht seien wegen der „Verteidigung der Rechtsordnung" und der „Gefahr für die Rechtstreue der Bevölkerung". Eine Woche später am 19.1.1981 wurde daraufhin im ersten Verfahren ein Student wegen eines Steinwurfes zur einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Im zweiten Verfahren wies die Vorsitzende Richterin – durch diese Umstände beflügelt – gleich zu Beginn darauf hin, daß sie nicht gedenke, „dem Mob der Straße nachzugeben" und verhängte schließlich eine Frei-

hatte, konnten zunehmend Freisprüche und Bewährungsstrafen durchgesetzt werden. Dabei ist irgendein System oder Prinzip hinter diesen Urteilen auch nach näherem Studium zahlreicher Urteilsgründe nicht erkennbar. Bei nahezu gleichgelagerten Fällen bei ganz ähnlicher Beweislage wurden die verschiedensten Urteile gefällt – vom Knast ohne Bewährung bis zum Freispruch.

Freisprüche wurden dann ausgesprochen, wenn das Gericht den belastenden Polizeiaussagen nicht folgen wollte oder konnte. So heißt es z.B., diese enthielten „unüberbrückbare Widersprüche, wichen teilweise erheblich von den Bekundungen in der polizeilichen Vernehmung ab ... und waren teilweise abgesprochen" (aus einer Urteilsbegründung). Geradezu formelhaft und willkürlich erscheinen die jeweiligen Begründungen für die Entscheidung, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wird: Heißt es einmal, es sei „nicht ersichtlich, daß die Verteidigung der Rechtsordnung die Vollstreckung der (zwölfmonatigen) Freiheitsstrafe gebietet", so wird in einem anderen Fall die Bewährungsaussetzung derselben Strafe ausgeschlossen, „denn die Verteidigung der Rechtsordnung gebietet die Vollstreckung der Strafe".

Dort heißt es weiter: Der Angeklagte „muß sich für die Schuldbewertung
auch das Verhalten der anderen Teilnehmer im Rahmen des §125 StGB (Landfriedensbruch, d.Verf.) zurechnen lassen, soweit es wie hier auch von seinem Willen umfaßt ist ... Die Entwicklung in der jüngsten Zeit hat vielmehr gezeigt, daß Gewalttätigkeiten aus einer Menschenmenge gegen Polizeikräfte Schule machen. Aus diesem Grunde erfordert die Verteidigung der Rechtsordnung, die nach wie vor ein leitender Gesichtspunkt der Strafzumessung ist, eine wirksame Strafe." Mittlerweile bewertet eine Abteilung des Schöffengerichts jedoch auch die erwiesene „Friedlichkeit" der Menge als strafschärfend, da diese – die friedlichen Demonstranten – vor Straftätern besonders geschützt werden müßten und einer drohenden Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts vorzubeugen sei.

Die politischen Motive der Angeklagten werden, wenn überhaupt, nur floskelhaft erwähnt: „Wenn auch das Gericht dem Angeklagten zugute hält, daß er die Wohnungspolitik in Berlin als verfehlt angesehen haben mag und dagegen protestieren wollte, so muß dem Angeklagten doch deutlich vor Augen geführt werden, daß die Art seines Vorgehens Straftatbestände erheblichen Gewichts erfüllt ... Strafaussetzung zur Bewährung kam daher nicht in Betracht."

Der Schnitt der Freiheitsstrafen liegt bei diesen Prozessen bei 12 Monaten. Daß es sich hierbei um ein überaus hartes Moabiter Sonderrecht handelt, zeigt ein Vergleich mit anderen Strafurteilen. Professor Uwe Wesel führt

tigkeit ihre Mieter in einer Vielzahl von Fällen mit Beleidigung, Erpressung und gefährlicher Körperverletzung, um sie rauszudrängen – ein Jahr mit Bewährung. In Neuss erschoß ein Polizist einen Autofahrer, ohne Anlaß, wie das Gericht feststellte, denn der Wagen habe schon gestanden oder sei höchstens langsam ausgerollt – sieben Monate mit Bewährung.

Auch in anderen europäischen Städten hat es Gerichtsverhandlungen wegen Steinwürfen gegeben. Der Schnitt in Zürich, Amsterdam und London liegt bei zwei Monaten, soweit dort überhaupt auf Freiheitsstrafe erkannt wird (vgl. die Radiosendung „Gerichtstermin" vom 8.10.1981 auf SFB II).

Antrag der Fraktion der Alternativen Liste über Gesetz zur Straffreiheit

§1 — Anwendungsbereich

Wegen Straftaten, die in der Zeit vom 1. Januar 1980 bis zum Tag der Verkündung dieses Gesetzes durch Demonstrationen und Hausbesetzungen oder in Zusammenhang hiermit begangen worden sind, wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Straffrei-
heit gewährt. Die Straffreiheit erfaßt rechtskräftig verhängte Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, sowie zu erwartende Strafen.

§2 — Rahmen der Straffreiheit

(1) Straffreiheit wird für Freiheitsstrafen und Geldstrafen gewährt wegen Straftaten nach den §§110, 113, 120, 123, 124, 125, 125a, 129, 131a, 185 bis 187, 223, 223a, 230, 240, 241 sowie nach den Strafbestimmungen des Versammlungsgesetzes

(2) Straffreiheit wird auch gewährt für Freiheitsstrafen und Geldstrafen wegen Straftaten, die durch eine zur Meinungsäußerung oder Meinungsbildung in öffentlichen Angelegenheiten be-

stimmte Demonstration oder im Zusammenhang hiermit begangen worden sind. (...)

§6 — Einstellung des Verfahrens

(1) Über die Einstellung entscheidet die Staatsanwaltschaft, solange das Verfahren nicht gerichtlich anhängig ist. Auf Antrag eines Beteiligten entscheidet das Gericht, das für das Hauptverfahren zuständig wäre, gegen den Beschluß ist sofortige Beschwerde zulässig. (...)

§10 — Antrag auf Freispruch

(1) Auf Antrag des Beschuldigten, der seine Unschuld geltend macht, wird ein gerichtlich anhängiges Strafverfahren, das aufgrund dieses Gesetzes außerhalb der Hauptverhandlung eingestellt wird, fortgesetzt, wenn die Fortsetzung geboten erscheint, weil wegen besonderer Nachteile, die mit dem erhobenen Vorwurf verbunden sind, der Beschuldigte ein überwiegendes Interesse hat, von diesem Vorwurf freigesprochen zu werden. Zieht das Gericht in der Hauptverhandlung die Einstellung des Verfahrens in Erwägung, so ist dem Angeklagten Gelegenheit zur Stellung des Antrages zu geben. Das Gericht kann die Verhandlung aussetzen.

lungen und Gesprächen" bestehen sollte, um bis zur Neuwahl im Juni weitere Eskalationen und somit Wahlkampfmunition für die CDU zu vermeiden. Das Problem war bloß: Die Hausbesetzer wollen mit dem Senat nicht verhandeln, solange ihre Leute noch in Haft waren. Allerdings hatten die „Vermittler" bereits Gespräche mit beiden Seiten begonnen.

Die Staatsanwaltschaft jedoch hatte kein Interesse, dieser Taktik des Vogel-Senats zu folgen und steuerte ständig gegen. „Verdachtsmomente nach §129 StGB" wollte sie gegen die besetzten Häuser in der Luckauer Str. 3 entdeckt haben und richtete seit Oktober 1980 zahlreiche entsprechende Ermittlungsgesuche an die Polizei, der sie zunächst

men, darunter auch der Sohn des Polizeipräsidenten. Gegen seinen Vater und Innensenator Dahrendorf leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren ein wegen Strafvereitelung im Amt, der Justizsenator wurde verschont. Mit dem neuen Senat unter Weizsäcker dürfte die Einhelligkeit mit der Staatsanwaltschaft wieder vollends hergestellt sein. Die Staatsanwälte preschten gleich noch weiter vor: Seit Ende Juni geben sie nach der Durchsuchung von Häusern die Hausschlüssel nicht mehr – wie zuvor – an Vertrauensleute der Besetzer zurück, sondern dem zufällig anwesenden Hauseigentümer. Damit ist gleichzeitig geräumt. Um die Sache vollends klar zu machen, wurden obendrein Ermittlungsverfahren gegen Polizisten eingeleitet, die früher anders verfahren sind – wegen Beihilfe zum Hausfriedensbruch.

Die Berliner Linie

Die vielzitierte „Berliner Linie", vom Vogel-Senat entwickelt, von Lummer umgesetzt, besteht schlicht darin, daß Räumungen besetzter Häuser nur stattfinden, wenn der Eigentümer einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt hat und ein sofort umsetzbarer Nutzungsplan besteht. Zweifellos ein Zugeständnis an die Stärke der Bewegung.

Die Staatsanwaltschaft ist darauf
scheinbar insoweit eingeschwenkt, als sie in Fällen des alleinigen Verstoßes gegen §123 StGB (Hausfriedensbruch) das öffentliche Interesse an einer Strafverfolgung verneint, wenn die Voraussetzungen einer Räumung nicht vorliegen (vgl. Generalstaatsanwalt Schultze, a.a.O., S. 522). Dieser Grundsatz wird jedoch gerade in letzter Zeit faktisch außer Kraft gesetzt, indem die Staatsanwaltschaft je nach Belieben noch einen Stromdiebstahl oder eine Sachbeschädigung drauflegt. Soweit tatsächlich allein wegen Hausfriedensbruch ermittelt wurde, sind die „Vorgänge" bei der politischen Staatsanwaltschaft jedoch zusammengefaßt. Oberstaatsanwalt Grauhahn erklärte schon im März dieses Jahres, diese Verfahren könnten dann nicht weiter stillgelegt werden, wenn die Besetzer nicht mehr verhandlungsbereit und ein politische Lösung nicht absehbar sei.

Mit jedem weiteren Strafurteil zeigt sich die Notwendigkeit, eine grundsätzliche Lösung zu erkämpfen, durch umfassende Amnestie, was auch von zahlreichen Personen der liberalen Öffentlichkeit erkannt wird. Professor Uwe Wesel drückte sich so aus: „Das ist das gleiche wie zur Apo-Zeit: Ein Krieg der Justiz gegen die junge Generation. Er muß so schnell wie möglich beendet werden, und da hilft nur ein Gesetz" (Kursbuch 65, S. 47/48). Ein solcher Gesetzentwurf wurde dem Abgeordnetenhaus von der Fraktion der AL vorgelegt. Dieses Gesetz durchzusetzen, bleibt eine wichtige Aufgabe der demokratischen Bewegung.

Hausbesetzer als kriminelle Vereinigung

Bisher noch nicht angeklagt, aber zum Gegenstand zahlreicher Ermittlungsverfahren gemacht wurde §129 StGB – kriminelle Vereinigung, deren Mitgliedschaft allein schon strafbar ist, ohne daß dem einzelnen eine Beteiligung an konkreten Taten nachgewiesen werden muß. Die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft stützt sich dabei auf die Rechtssprechung des Bundesgerichtshofes von 1975. Danach kann laut Generalstaats-Schutz gegen diese Vorschrift, „sofern die weiteren Voraussetzungen der Bestimmung erfüllt sind, also insbesondere Zusammenschluß zu einer Organisation und die Planung weiterer erheblicher Straftaten, wozu auch solche wie

„im Hinblick auf den präventiven Charakter einzelner Maßnahmen" den Zeitpunkt und die Art der Durchführung überließ. Diese blieb jedoch auf direkte Anweisung des Innensenators untätig. Juristisch begründet wurde dies „mit der Rechtsauffassung, daß sich bisher unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der richtige Zeitpunkt für die Durchsuchung oder Räumung der Häuser nicht ergeben habe ... Es werde zu einer explosionsartigen Ausweitung von Krawallen und Anschlußaktionen von hoher Militanz kommen, wobei die zu erwartenden Fälle von Gewalttaten polizeilich nicht zu verhindern seien". (Generalstaatsanwalt Schultz, a.a.O., S. 523).

Anfang Februar schließlich hatte die Staatsanwaltschaft einen richterlichen

Vorbereitung der 12. Arabischen Gipfelkonferenz

chm. Im Vorfeld der für den 25./26.11. geplanten 12. Gipfelkonferenz der arabischen Staaten in der marokkanischen Stadt Fes ist eine Reihe von Vorbereitungstreffen und Konferenzen durchgeführt worden, so das routinemäßige Treffen der arabischen Außenminister wie vor jeder Konferenz auch und das Treffen der Außenminister der arabischen „Ablehnungsfront" in der südjemenitischen Hauptstadt Aden. Mitglieder dieser Ablehnungsfront, die im Anschluß an Sadats Besuch in Jerusalem im November 1977 gebildet worden war, sind Syrien, Libyen, Südjemen und die PLO. Gegenstand aller Beratungen ist der Fahd-Plan. Die Ergebnisse sind bisher widersprüchlich und die Meldungen darüber verworren. Fest steht, daß Libyens Staatspräsident Gaddafi nicht an der Konferenz teilnehmen wird mit der bizarren Begründung, die Konferenz sei nicht „vom arabischen Volk autorisiert". Zum Fahd-Plan gibt es neben der schroffen Ablehnung aus Libyen eine wider Erwarten differenzierte Stellungnahme Syriens, die auf Überprüfung des Planes als „Diskussionsgrundlage" aus ist. Auch der Südjemen hat eine ähnliche Stellungnahme abgegeben. (Beides bringt die Sowjetunion in Zugzwang, weil die sowjetische Presse schon gegen den Plan gewettert hatte!) Entscheidend wird auf der Konferenz die Haltung der PLO zu dem Plan sein. Bisher ist er in seinen Auswirkungen durchaus im Interesse der PLO gewesen: Den europäischen Staaten hat er eine Möglichkeit gegeben, vom Camp-David-Zug abzuspringen, sie werden wieder aktiv, die USA muß sich ernsthaft damit befassen, weil sie Saudiarabien nicht vergrätzen kann; Israel steht wieder da als das, was es im Wesen ist: Kriegstreiber und Kriegsursache im Nahen Osten. Das israelische Parlament hatte den Fahd-Plan abgelehnt, allerdings mit 18 Gegenstimmen und 27 Enthaltungen.

Einsatz von C-Waffen in Kampuchea

kvz. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat in einer Erklärung, die über ihren Radio-Sender verbreitet worden ist, bekanntgegeben, daß die vietnamesischen Aggressoren in Kampuchea chemische Waffen im Kampf einsetzen, die von der Sowjetunion geliefert werden. Sie forderte die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Untersuchung der Frage, wie von den USA vorgeschlagen.

Guerillas in El Salvador „nicht auszurotten"

kvz. In ihrer Ausgabe vom 23.11. berichtete die „tageszeitung" von einem Gespräch mit einem verwundeten Offizier der salvadorianischen Armee, der zugibt, daß die Regierung keine Möglichkeit mehr hat, die Guerillabewegung zu zerschlagen. Auch deshalb,

weil sie Saudiarabien nicht vergrätzen kann; Israel steht wieder da als das, was es im Wesen ist: Kriegstreiber und Kriegsursache im Nahen Osten. Das israelische Parlament hatte den Fahd-Plan abgelehnt, allerdings mit 18 Gegenstimmen und 27 Enthaltungen.

Einsatz von C-Waffen in Kampuchea

kvz. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat in einer Erklärung, die über ihren Radio-Sender verbreitet worden ist, bekanntgegeben, daß die vietnamesischen Aggressoren in Kampuchea chemische Waffen im Kampf einsetzen, die von der Sowjetunion geliefert werden. Sie forderte die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Untersuchung der Frage, wie von den USA vorgeschlagen.

Guerillas in El Salvador „nicht auszurotten"

kvz. In ihrer Ausgabe vom 23.11. berichtete die „tageszeitung" von einem Gespräch mit einem verwundeten Offizier der salvadorianischen Armee, der zugibt, daß die Regierung keine Möglichkeit mehr hat, die Guerillabewegung zu zerschlagen. Auch deshalb,
weil viele einfache Soldaten der Armee mit ihnen sympathisieren. Die nördliche Zone der Provinz Morazan ist trotz mehrerer Angriffe der Regierungstruppen immer noch unter Kontrolle der FMLN. Dieser Offizier, Hauptmann Rogelio Reyes, ist seit einem Jahr in diesem Gebiet eingesetzt. Die meiste Unterstützung erhalten die Guerilleros von den Bauern.

DDR-Friedensbewegung „verfassungsfeindlich"

ror. Erstmalig hat sich das ZK der SED mit heftigen Attacken gegen die Friedensbewegung an die Öffentlichkeit gewagt. Auf der Tagung des ZK erklärte der SED-Bezirkssekretär von Cottbus, Walde, der Feind „habe auch keine Chance, mit der Phrase des sogenannten ‚Sozialen Friedensdienstes' Front zu machen gegen die notwendige militärische Stärkung des Sozialismus, wer auch zu solchen friedens-, sozialismus- und verfassungsfeindlichen Aktionen aufrufen möge." ... „Dabei vergessen diese Leute, daß unsere ganze Republik sozialer Friedensdienst ist." Mit der Stellungnahme kündigt sich ein schärferes Vorgehen gegen die Friedensbewegung an, die bisher unter dem Schutz der Kirche mit einigen tausend Unterschriften das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verlangt, und inzwischen auch zu öffentlichen Veranstaltungen übergegangen ist. Bisher hatte Staatssekretär Gysi diese Forderungen nur als nicht aktzeptabel abgelehnt. Die Ankündigung die Mitgliederversammlungen der FDJ im März unter dem Thema „Der Frieden muß verteidigt werden – der Frieden muß bewaffnet sein" durchzuführen, zeigt, daß die bisherigen ideologischen Zurechtrückungen nicht ausgereicht haben. Daher läßt die Feststellung der Staatsfeindlichkeit der Friedensbewegung noch mehr staatliche Willkür und Unterdrückung befürchten.

Griechenland: Austritt aus NATO und EG nicht in Sicht

kvz. So vage wie seine außenpolitische Programmatik nach dem Wahltermin, so undeutlich ist auch die Regierungserklärung Papandreous ausgefallen. „Unsere strategische Position zur NATO geht von der Vision einer Auflösung (von) NATO und Warschauer Pakt aus ... Das griechische Volk vergißt nicht, daß die NATO die siebenjährige Diktatur in Griechenland gestützt und nichts getan hat, um die türkische Invasion auf Zypern zu stoppen ... Es hat keinen Sinn, daß wir der militärischen Struktur eines Bündnisses angehören, das unsere Ostgrenzen nicht gegen jede Bedrohung garantiert und gleichzeitig durch die ständige Versorgung der Türkei mit militärischem Material das Gleichgewicht der Kräfte in der Ägais zu erschüttern droht" – das deutet wohl eher auf den Wunsch nach Gleichstellung mit der Türkei als auf Austritt hin. Daß Staatspräsident Karamanlis ein Referendum über die EG-Zugehörigkeit genehmigt, ist unwahrscheinlich. Papandreou hält einstweilen daran fest, daß Griechenland nicht zögern werde,

Unterdrückung befürchten.

Griechenland: Austritt aus NATO und EG nicht in Sicht

kvz. So vage wie seine außenpolitische Programmatik nach dem Wahltermin, so undeutlich ist auch die Regierungserklärung Papandreous ausgefallen. „Unsere strategische Position zur NATO geht von der Vision einer Auflösung (von) NATO und Warschauer Pakt aus ... Das griechische Volk vergißt nicht, daß die NATO die siebenjährige Diktatur in Griechenland gestützt und nichts getan hat, um die türkische Invasion auf Zypern zu stoppen ... Es hat keinen Sinn, daß wir der militärischen Struktur eines Bündnisses angehören, das unsere Ostgrenzen nicht gegen jede Bedrohung garantiert und gleichzeitig durch die ständige Versorgung der Türkei mit militärischem Material das Gleichgewicht der Kräfte in der Ägais zu erschüttern droht" – das deutet wohl eher auf den Wunsch nach Gleichstellung mit der Türkei als auf Austritt hin. Daß Staatspräsident Karamanlis ein Referendum über die EG-Zugehörigkeit genehmigt, ist unwahrscheinlich. Papandreou hält einstweilen daran fest, daß Griechenland nicht zögern werde,
Maßnahmen zum Schutz der heimischen Arbeiter und Bauern auch entgegen den EG-Vorschriften zu ergreifen.

Dänische Sozialdemokratie in Schwierigkeiten

Krisenprogramm nicht durchgesetzt / Neuwahlen am 8.12.1981

bag. Aarhus. Zum vierten Mal seit 1972 mußte die regierende Sozialdemokratische Partei Dänemarks vor kurzem Neuwahlen zum Parlament ausschreiben, weil sie für ihre Vorschläge zur Lösung der Wirtschaftskrise keine Mehrheit bekam. Mit rund 80 Mrd. Kronen ist der dänische Staat zur Zeit beim in- und ausländischen Finanzkapital verschuldet, und die neuesten Zahlen der Handelsbilanzen weisen ein Minus von 558 Mio. aus. Unter der Parole „Wir müssen uns aus der Krise herausproduzieren" haben neben den konservativen Parteien immer offener auch die sozialdemokratischen Vertreter im Parlament die Subventionierung der Kapitalisten als Lösung propagiert. Diesmal schlugen sie vor, der Industrie billige Kredite aus den freiwilligen Rentenversicherungskassen und anderen Versicherungsfonds zur Verfügung zu stellen. Der Vorschlag scheiterte daran, daß die konservativen Parteien stattdessen das Geld aus Rationalisierungen in den Öffentlichen Diensten und aus den Arbeitslosenversicherungskassen holen wollten. Die Vertreter der beiden Parteien links von der Sozialdemokratie, SF (Sozialistische Volkspartei) und VS (Linkssozialisten) wollten weder das eine noch das andere, und so waren die Sozialdemokraten wiedermal regierungsunfähig. Termin der neuen Wahlen ist der 8.12.

Fast gleichzeitig mit dieser Krise, am 17.11., fanden die neuen Kommunalwahlen statt. Auch bei ihnen zeichnete sich schwindendes Vertrauen in die Politik der Regierungspartei und deren Auswirkungen auf die Gemeinde- und Kreisebene ab.

Sehen wir uns erst einmal das auf Landesebene umgerechnete Gesamtergebnis an. Die Sozialdemokratische Partei verlor 11 Mandate, behält aber in den meisten Kommunen die Mehrheit und die Bürgermeisterposten. Die Konservativen gewannen 13 Mandate, was zahlreiche bürgerliche Zeitungen zu der Einschätzung veranlaßte, daß die Konservativen die Sieger der Wahl waren. Das bestreiten vor allem die beiden Parteien links von der Sozialdemokratie, SF und VS, die 17 bzw. vier neue Mandate gewannen. Die höchsten Verluste hatte die DKP, die 10 von ihren 13 Mandaten verlor. Verluste hatte außerdem die sogenannte Fortschrittspartei, die auf der äußersten Rechten des dänischen Parteienspektrums steht.

Stärker noch als auf Landesebene ging in den Großstädten die Tendenz dieser Wahl in linke Richtung. In Kopenhagen z.B., wo die Sozialdemokraten vier Mandate verloren, gewannen die Konservativen keins hinzu, dafür jedoch bekam SF vier, VS drei neue Mandate. Die DKP verlor drei. Die Gründe dafür liegen in der rigorosen Durchführung der staatlich verordneten Sparpolitik durch Sozialdemokraten und DKP wie in ihrer unnachgiebigen Haltung gegenüber den Kämpfen vor allem der Jugendlichen der Hauptstadt für Spielplätze, Freizeitheime und ausreichende und billige Wohnungen. SF und vor allem VS haben diese Kämpfe konsequent unterstützt. Villo Sigurdsson, von VS, Bürgermeister für Stadtplanung, hat sogar das Mittel der Hausbesetzung empfohlen und dafür kürzlich ein Gerichtsverfahren an den Hals gekriegt. Auch in Aarhus gewannen SF und VS soviele Mandate, daß die bürgerliche Presse hier bedauernd einen Linksrutsch feststellen mußte. Bei diesen Kommunalwahlen konnten übrigens auch erstmals Ausländer wählen und gewählt werden. Ein türkischer Arbeiter kam auf der Liste von VS in den Stadtrat von Kopenhagen.

Die Ergebnisse dieser Kommunalwahl lassen keine sichere Prognose für den Ausgang der Parlamentswahl am 8.12. zu. Sicher ist wohl nur, daß die Sozialdemokraten auch hier Verluste einstecken werden müssen. Keineswegs sicher ist aber, daß das zu einem Sieg der Konservativen führen wird, wie es zum Beispiel in Schweden und kürzlich auch in Norwegen der Fall war.



der neuen Wahlen ist der 8.12. | jedoch bekam SF vier, VS drei neue | auch in Norwegen der Fall war.



Demonstration im November 1980 von 15 000 gegen Stadtsanierung in Kopenhagen und für die Freilassung von Verhafteten, die gegen die Schleifung des Spielplatzes „Byggeren" demonstriert hatten.

Reisebericht aus Afghanistan (Auszug)

chm. Die Lage in Afghanistan scheint unverändert zu sein. Die sowjetischen Invasionstruppen kontrollieren lediglich die Hauptverbindungsstraße, die die größten Städte des Landes miteinander verbindet und um den Hindukusch herumführt. Im Westen ist ihre Kontrolle dieser Straße inzwischen auch gefährdet, da die Widerstandskämpfer ihre Operationen bis in die westliche Provinz Herat ausgedehnt haben. Zwangsrekrutierungen, um die leergefegten Ränge der afghanischen Armee aufzufüllen, haben die Unruhen in den Städten verstärkt. In der vergangenen Woche wurden drei Frauen bei einer Demonstration in der Stadt Kandahar umgebracht. Die Afghanen selber sehen die Lage nicht sehr optimistisch; sie wissen um die militärische Stärke der Sowjetunion, vergleichen die eigenen Operationen mit „Nadelstichen", sehen aber keine andere Alternative als zu kämpfen. In einem Gespräch mit afghanischen Genossen, Mitglieder der Förderation afghanischer Studenten im Ausland, FASA, berichteten sie von der Lage im Kampfgebiet vor allem von einem Erosionsprozeß, der den Einfluß der in pakistanischen Peschawar residierenden Exilparteien erfaßt hat. Diese Parteien, die nicht unmittelbar am Kampf beteiligt sind, verlieren ihr Ansehen bei der Bevölkerung, je mehr die kämpfenden Gruppen sich politisch einander nähern und ihre Aktionen koordinieren.

Wir veröffentlichen hier Auszüge aus einem Reisebericht, den einer unserer Gesprächspartner von der FASA geschrieben hat.

Nach meiner Ankunft in Pakistan fuhr ich mit den norwegischen Freunden nach Dir. Djamiatullah Djalal, der Kommandeur der Front Schinagar, war zur Zeit vom Stockholmer Afghanistan-Tribunal zurückgekehrt und schloß sich uns an. Wir machten uns von Dir aus nach Afghanistan zu Fuß auf den Weg. Am 12. Juni, um 10 Uhr morgens, kamen wir in Gula Chandan (Afghanistan) an. Am nächsten Tag schon setzten wir unsere Reise nach Schinagar fort.

Am 16. Juni kamen wir in Schinagar an. Wir wurden überall von der Bevölkerung herzlich empfangen.

Schinagar ist ein Tal, das über Madjaman, Narei, Kukalam und Barikot liegt.

Dieses Tal ist strategisch von großer Bedeutung, und die Moudjahedin aus Nuristan, Kohestan und Kodjar haben sich hier zusammengeschlossen, um gegen jeden Angriff der Sowjets Widerstand zu leisten.

Im folgenden möchte ich erläutern, welchen Eindruck ich auf meiner Reise gewonnen habe.

Die allgemeine Lage

Die Befreiungskämpfer haben sich an dieses Leben, d.h. dauernden Krieg, gewöhnt; Angst, Unsicherheit in bezug auf den Sieg über die sowjetischen Aggressoren kennen sie nicht. Kinder und Erwachsene, Alte und Junge, Frauen und Männer kämpfen nicht nur bis zur Befreiung ihres Dorfes, sondern waren alle ungeduldig auf die Befreiung ihres ganzen Landes.

Die Bewaffnung

Die Mehrheit der Bevölkerung ist mit Kalaschnikovs, 303er Gewehren und sogar mit Schnellfeuergewehren bewaffnet. Es fehlt aber vor allem an Munition. Eine Patrone für ein 303er Gewehr kostet 20 Rupies, das entspricht etwa vier Mark. An schweren Waffen fehlt es den Befreiungskämpfern auch, obwohl sie zahlreiche Duschkas und andere Luftabwehrkanonen erbeutet haben.

Ich bin viermal Zeuge von sowjetischen Bombardierungen gewesen. Wenn Luftabwehrraketen vorhanden gewesen wären, hätte jeder einfache Mensch die Hubschrauber herunterholen können.

Die Befreiungskämpfer sind noch nicht in der Lage, in den befreiten Gebieten die Lebensbedürfnisse der Zivilbevölkerung zu befriedigen. Sie können die Bevölkerung in den Zeiten, wo keine Bombardierungen stattfinden, nicht in der Landwirtschaft unterstützen.

Die Rolle der Geistlichkeit und der Mullahs

Der heutige Krieg und seine Schwierigkeiten haben die Kräfte unseres Landes je nach ihrer Teilnahme am Kampf unterschiedlich getroffen. So war früher z.B. die Anwesenheit im Ausland für die Bewertung des Befreiungskampfes maßgebend. Heute wird davon ausgegangen, daß die Beteiligten am Kampf im Inneren des Landes das wichtigste sei. Eines Tages fragte ich einen Moudjahid, Mitglied der Front von Nuristan, der unter einer akuten Hautkrankheit leidet, warum er sich nicht im Ausland behandeln lasse.

Er antwortete, daß die Ehre eines Befreiungskämpfers in den Bergen und an der Front sei. Je mehr man sich von den Bergen entferne, um so mehr entferne man sich von seiner Ehre.

Die Hauptkraft des Kampfes in diesem Gebiet sind die Bauern und die ärmsten Schichten der Bevölkerung. Die Mullahs und die Geistlichen werden je nach ihren Absichten entweder akzeptiert oder von der Bevölkerung isoliert. Diejenigen, die unter dem Namen des Islams für sich Nutzen ziehen wollen, werden ausgelacht und verlieren immer mehr an Ansehen. Dagegen werden diejenigen, die den Islam als Waffe gegen die sowjetische Aggression verwenden und sich für die Befreiung des Landes einsetzen, von allen akzeptiert. (...)

Khomeinys Regime wird weiter unterhöhlt

Widerstand diskutiert das Nationale Programm

han. Als Masoud Radjavi, Führer der Volksmoudjahedin, und der abgesetzte Präsident Bani Sadr im Sommer unter spektakulären Umständen Iran verließen und in Frankreich um Asyl nachsuchten, waren beide zuversichtlich, daß das despotische Chomeini-Regime in Kürze gestürzt werden würde. In der Tat konnte man den Eindruck haben, vor allem aufgrund der erfolgreichen Attentate auf wichtige Führer der Islamisch-Republikanischen Partei, daß deren Regime schnell beseitigt werden könnte. Wenn es dazu bis heute nicht gekommen ist, dann sicher nicht deswegen, weil die reaktionären Mullahs ihre Position gefestigt hätten; ganz im Gegenteil, ihr Regime wackelt nach wie vor und kann sich nur durch heftigen Terror und Unterdrückung halten. Rafsandjani, führendes Mitglied der IRP und Parlamentspräsident, drückte dies so aus: „Wenn wir heute nicht 1000 umbringen, müssen wir morgen 100000 umbringen.“ Die Zahl der politischen Gefangenen wird auf 15000 geschätzt, Massenhinrichtungen sind nach wie vor an der Tagesordnung und die Erschießungskommandos schrecken auch nicht davor zurück, auf schwangere Frauen und minderjährige Jugendliche anzulegen. Die anhaltende Massenopposition führt auch dazu, daß der als Nachfolger von Radjai erkorene Präsident Ali Chamenei Schwierigkeiten hatte, einen geeigneten Ministerpräsidenten zu finden. Ayatollah Mahdavi Kani wurde als zu liberal kritisiert und mußte zurücktreten. Dem von Ali Chamenei favorisierten Kandidaten Welayati versagte das Parlament, obwohl fest in der Hand der herrschenden Clique, die Zustimmung und auch der jetzt amtierende Mirhossein Mussawi bekam bei seiner Wahl durch das Parlament mehr als 30 Nein-Stimmen.

Auch die wirtschaftliche Lage gibt für das herrschende Regime wenig Positives her. Die industrielle Produktion ist fast vollständig zusammengebrochen, die landwirtschaftliche Produktion reicht für die Versorgung der Städte bei weitem nicht aus, so daß ständig wachsende Mengen von Lebensmitteln importiert werden müssen. Andererseits läuft die Erdölproduktion aufgrund des anhaltenden Krieges gegen Irak auf Sparflamme, und der Erdölexport als einzige Devisenquelle kann die steigenden Ausgaben immer weniger decken. Diese Situation hat zur Rationierung der Grundnahrungsmittel, immenser Inflation und einem ausufernden Schwarzmarkt geführt. So kostet z.B. Reis, das Hauptnahrungsmittel, im staatlich gelenkten Handel 70 Rial (gut 2 Mark), auf dem Schwarzmarkt jedoch mehr als das Dreifache. Das Kilo Zucker kostete vor einem Jahr noch 30 Rial, jetzt müssen dafür auf dem freien Markt mehr als 200 Rial gezahlt werden. Mit dem Winter steht der Zusammenbruch der Heizöl- und Kohleversorgung bevor. Gas z.B. ist in diesem Jahr viermal so teuer wie im vorigen Herbst, Kohle ist sehr knapp, Benzin wird, weil rationiert, zum größten Teil auf dem Schwarzmarkt gehandelt. Man muß kein Prophet sein, um voraussehen zu können, daß die Unzufriedenheit großer Teile des Volkes mit dem Chomeini-Regime noch zunehmen wird.

Dieser Unzufriedenheit versucht das Regime offenbar auch durch Schüren von Kriegsbegeisterung zu begegnen. In gewissem Maße kann dies auch gelingen, weil es natürlich unvergessen bleibt, daß irakische Truppen die iranischen Südwestprovinzen angegriffen haben und teilweise besetzt halten. Hinzu kommt noch die elende Lage von annähernd 2 Mio. Flüchtlingen aus dem Kriegsgebiet. Die staatlich gelenkten persischen Zeitungen sind voll von tatsächlichen und angeblichen Erfolgen an der Front. Ob es jedoch gelingt, mit dieser Propaganda der Regierung die Unzufriedenheit großer Teile des Volkes auf Dauer zu ersticken, scheint fraglich.



In eine ähnliche Richtung zielt wohl auch der Versuch, Iran zu einem Teil der arabischen Ablehnungsfront gegen den Camp-David-Vertrag zwischen den USA, Israel und Ägypten zu machen. Die von der IRP kontrollierten Medien verbreiten gegenwärtig eine heftige Kampagne gegen den Fahd-Plan zur Lösung der Palästina-Frage. Am vergangenen Freitag fand in Teheran eine Demonstration gegen diesen Plan statt, an der nach Meldung westlicher Agenturen 200000 Menschen teilnahmen. Hierbei wurden auch Parolen gegen den PLO-Vorsitzenden Arafat gerufen, weil dieser einige Punkte des saudi-arabischen Friedensplans positiv beurteilt. Hierzu paßt auch die Meldung von Protesten der iranischen Behörden bei der PLO gegen die Kontakte zwischen führenden Mitgliedern der PLO und den Volksmoudjahedin. Afghanistan hingegen ist in der offiziellen iranischen Presse kein Thema mehr, und man kann sich die Freude des großen Nachbarn im Norden über diese Entwicklung lebhaft vorstellen.

All diese Faktoren haben aber noch nicht dazu geführt, daß die Opposition große Fortschritte bei der Organisierung der Massen gegen das Chomeini-Regime gemacht hat, geschweige denn, daß dieses kurz vor dem Sturz steht. In der Tat ist auch gar nicht anzunehmen, daß es zusammenbricht, einfach weil es vom Volk immer stärker gehaßt wird. Dies ist schon deshalb unwahrscheinlich, weil die herrschenden Mullahs eindrücklich unter Beweis gestellt haben, daß sie nicht gewillt sind, auch nur leise Kritik an ihrer reaktionären Politik zu dulden. Sie setzen auf brutalsten Terror gegen jeden sich regenden Widerstand. Allein aus diesem Grund ist es sehr schwer vorstellbar, daß die gegenwärtige Zersplitterung der religiösen, nationalen und linken Opposition, die die hauptsächliche Ursache der Probleme bei der Organisierung der Massen darstellt, noch lange anhalten kann. Die Bildung des Nationalen Widerstandsrats in Paris durch Radjavi und Bani Sadr und die Veröffentlichung des „Programms der provisorischen Regierung der demokratischen islamischen Republik Irans“ hat zwar eine lebhafte Debatte innerhalb der iranischen Opposition ausgelöst, doch diese Diskussion hat noch wenige praktische Ergebnisse hervorgebracht.

In dieser Zeitung wurden kürzlich die wichtigsten Punkte dieses Programms dokumentiert, sodaß an dieser Stelle auf eine ausführliche inhaltliche Darstellung verzichtet werden kann. Festgehalten werden muß, daß das Programm versucht, wichtige Erfahrungen aus dem Kampf der iranischen Völker gegen das Schah-Regime und auch des Kampfes seit der Revolution vom Februar 1979 zu ziehen. Das Programm betont den nationalen, demokratischen und antiimperialistischen Charakter der iranischen Revolution und wendet sich gegen die aktuelle Form der Machtausübung durch eine kleine Gruppe reaktionärer Mullahs. Um die demokratische Herrschaft des Volkes zu sichern, sieht das Programm die Bildung von Räten auf allen Ebenen vor, betont das Recht der nationalen Minderheiten auf Autonomie, die Rechte der Arbeiter und Bauern und auch des nationalen Kapitals, sowie die Gleichstellung von Mann und Frau. Auf außenpolitischer Ebene zielt es auf Unabhängigkeit, Blockfreiheit und den Zusammenschluß mit allen unterdrückten Völkern.

Die Organisation der Volksfedayin (Minderheit) und Peykar (d.h. Kampf) als Teil der revolutionären Linken kritisieren die Zusammensetzung des Nationalen Widerstandsrates, insbesondere die Einbeziehung Bani Sadrs, dem sie vorwerfen, als Vertreter der „liberalen Bourgeoisie“ über kurz oder lang eine Verbindung mit dem US-Imperialismus anzustreben. Es wirken sich hier die unterschiedlichen Auffassungen der verschiedenen Organisationen über die Rolle der nationalen Bourgeoisie aus. Vor kurzem hat dies z.B. in Hamburg dazu geführt, daß eine Veranstaltung mit dem ehemaligen Parlamentsabgeordneten Salamatian, eines Anhängers von Bani Sadr, von Volksfedayin und Peykar gesprengt wurde.

Eine andere Kritik an dem Programm, die besonders von der Partei des Proletariats und CIS vertreten wird, zielt dahin, daß das Programm nicht als Beitrag für die Diskussion eingebracht wurde, sondern als fertiges Programm, was es Kräften mit abweichender Meinung schwermache, sich dem Nationalen Widerstandsrat anzuschließen. Weiter wird die Festlegung „islamisch“ im Titel des Programms als unzulässige Einengung kritisiert, die neuerlich zu einem „Monopol“ der islamischen Kräfte führen könne. Natürlich ist diese Aufzählung sehr unvollständig. Es wird interessant sein zu sehen, ob die Diskussion in absehbarer Zeit zu einer größeren Einheit innerhalb der iranischen Opposition hin zu einem festeren Zusammenschluß führt. Vor kurzem wurde gemeldet, daß sich die Demokratische Partei Kurdistans dem Nationalen Widerstandsrat angeschlossen hat. Aus Iran selbst ist zu hören, daß es durchaus Ansätze zur Koordinierung von Aktionen und sich entwickelnde Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Organisationen gibt. Das läßt für die Zukunft hoffen.

Auf dem Parteitag der spanischen Kommunistischen Partei PCE im Juli dieses Jahres waren die Differenzen der verschiedenen Strömungen überspielt, die Bestrebungen der „Jungen“, die den Kurs der „Allianz der

Spaniens Eurokommunisten vor der Spaltung?
Ausschlußwelle gegen „Erneuerer“ / ein Pyrrhussieg für Carrillo
Interview der italienischen Zeitung „Repubblica“ mit Manuel Azcarate

zurück, auf schwangere Frauen und minderjährige Jugendliche anzulegen. Die anhaltende Massenopposition führt auch dazu, daß der als Nachfolger von Radjai erkorene Präsident Ali Chamenei Schwierigkeiten hatte, einen geeigneten Ministerpräsidenten zu finden. Ayatollah Mahdavi Kani wurde als zu liberal kritisiert und mußte zurücktreten. Dem von Ali Chamenei favorisierten Kandidaten Welayati versagte das Parlament, obwohl fest in der Hand der herrschenden Clique, die Zustimmung und auch der jetzt amtierende Mirhossein Mussawi bekam bei seiner Wahl durch das Parlament mehr als 30 Nein-Stimmen.
Auch die wirtschaftliche Lage gibt für das herrschende Regime wenig Positives her. Die industrielle Produktion ist fast vollständig zusammengebrochen, die landwirtschaftliche Produktion reicht für die Versorgung der Städte bei weitem nicht aus, so daß ständig wachsende Mengen von Lebensmitteln importiert werden müssen. Andererseits läuft die Erdölproduktion aufgrund des anhaltenden Krieges gegen Irak auf Sparflamme, und der Erd-
lingen, weil es natürlich unvergessen bleibt, daß irakische Truppen die iranischen Südwestprovinzen angegriffen haben und teilweise besetzt halten. Hinzu kommt noch die elende Lage von annähernd 2 Mio. Flüchtlingen aus dem Kriegsgebiet. Die staatlich gelenkten persischen Zeitungen sind voll von tatsächlichen und angeblichen Erfolgen an der Front. Ob es jedoch gelingt, mit dieser Propaganda der Regierung die Unzufriedenheit großer Teile des Volkes auf Dauer zu ersticken, scheint fraglich.
In eine ähnliche Richtung zielt wohl auch der Versuch, Iran zu einem Teil der arabischen Ablehnungsfront gegen den Camp-David-Vertrag zwischen den USA, Israel und Ägypten zu machen. Die von der IRP kontrollierten Medien verbreiten gegenwärtig eine heftige Kampagne gegen den Fahd-Plan zur Lösung der Palästina-Frage. Am vergangenen Freitag fand in Teheran eine Demonstration gegen diesen Plan statt, an der nach Meldung westlicher Agenturen 200000 Menschen teilnahmen. Hierbei wurden auch Parolen gegen den PLO-Vorsitzenden Arafat
gerufen, weil dieser einige Punkte des saudi-arabischen Friedensplans positiv beurteilt. Hierzu paßt auch die Meldung von Protesten der iranischen Behörden bei der PLO gegen die Kontakte zwischen führenden Mitgliedern der PLO und den Volksmoudjahedin. Afghanistan hingegen ist in der offiziellen iranischen Presse kein Thema mehr, und man kann sich die Freude des großen Nachbarn im Norden über diese Entwicklung lebhaft vorstellen.
All diese Faktoren haben aber noch nicht dazu geführt, daß die Opposition große Fortschritte bei der Organisierung der Massen gegen das Chomeini-Regime gemacht hat, geschweige denn, daß dieses kurz vor dem Sturz steht. In der Tat ist auch gar nicht anzunehmen, daß es zusammenbricht, einfach weil es vom Volk immer stärker gehaßt wird. Dies ist schon deshalb unwahrscheinlich, weil die herrschenden Mullahs eindrücklich unter Beweis gestellt haben, daß sie nicht gewillt sind, auch nur leise Kritik an ihrer reaktionären Politik zu dulden. Sie setzen auf brutalsten Terror gegen jeden sich regenden Widerstand. Allein aus diesem Grund ist es sehr schwer vorstellbar, daß die gegenwärtige Zersplitterung der religiösen, nationalen und linken Opposition, die die hauptsächliche Ursache der Probleme bei der Organisierung der Massen darstellt, noch lange anhalten kann. Die Bildung des Nationalen Widerstandsrats in Paris durch Radjavi und Bani Sadr und die Veröffentlichung des „Programms der provisorischen Regierung der demokratischen islamischen Republik Irans“ hat zwar eine lebhafte Debatte innerhalb der iranischen Opposition ausgelöst, doch diese Diskussion hat noch wenige praktische Ergebnisse hervorgebracht.
In dieser Zeitung wurden kürzlich die wichtigsten Punkte dieses Programms dokumentiert, sodaß an dieser Stelle auf eine ausführliche inhaltliche Darstellung verzichtet werden kann. Festgehalten werden muß, daß das Programm versucht, wichtige Erfahrungen aus dem Kampf der iranischen Völker gegen das Schah-Regime und
türlich, daß gegen solche Maßnahmen eine spontane Bewegung entsteht. Gerade heute hat sich das Provinz-Komitee von Cordoba nach Malaga und anderen Provinzen öffentlich gegen die Sanktionen ausgesprochen.
gramm, die besonders von der Partei des Proletariats und CIS vertreten wird, zielt dahin, daß das Programm nicht als Beitrag für die Diskussion eingebracht wurde, sondern als fertiges Programm, was es Kräften mit abweichender Meinung schwermache, sich dem Nationalen Widerstandsrat anzuschließen. Weiter wird die Festlegung „islamisch“ im Titel des Programms als unzulässige Einengung kritisiert, die neuerlich zu einem „Monopol“ der islamischen Kräfte führen könne. Natürlich ist diese Aufzählung sehr unvollständig. Es wird interessant sein zu sehen, ob die Diskussion in absehbarer Zeit zu einer größeren Einheit innerhalb der iranischen Opposition hin zu einem festeren Zusammenschluß führt. Vor kurzem wurde gemeldet, daß sich die Demokratische Partei Kurdistans dem Nationalen Widerstandsrat angeschlossen hat. Aus Iran selbst ist zu hören, daß es durchaus Ansätze zur Koordinierung von Aktionen und sich entwickelnde Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Organisationen gibt. Das läßt für die Zukunft hoffen.

Spaniens Eurokommunisten vor der Spaltung?

Ausschlußwelle gegen „Erneuerer“ / ein Pyrrhussieg für Carrillo
Interview der italienischen Zeitung „Repubblica“ mit Manuel Azcarate

Auf dem Parteitag der spanischen Kommunistischen Partei PCE im Juli dieses Jahres waren die Differenzen der verschiedenen Strömungen überspielt, die Bestrebungen der „Jungen“, die den Kurs der „Allianz der Kräfte der Arbeit und der Kultur“ verkörpern, nach mehr innerparteilicher Demokratie und für Zulassung von „Tendenzen“ überstimmt worden. Prominente Vertreter dieser Richtung wie der stellvertretende Bürgermeister von Madrid Tamames hatten die Partei schon vorher verlassen – und mußten damit auch ihre öffentlichen Ämter aufgeben. In den letzten Wochen nun verloren sechs ZK-Mitglieder ihren Sitz im Zentralkomitee, wurden fünf Madrider Stadt- bzw. Provinzialräte aus der Partei ausgeschlossen und weitere 60 Parteimitglieder gemaßregelt, darunter der nachgerückte zweite Bürgermeister von Madrid Mangada sowie die ZK-Mitglieder Pilar Bravo (Parlamentsabgeordnete aus Valencia) und Manuel Azcarate, der seit 14 Jahren für die Abteilung Internationale Beziehungen verantwortlich ist.

Auslöser für diese Säuberung war die Mitte Oktober erfolgte Entscheidung der Mehrheit der baskischen Kommunisten unter Führung ihres Generalsekretärs Roberto Lertxundi, sich mit der EIA (Euzkadiko Ezkerra, Baskische Linke) zur EE-IS (Baskische Linke – Linke für den Sozialismus) zu vereinigen. Lertxundi flog daraufhin aus der Partei, nicht, weil Carrillo mit dem Aufgehen in einer neuen linken Partei nicht einverstanden gewesen wäre, sondern weil dieser den Basken vorwarf, vor den Bedingungen der EIA kapituliert zu haben – d.h. sie hätten weder auf einer Bindung an die PCE noch auf der Verpflichtung auf den Eurokommunismus noch auf der bedingungslosen Ablehnung des bewaffneten Kampfs bestanden (die EIA ist eine Abspaltung der baskischen ETA).

•

„Was sich in der PCE abspielt, ist sehr gravierend. Carrillo hat gesagt, es sei gravierender als der Ausschluß von Semprún und Claudin. Er hat recht, wenn es nicht gelingt, den Rückentwicklungsprozeß zu einer traditionellen, monolithischen Partei mit engem Horizont zu bremsen. Sechs Mitglieder des ZK wurden ausgeschlossen. Verschiedene Provinzkomitees (Salamanca, Valladolid und andere) wurden aufgelöst. Heute wurden fünf Madrider Stadträte aus der PCE ausgeschlossen, weitere Ausschlüsse drohen.“

Wie verlief die Auseinandersetzung?

„Wir wurden beschuldigt, eine Fraktion gebildet zu haben, ohne daß es dafür irgendeinen Beweis gibt. Wir haben unsere Position erklärt: Wir akzeptierten die Entscheidungen des Kongresses und das Statut und wurden trotzdem ausgeschlossen. Man wollte, daß wir von Carrillo verfaßte Erklärungen unterschrieben, in denen wir anerkannten, einen politischen Irrtum begangen und die Partei angegriffen zu haben, als wir die Konferenz zweier Basken-Führer organisierten: des Kommunisten Lertxundi und des Führers von Euzkadiko Ezcherra, Onaindia. In Wahrheit wurde die Konferenz der baskischen Führer auch von nichtkommunistischen Repräsentanten organisiert. Es war keine Partei-Kundgebung. Andererseits hielten wir es für würdelos, irgendetwas unter Ausschlußdrohung zu erklären. Man bedenke, wie erbärmlich es gewesen wäre, wenn man in den Zeitungen gelesen hätte, daß die sechs ZK-Mitglieder widerrufen haben: Es wäre als eine Rückkehr zu anderen Zeiten erschienen, die wir alle vergessen wollen.“

Aber dann ist es genau so gekommen.

„Die politische Lösung, die Führer wie Nicolas Sartorius und Marcelino Camacho versuchten, wurde von der Intransigenz Carrillos und des harten Kerns des Partei-Sekretariats verhindert. Carrillo hat in der Exekutive an das Beispiel des ‚Manifesto‘ und des Ausschlusses dieser Gruppe aus der KPI erinnert. Aber die Auseinandersetzung um das ‚Manifesto‘ dauerte etwa ein Jahr, während wir in zwei Tagen ausgeschlossen wurden. Es wurde im Block abgestimmt: Ja hieß, alle sechs auszuschließen, es wurde nicht einmal nach Namen abgestimmt. Und morgens waren schon andere vier Mitglieder des ZK der Kommunistischen Partei von Euzkadi ausgeschlossen worden. In zwei Tagen hat das ZK der PCE zehn Mitglieder aus seiner Mitte ausgeschlossen, eine Amputation um 10 Prozent.“

Was ist die wahre Ursache der Angelegenheit?

„Unsere Teilnahme an der Konferenz von Lertxundi wurde als Zustimmung zur Fusion mit revolutionären Kräften nationalistischen Ursprungs interpretiert. Aber ich glaube, daß sich jenseits aller Parteiprobleme in unserer Haltung der Wille äußerte, den Dialog offenzuhalten zwischen den kommunistischen und revolutionären Kräften Spaniens und den neuen revolutionären Kräften, die zusammen mit den Kommunisten versuchen, im Baskenland eine neue marxistische, demokratische Partei aufzubauen, die sich inhaltlich am Konzept des Eurokommunismus orientiert. Ein historisches Ereignis nicht nur für die Zukunft unseres Landes, sondern auch für die Stärkung der Demokratie in Spanien und den Fortschritt unseres Landes.“

Wie war die Reaktion der Partei und im Zentralkomitee?

„Ich finde es sehr bedeutsam, daß ein Drittel des ZK die Zustimmung zum Ausschluß verweigerte. Und daß Führer wie Sartorius und Camacho und andere für eine politische Lösung zu vermitteln suchten. Es gibt eine relevante Strömung im ZK, die ein anderes Konzept als die Mehrheit hat. Täglich erhalte ich Sympathie-Bekundungen, die sich nicht an mich persönlich wenden, sondern eine breite Strömung in der Partei gegen solche Sanktionen widerspiegeln. Seit Jahren haben wir die Partei zu der Idee erzogen, daß Sanktionen keine Probleme lösen. Es ist natürlich, daß gegen solche Maßnahmen eine spontane Bewegung entsteht. Gerade heute hat sich das Provinz-Komitee von Cordoba nach Malaga und anderen Provinzen öffentlich gegen die Sanktionen ausgesprochen.

Aber was beabsichtigt Carrillo mit diesen Maßnahmen?

„Alles hängt an einer falschen, im harten Kern des Sekretariats verwurzelten Auffassung. Sie meinen, für die bevorstehenden politischen und Wahlkämpfe müsse die Partei gesäubert und Ordnung geschaffen werden. Und nicht etwa so, daß neue Formen gefunden werden müssen, die einer eurokommunistischen Partei angemessen sind – Transparenz der Auseinandersetzung, neue Verbindungen mit der Gesellschaft –, sondern im Sinne einer Rückkehr zur klassischen, vertikalen Partei, wo alles von oben kommt. Das wird der Partei nichts nützen und ihr im Gegenteil sehr schaden.“

Wird durch diesen Schritt nicht auch Deine Art, die Abteilung für internationale Beziehungen zu führen, in Frage gestellt?

„Ich personalisiere nicht. Ich hoffe, daß die Partei ihre unabhängige Politik fortsetzt. Offensichtlich ist, daß bei den „Harten“ das alte, traditionelle Parteikonzept vorherrscht. Wenn ihr Gewicht zunimmt, kann das zu einer internationalen Politik führen, die sich von der Politik unterscheidet, die ich in dieser Zeit verkörpert habe: für eine unabhängige, eurokommunistische Politik, die beide Blöcke bekämpft und zugleich alle unheilvollen Pläne des nordamerikanischen Imperialismus und alle negativen Aspekte der Großmachtpolitik der Sowjetunion angreift.“

Politische Kräfte und Gruppierungen in Polen

Während die herrschende PVAP auseinanderfällt, kristallisieren sich in der Arbeiter- und Volksbewegung die politischen Tendenzen deutlicher heraus. Eine Übersicht, von Gerd Koenen

Bild links: Jacek Kuron und Karol Modzelewski auf dem Kongreß der „Solidarität" im Oktober

In Warschau hat die Polizei eine Versammlung in der Wohnung Jacek Kurons aufgelöst und das Gründungsmanifest der „Clubs für die selbstverwaltende Republik" eingezogen – das gleichwohl an diesem Wochenende auf einer öffentlichen Versammlung in Warschau zur Diskussion gestellt werden soll. – Die Gespräche zwischen der Regierung des Generals Jaruzelski und einer (nicht von Lech Walesa geleiteten) Delegation der „Solidarität" sind in das Stadium der Detailberatungen in vier Arbeitsgruppen eingetreten. Verhandelt werden vor allem die politischen Forderungen der Gewerkschaft nach Abhaltung freier Wahlen, zunächst bei den Kommunalwahlen im Frühjahr, der Bildung eines autoritativen „Obersten Volkswirtschaftsrates" und nach Zugang zu den Massenmedien, während die Regierung ihr Konzept der Einbeziehung der „Solidarität" in eine „Front der nationalen Einheit" verfolgt. – In Danzig erklärte das Präsidium der „Solidarität" seine prinzipielle Bereitschaft, an einer solchen Front teilzunehmen, allerdings nur, wenn diejenigen, die das Land in den Ruin geführt hätten, daraus ausgeschlossen seien. – Über diese Haltung des zwölfköpfigen Präsidiums von „Solidarität" ist es im Landesausschuß, dem 107 Mitglieder umfassenden obersten Beschlußgremium, zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Im Präsidium haben die „Gemäßigten" die Mehrheit, im Landesausschuß die „Radikalen", heißt es. Was verbirgt sich hinter solchen Einteilungen? Wie ist insgesamt die Gruppierung der verschiedenen politischen Kräfte in Polen zum gegenwärtigen Zeitpunkt?

Die Säulen des Regimes

Das Regime kann sich im wesentlichen noch auf die folgenden Kräfte stützen: die Partei und ihren Apparat; die „Nomenklatura" der von der Partei ausgewählten Amtsinhaber in der Staats- und Wirtschaftsverwaltung; die Massenmedien; und schließlich die bewaffneten Organe, Miliz (Polizei) und Armee. Ansonsten nur auf die Divisionen seiner Schutzmacht.

Die Partei hat, nach eigenen Angaben, von ihren 1980 noch 2,7 Mio. Mitgliedern in diesem Jahr mehrere hunderttausend verloren; tatsächlich ist der Aderlaß ungleich größer. Der Versuch, die 1 Mio. Parteimitglieder, die zugleich in der „Solidarität" sind, nach Kanias Rücktritt vor ein Entweder – Oder zu stellen, hat für die Partei mit einem Fiasko geendet. Ihre Betriebsorganisationen sind fast überall auf einen kleinen Kern zusammengeschmolzen. Eine Mehrzahl von Mitgliedern verhält sich völlig passiv. – Andererseits ist die Reformbewegung in der Partei anerkanntermaßen tot. Ihre Exponenten sind aus der Partei

Einteilungen? Wie ist insgesamt die Gruppierung der verschiedenen politischen Kräfte in Polen zum gegenwärtigen Zeitpunkt?

Die Säulen des Regimes

Das Regime kann sich im wesentlichen noch auf die folgenden Kräfte stützen: die Partei und ihren Apparat; die „Nomenklatura" der von der Partei ausgewählten Amtsinhaber in der Staats- und Wirtschaftsverwaltung; die Massenmedien; und schließlich die bewaffneten Organe, Miliz (Polizei) und Armee. Ansonsten nur auf die Divisionen seiner Schutzmacht.

Die Partei hat, nach eigenen Angaben, von ihren 1980 noch 2,7 Mio. Mitgliedern in diesem Jahr mehrere hunderttausend verloren; tatsächlich ist der Aderlaß ungleich größer. Der Versuch, die 1 Mio. Parteimitglieder, die zugleich in der „Solidarität" sind, nach Kanias Rücktritt vor ein Entweder – Oder zu stellen, hat für die Partei mit einem Fiasko geendet. Ihre Betriebsorganisationen sind fast überall auf einen kleinen Kern zusammengeschmolzen. Eine Mehrzahl von Mitgliedern verhält sich völlig passiv. – Andererseits ist die Reformbewegung in der Partei anerkanntermaßen tot. Ihre Exponenten sind aus der Partei

ausgeschlossen. Die Partei ist heute ein Orden von einigen hunderttausend Amtsinhabern verschiedener Ebenen. Allerdings nicht einmal ein verschworener Orden. Man kann unterscheiden: einen Flügel von Ultra-Reaktionären, der sich vom sogenannten „Kattowitzer Forum" aus, unter direkter Mitwirkung der Bruderparteien und ihrer Zentralorgane, in konspirativer Weise über das ganze Land ausgebreitet und in wichtigen Institutionen, vor allem den diversen Parteischulen, festgesetzt hat; einen national-konservativen Kern um den führenden Mann im Politbüro, Stefan Olszowski, der zugleich die Medien kontrolliert; und eine diffuse Menge von Amtsträgern, die im personell völlig ausgetauschten ZK die knetbare Masse bilden und vor allem ihre Haut retten wollen, ohne es „zum Schlimmsten kommen zu lassen"; man ist weiter für eine Verständigung mit „Solidarność", wenn man nur den revolutionären Prozeß stoppen kann. Diese Leute sind es wohl, die hinter dem gestrafften Offiziersrücken des Generals Jaruzelski Schutz suchen und überhaupt die Partei hinter der Armee verstecken möchten.

Die Armee ist ohne Zweifel die einzige nicht kompromittierte Institution des Regimes und daher auch die einzig einsatzfähige. Fragt sich nur, wozu. Sichere Aussagen lassen sich kaum machen. Nur soviel: Das Nervenzentrum des Generalstabs der Armee ist die direkt von der Sowjetunion gesteuerte „Politische Hauptverwaltung"; aber gegen diesen direkten Einfluß gab es auch stets einen untergründigen zähen Kampf im polnischen Offizierskorps, kulminierend 1956 in der Absetzung des Sowjetmarschalls Rokossowksi als polnischem Verteidigungsminister. Die Mehrheit der Offiziere und Unteroffiziere gilt eher als national. Vor allem aber: Ein neuer Jahrgang von Rekruten ist in die Armee eingerückt – Rekruten, die die Bewegung von 1980 mitgemacht haben und von denen mit Sicherheit Zehntausende in „Solidarność" organisiert sind. Die Gewerkschaft hat bisher keinen Versuch gemacht, die Soldaten zu organisieren (wohl die Zivilbeschäftigten der Armee); aber fast durchweg wird der Einsatz der polnischen Armee gegen die polnischen Arbeiter für unmöglich gehalten.

Es gibt im politischen Spektrum Polens eine passive Reserve des Regimes, die man erwähnen muß: Das sind die Überreste der ehemaligen Nationaldemokraten, der „Weißen" unter den traditionellen Parteien des polnischen Bürgertums, die in ihrer globalen Orientierung vor allem antideutsch (plus anti-semitisch) waren und in dieser Frontstellung das Bündnis sowohl mit den Westmächten wie vor allem auch dem russischen Zarentum suchten. Nach dieser Seite hin waren auch pan-slawistische Einflüsse im Spiel. Solche polnisch-chauvinistischen Kräfte findet man heute in der „Patriotischen Vereinigung Grunwald" des Film-Regisseurs Proreba zusammengefaßt, angeblich mit 100000 Mitgliedern. Sie haben schon bei verschiedenen Gelegenheiten dem Regime trübe Dienste geleistet.

Die Kirche

Welche Stellung nimmt in diesem Spektrum die Katholische Nationalkir-

Während die herrschende PVAP auseinanderfällt, kristallisieren sich in der Arbeiter- und Volksbewegung die politischen Tendenzen deutlicher heraus. Eine Übersicht, von Gerd Koenen



Bild links: Jacek Kuron und Karol Modzelewski auf dem Kongreß der „Solidarität" im Oktober

mokraten, der „Weißen" unter den traditionellen Parteien des polnischen Bürgertums, die in ihrer globalen Orientierung vor allem antideutsch (plus anti-semitisch) waren und in dieser Frontstellung das Bündnis sowohl mit den Westmächten wie vor allem auch dem russischen Zarentum suchten. Nach dieser Seite hin waren auch pan-slawistische Einflüsse im Spiel. Solche polnisch-chauvinistischen Kräfte findet man heute in der „Patriotischen Vereinigung Grunwald" des Film-Regisseurs Proreba zusammengefaßt, angeblich mit 100000 Mitgliedern. Sie haben schon bei verschiedenen Gelegenheiten dem Regime trübe Dienste geleistet.

Die Kirche

Welche Stellung nimmt in diesem Spektrum die Katholische Nationalkir-

che Polens ein? Daß die Kirche Polens in der Geschichte, gerade auch der jüngeren und jüngsten Geschichte, eine Rolle als die unzerstörbare Institution der nationalen Selbstbehauptung und auch als Sammelpunkt – oder vielleicht richtiger: als Schutzdach – der demokratischen Opposition gespielt hat, haben wir schon an anderer Stelle verschiedentlich ausgeführt. Daß sie, als Institution, eigene Interessen verfolgt, ist klar. Klar ist aber auch, daß sie unter den konkreten Bedingungen in Polen entweder Volkskirche ist oder nichts. Sie *muß* das Bündnis mit der Massenbewegung suchen. Und diese Massenbewegung, und gerade die Arbeiterbewegung, *bedient* sich ihrer, ihrer Organisation, ihres Ritus, aber auch ihrer Ideologie. Wer im Film „Arbeiter '80" gesehen hat, wie die Streikenden in sehr spontanen Formen in tausenfachem Chor gemurmelte Gebete benutzten, um ihre Forderungen zu formulieren und zu bekräftigen, wird einen Eindruck davon bekommen haben.

Die politischen Strömungen in der Arbeiter- und Volksbewegung

Die verschiedenen politischen Strömungen, die sich gegenwärtig herauskristallisieren, sind durchweg zunächst als Richtungen innerhalb von „Solidarność" organisiert; aber sie beginnen immer offener hervorzutreten, sich selbständig zu organisieren, und – im Zusammenhang der ganzen vielfältigen gesellschaftlichen Bewegung –, die politische Landkarte Polens zu verändern. Es ist gerade dieser ruhige, normale Fortschritt der demokratischen Umwälzung in Polen, der die äußere und innere Konterrevolution in ständige Raserei versetzt. Wie wenig sich, außer durch einen wirklichen Gewaltstreich, dieser Gang der Entwicklung noch aufhalten läßt, hat der diesjährige 11. November gezeigt, jener Tag, als der Führer der polnischen Legionen, Pilsudski, 1918 nach mehr als 120 Jahren der Vernichtung des polnischen Staates die „Republik Polen" proklamierte. Nicht nur, daß die Regierung Jaruzelski alle (sicheren Informationen zufolge aus der Parteispitze tatsächlich ergangenen) Ersuchen um ein Vorgehen gegen die überall abgehaltenen Kundgebungen und Veranstaltungen als völlig aussichtslos verwerfen mußte; selbst im Rundfunk und der Presse gab es Beiträge zur Würdigung des Ereignisses, die vor kurzem noch mit Gefängnis geahndet worden wären.

Welche Richtungen und Gruppierungen lassen sich unterscheiden?

- Einmal eine linke, basisdemokratische Richtung innerhalb von „Solidarność", die sich ganz auf die Ausarbeitung und Propagierung verschiedener Versionen der Arbeiterselbstverwaltung konzentriert. Einer der prononciertesten Vertreter ist der Danziger Hochschullehrer und Gewerkschafter Jerzy Milewski, der zugleich das Projekt einer *„Polnischen Arbeiter-Partei"* als dem politischen Arm der Arbeiterselbstverwaltungs-Organe verfolgt. – Aber auch verschiedene andere Gruppierungen sind hierunter zu fassen. Unter den Danziger Streikführern stand wohl *Andrzej Gwiazda* diesen Tendenzen am nächsten.
- Die andere bedeutende Richtung der „laizistischen Linken" sind die Vertreter des ehemaligen KOR (Komi-

Welche Richtungen und Gruppierungen lassen sich unterscheiden?

● Einmal eine linke, basisdemokratische Richtung innerhalb von „Solidarność", die sich ganz auf die Ausarbeitung und Propagierung verschiedener Versionen der Arbeiterselbstverwaltung konzentriert. Einer der prononciertesten Vertreter ist der Danziger Hochschullehrer und Gewerkschafter Jerzy Milewski, der zugleich das Projekt einer „Polnischen Arbeiter-Partei" als dem politischen Arm der Arbeiterselbstverwaltungs-Organe verfolgt. – Aber auch verschiedene andere Gruppierungen sind hierunter zu fassen. Unter den Danziger Streikführern stand wohl Andrzej Gwiazda diesen Tendenzen am nächsten.

● Die andere bedeutende Richtung der „laizistischen Linken" sind die Vertreter des ehemaligen KOR (Komi-

tee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung), vor allem *Jacek Kuron* und *Adam Michnik*. Sie haben wesentliche Elemente ihres politischen Programms in der Programmatischen Erklärung von „Solidarność" selbst, die auf dem Kongreß im Oktober verabschiedet wurde, einbringen können. Dementsprechend wollen sie auf dieser bestehenden programmatischen Basis die Bildung von *„Clubs der selbstverwalteten Republik – Freiheit, Gerechtigkeit, Unabhängigkeit"* bilden, als Organisationen, die in Betrieben, Büros und Wohnblocks sich bilden sollen, ohne jedoch bereits eine politische Partei zu sein – allerdings die Vorbereitung einer solchen Partei, die dann mit einiger Sicherheit wohl „Polnische Sozialistische Partei" hieße. Kuron hat aber wiederholt die Gründung einer solchen Partei für verfrüht gehalten (wie auch die Forderung nach Abhaltung allgemeiner Wahlen). Die KOR-Vertreter haben immer wieder die „Selbstbeschränkung" der polnischen Revolution gefordert; im Innern, insofern das Monopol der herrschenden Partei solange nicht angetastet wird, bis die gesellschaftliche Bewegung selbst ihr jede Grundlage entzogen hat; und nach außen, insofern die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion berührt werden. In diesem Zusammenhang haben sie von der „Finnlandisierung" Polens gesprochen, d.h. einer Neuaushandlung der Verträge, die Polen an die Sowjetunion anbinden.

- Im gewerkschaftlichen Spektrum schließen sich die *Links-Katholiken* als nächste Richtung (wenn man einmal von links nach rechts durchgeht) an. Die prominentesten Figuren sind hier der Ökonom Stefan Kurowski und die katholischen Intellektuellen Mazowiecki und Geremek, die zu den Beratern der ersten Stunde beim Danziger Streik gehörten und in deren Händen im wesentlichen die Eigenpublikationen der Gewerkschaft liegen, wie sie auch führend an der Ausarbeitung der Programmerklärung beteiligt waren.
- Die nächste Richtung bildet der *katholische Populist Lech Walesa*, der

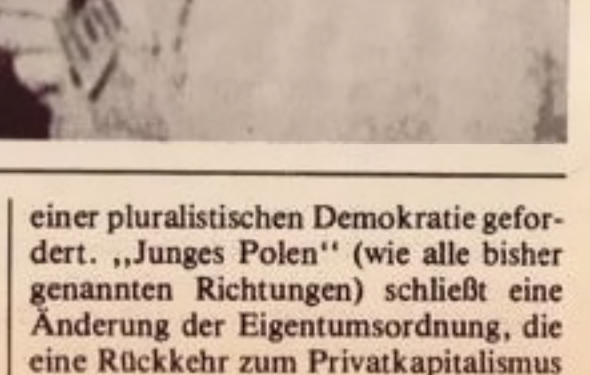
heitsinteressen der Sowjetunion berührt werden. In diesem Zusammenhang haben sie von der „Finnlandisierung" Polens gesprochen, d.h. einer Neuaushandlung der Verträge, die Polen an die Sowjetunion anbinden.

● Im gewerkschaftlichen Spektrum schließen sich die Links-Katholiken als nächste Richtung (wenn man einmal von links nach rechts durchgeht) an. Die prominentesten Figuren sind hier der Ökonom Stefan Kurowski und die katholischen Intellektuellen Mazowiecki und Geremek, die zu den Beratern der ersten Stunde beim Danziger Streik gehörten und in deren Händen im wesentlichen die Eigenpublikationen der Gewerkschaft liegen, wie sie auch führend an der Ausarbeitung der Programmerklärung beteiligt waren.

● Die nächste Richtung bildet der katholische Populist Lech Walesa, der

strikt und stets nur für sich spricht und dessen ganzes Wertesystem sich in einigen Begriffen wie Freiheit, Demokratie, Würde der Arbeit, nationale Unabhängigkeit zusammenfassen läßt. Er hat das Ohr des Primas der Kirche, und der Primas hat sein Ohr. Aber er handelt nach seinem eigenen politischen Instinkt und hat in aller Offenheit seine Rolle definiert als die eines Generals, der notfalls auch „ein wenig Diktatur" üben müsse, um in schwierigen Situationen die Gewerkschaft handlungsfähig zu erhalten. Noch immer vertritt er den polnischen Arbeiter der ersten Generation, der gesellschaftlich einen radikalen Egalitarismus vertritt, aber im Zweifelsfall immer das Interesse der Nation über sein Klasseninteresse stellen wird.

- Eine in einigen Regionen einflußreiche Organisation ist die *„Bewegung Junges Polen"*, die – für Polen ein unerhörtes Ereignis – am 21. Juli in Danzig ihren ersten Kongreß mit etwa hundert Delegierten in aller Öffentlichkeit abhielt. Sie stellt das Ziel der nationalen Unabhängigkeit über alle anderen, allerdings auch unter Anerkennung der „geopolitischen Lage" Polens in der Einflußzone der Sowjetunion. Zugleich wird die Einführung einer pluralistischen Demokratie gefordert. „Junges Polen" (wie alle bisher genannten Richtungen) schließt eine Änderung der Eigentumsordnung, die eine Rückkehr zum Privatkapitalismus beinhalten würde, aus, tritt gleichfalls für Arbeiterselbstverwaltung ein, fordert aber einen größeren privaten Sektor.
- Das ganze Spektrum rechts von diesen Gruppierungen nimmt in der jetzigen Oppositionsbewegung in Polen die *„Konföderation Unabhängiges Polen" (KPN)* ein. Die Partei hat kein Programm außer dem Buch ihres Begründers Moczulski „Revolution ohne Revolution", das er in früheren Jahren illegal publizierte. Die Partei ist 1979 gegründet worden; sie hat – nach wechselnden Angaben führender Funktionäre – einige zehntausend Mitglieder (mit Mitgliedsbuch); und sie



einer pluralistischen Demokratie gefordert. „Junges Polen" (wie alle bisher genannten Richtungen) schließt eine Änderung der Eigentumsordnung, die eine Rückkehr zum Privatkapitalismus beinhalten würde, aus, tritt gleichfalls für Arbeiterselbstverwaltung ein, fordert aber einen größeren privaten Sektor.

● Das ganze Spektrum rechts von diesen Gruppierungen nimmt in der jetzigen Oppositionsbewegung in Polen die „Konföderation Unabhängiges Polen" (KPN) ein. Die Partei hat kein Programm außer dem Buch ihres Begründers Moczulski „Revolution ohne Revolution", das er in früheren Jahren illegal publizierte. Die Partei ist 1979 gegründet worden; sie hat – nach wechselnden Angaben führender Funktionäre – einige zehntausend Mitglieder (mit Mitgliedsbuch); und sie

hat sich in einer ganzen Reihe von Regionalkomitees der Gewerkschaft einen festen Einfluß gesichert. Auf dem Kongreß von „Solidarność" dürften sich ca. 10% dieser Richtung zugeordnet haben, und sie werden in den Wahlen für Jan Rulewksi gestimmt haben, der 9% der Stimmen (als Gegenkandidat Walesas) erhielt. Rulewski hatte, wie die KPN, offen den Austritt aus dem Warschauer Pakt gefordert, und zweifellos macht dies die Faszination aus, die von dieser Gruppierung ausgeht. Sie attackiert die Sowjetunion als imperialistische Macht, allerdings die einzige wirkliche – im Gegensatz zu den USA. Die Weltlage sei gegen die Sowjetunion; mit der NATO auf der einen und China auf der anderen Seite, in den Krieg in Afghanistan verstrickt und vor allem aber mit schweren inneren Widersprüchen im Bauch, sei sie unfähig, Polen niederzuhalten. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis es möglich werde, Polen aus dem Block herauszubrechen. Bei einer Intervention werde die Sowjetunion selbst zerfallen. Dann würde man mit Ukrainern, Litauern und Weißrussen evtl. sogar wieder über die polnischen Ostgrenzen reden können. Im Inneren sei das Regime schon im Stürzen; dann könne das Volk über seine politische und soziale Ordnung selbst bestimmen. Mit der PVAP werde abgerechnet als mit nationalen Verrätern. – Scharf grenzt sich die KPN gegenüber den Vertretern des ehemaligen KOR ab, insbesondere ihrer Politik der „Selbstbeschränkung" der Revolution. So bilden gerade die KPN-Nationalisten in der Gewerkschaft einen Teil des „radikalen" Flügels.

In einem Schreiben „An die Arbeiter und Gewerkschaften in Westeuropa" hat der Vorsitzende der „Solidarität", Lech Walesa, geschrieben:

„Wir wenden uns an Sie, die Arbeiter und Gewerkschaften, mit einem Appell: Bittet Eure Regierungen, Polen in den nächsten Monaten außerordentliche und umgehende Lebensmittelhilfe zu gewähren." Walesa äußerte die Befürchtung, daß nach Lage der Dinge nicht einmal die bereits verringerten Rationen, vor allem an Fleisch, für die polnische Bevölkerung gesichert seien und dieser Winter daher zu sozialen Spannungen und „spontanen Unmutsexplosionen" führen könnte, wodurch die Lage zusätzlich kompliziert werde. Die „Solidarität" werde die Verteilung aller Hilfsgüter an das Volk kontrollieren. „Wir sind überzeugt, daß wir die Krise überwinden werden. Wir werden Eure Hilfe als bilaterales Engagement betrachten, in der Hoffnung, daß unsere Gewerkschaft und unser Land bald anderen helfen können. Wir glauben fest daran, daß Solidarität keine Grenzen haben darf", heißt es in dem Schreiben, das der Pressedienst der Gewerkschaft veröffentlicht hat.

Vor Wochen schon haben die beiden früheren Metall-Redakteure Jakob Moneta und Heinz Brandt namens der Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność" dazu aufgerufen, insbesondere Sendungen von Medikamenten und Nahrungsmitteln für Kinder zu organisieren. Der Koordinationsausschuß der Komitees hat, gestützt auf die Initiative der Frankfurter Kinderärztin Krysztina Gräf, und in Zusammenarbeit mit einer Reihe gewerkschaftlich organisierter Ärzte, einen Aufruf vorbereitet, der in der kommenden Woche veröffentlicht werden und als Basis einer intensiven Sammlungstätigkeit für Medikamente und Babynahrung im Dezember dienen soll. Vor allem Beschäftigte im Gesundheitswesen sowie Gewerkschafter sind aufgerufen, die Initiative durch ihre Unterschrift und durch Aktivitäten zu unterstützen. **Meldet euch beim Koordinationsausschuß:**

„Solidarität mit Solidarność" · Postfach 112051 · 6000 Frankfurt 1 · Tel. 0611/747756 (W. Wolf) oder 730231 (G. Koenen)

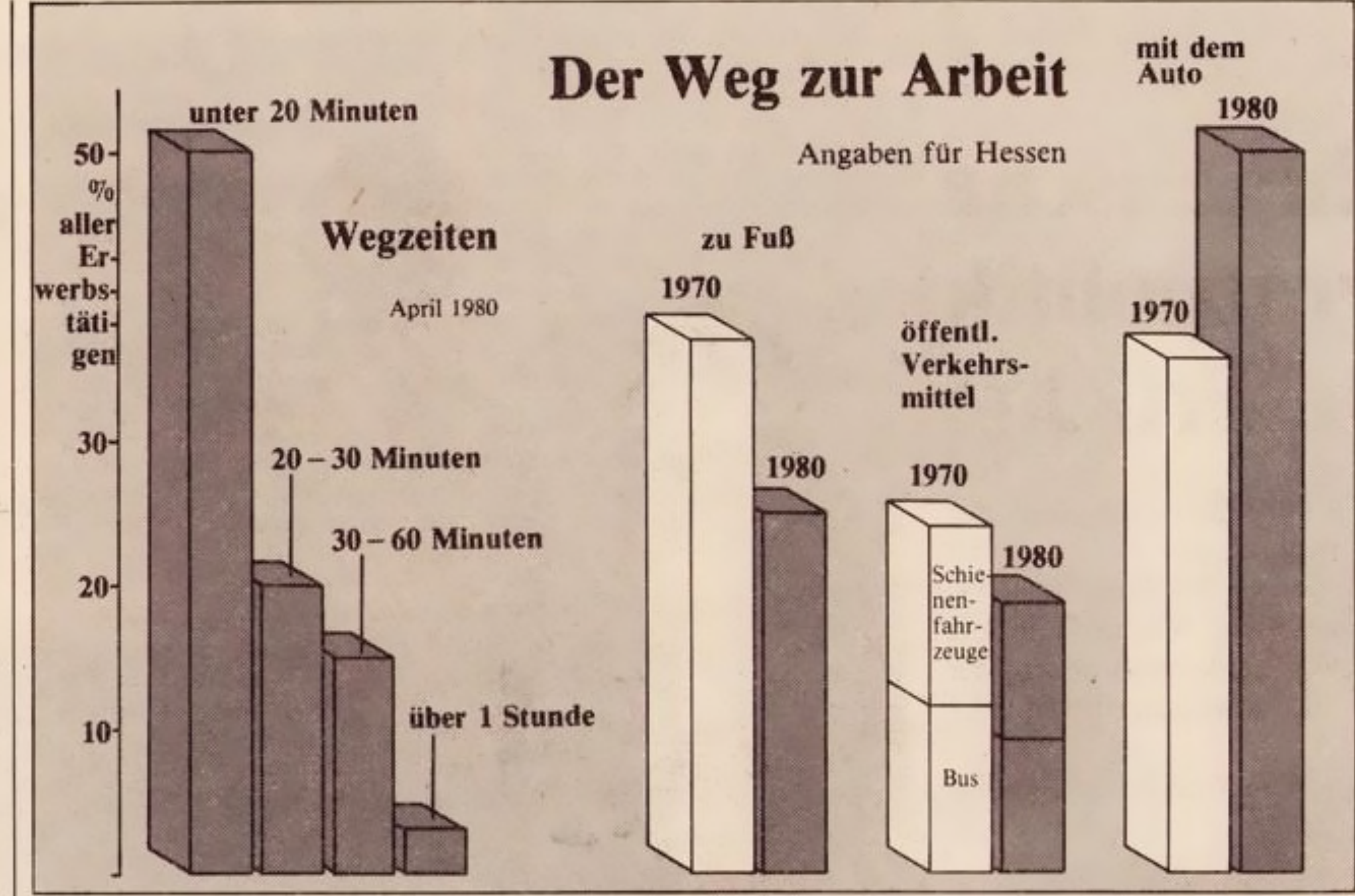
Einseitiger Nutzen für die Sowjetunion

frb. Will man sich ein Bild über die Auftragslage im westdeutschen Osthandel machen, so liest man am besten die UZ. Mit Sorgfalt wird dort jeder größere Auftrag vermeldet, den die Sowjetunion an eine westdeutsche Firma vergibt. Wieder 100 Arbeitsplätze gesichert!, heißt es dann. Seltsame Hervorhebung für ein Land, dessen Anteil am westdeutschen Export immerhin bloß 2,2% beträgt.

Besonders hoch schlugen die Worte des Dankes jetzt im Vorfeld des Breschnew-Besuchs. Bekanntlich wurde rechtzeitig der Erdgas-Röhren-Vertrag abgeschlossen. ,,Hier wird doch der enge Zusammenhang zwischen guten Beziehungen zur Sowjetunion und sicheren Arbeitsplätzen bei uns besonders deutlich. Klar, daß ich den Besuch Leonid Breschnews begrüße!" so darf etwa Willi Stuhlmann, Betriebsrat im Röhrenwerk von Hoesch, in der UZ schreiben. Mit der gleichen Begründung allerdings ließe sich ein Besuch von Ronald Reagan begrüßen, sichert doch der Export in die USA noch viel mehr Arbeitsplätze.

Hier wie in anderen Fällen kann die angebliche ,,Arbeitsplatzsicherung" kein ausschlaggebendes Argument sein. Man kann das Erdgas-Röhren-Geschäft nicht begrüßen, weil es die umfassenden Kriegsvorbereitungen, die die Sowjetunion betreibt, begünstigt. Daß auch die andere Supermacht dies so sieht, ändert an der Tatsache selbst nichts.

Nicht nur, daß sich die Sowjetunion mit dem neuen Projekt in die Lage versetzt, 30% der westdeutschen Erdgasimporte über Nacht abzustellen, vor allem wird ihr eine Geldquelle erschlossen, die sie nichts kostet, außer eben das Erdgas in ihrem Boden, an das sie aber ohne das Geschäft überhaupt nicht dran käme. Für ihre Gasexporte wird die UdSSR ab 1985 jährlich mindestens 10 Mrd. $ kassieren, womit sie theoretisch binnen zweier Jahre sämtliche Baukosten bezahlen könnte. Tatsächlich werden ihr gewaltige Mittel verfügbar zum Einkauf moderner Maschinerie, die in ihrem Aufrüstungsprogramm fest eingeplant sind. Es wäre blind, dies nicht zu sehen.



Nahezu jeder fünfte Erwerbstätige ist mehr als 30 Minuten zur Arbeit unterwegs, drei von hundert sogar mehr als eine Stunde. Jeder zehnte hat eine einfache Wegstrecke von mehr als 25 km zurückzulegen. Immer größere Entfernungen machen die Benutzung von Verkehrsmitteln notwendig. Dabei hat das Autor Vorrang. Öffentliche Verkehrsmittel werden vor allem von Frauen benutzt. Ein Viertel aller Frauen benutzt öffentliche Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeit, gegenüber nur 14,4% der Männer. Entsprechend fahren nur 35% der Frauen mit dem Auto zur Arbeit.

Die Woche im Rückblick

Die Zahl der Arbeitslosen in der EG hat Ende Oktober 9,7 Millionen erreicht. 8,8% sind arbeitslos. Der Zahl nach bleibt Großbritannien Spitzenreiter. – **Die Pleiten in der BRD erreichen dieses Jahr einen neuen Nachkriegsrekord.** Wahrscheinlich wird die Zahl der Konkurse auf über 10000 steigen, 280000 Arbeitsplätze gehen dadurch verloren. Die Insolvenzschäden, also das auf diese Weise vernichtete Kapital, wird auf rund 15 Mrd. DM geschätzt. – **Eine Schmierenkomödie größeren Umfangs bahnt sich bei der Fusion Springer – Burda an.** Eindeutig war die Feststellung des Kartellamtes, bei einem Zusammenschluß der Presseriesen entstünden marktbeherrschende Stellungen auf dem Pressevertriebsmarkt, dem Anzeigen- und Tiefdruckmarkt für Zeitschriften, ohnehin schon gegebene überragende Positionen auf den Lesermärkten für Programmzeitschriften, Kaufzeitungen und Sonntagszeitungen würden noch verstärkt. Der Zusammenschluß wurde daher untersagt. Axel C. Springer will dagegen offenbar nicht klagen, sondern setzt auf die ,,Ministererlaubnis". Nach dieser Klausel kann der Wirtschaftsminister einen an sich verbotenen Zusammenschluß erlauben, ,,wenn im Einzelfall die Wettbewerbsbeschränkungen von gesamtwirtschaftlichen Vorteilen des Zusammenschlusses aufgewogen wird oder der Zusammenschluß durch ein überragendes Interesse der Allgemeinheit gerechtfertigt ist". Letzteres scheinen nun die SPD-Minister entdeckt zu haben. Im ,,Stern" nämlich hat ihnen Springer gesteckt, seine Wahlempfehlungen könnten von der Ministererlaubnis beeinflußt werden. Der Wink hat offenbar bereits gewirkt. Womit dann erwiesen wäre, daß für den Presse-Zaren Kartellgesetze nicht gelten. – **Der Exxon-Konzern zieht sich aus Libyen zurück.** Gründe werden offiziell nicht genannt. Offensichtlich aber ist, daß der Rückzug mit den von der Reagan-Administration betriebenen Spannungen zwischen den beiden Ländern zusammenhängt. Insgesamt operieren 34 amerikanische Ölgesellschaften in Libyen. 5% der US-Ölimporte stammen aus Libyen.

Jetzt kauft sich US Steel einen Ölkonzern

frb. Die Aufkaufaktionen an der New Yorker Börse gehen weiter. Nach dem letzten Großeinkauf von Du Pont ist es jetzt der größte Stahlkonzern der USA, der sich einen Ölkonzern einverleibt hat. 6,6 Mrd. $ hat US Steel für Marathon Oil auf den Tisch gelegt. Woher hat der Stahlkonzern dieses Geld, da er doch seit Jahren um staatliche Subventionen bettelt und Importschutz gegen ausländische Konkurrenz verlangt? Vor allem von der Schließung von 13 großen Fabriken, der größten Stillegung in der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte, vor zwei Jahren. Und kürzlich hat US Steel einen Teil seiner Kohlegruben an die Ölindustrie losgeschlagen, in die sich der Stahlkonzern jetzt selbst eingekauft hat. Nicht nur neidische Konkurrenten weisen auf den Widerspruch zur unterlassenen Modernisierung der Stahlkapazitäten hin.

TA-Luft: BDI gegen Gewerkschaften, BBU, Ministerium

kvz. Keinerlei Verschärfung!, das ist der Tenor der Stellungnahme des BDI zu dem neuen Entwurf einer ,,technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft" (TA-Luft), den das Innenministerium vorgelegt hat und zu dem jetzt die Anhörung der Verbände stattgefunden hat. Die Vorschrift erschwere Investitionen und wirke damit genau den von der Bundesregierung geplanten und beschlossenen Investitionserleichterungen entgegen. Der BBU dagegen wirft dem Innenministerium vor, es werde keine Vorsorge zur Reinhaltung der Luft betrieben, bei dem vorliegenden Entwurf handele es sich vielmehr um eine ,,technische Anleitung zur gleichmäßigen Verteilung der Luftverschmutzung". Der BBU fordert, daß die Grenzwerte für Schwefeldioxyd, Stickstoffoxyd und Fluorverbindungen verschärft werden, Vervollständigung der Liste von Schwermetallen und krebserregenden Stoffen. Die IG Chemie-Papier-Keramik und die ÖTV unterstützen wesentliche Teile der Forderungen der Umweltschützer. Westkamp (Innenministerium) dazu: Es sei zu bedauern, daß der BDI ,,nunmehr offensichtlich in die alten Konfrontationen von Anfang der 70er Jahre zurückfallen wolle".

Sowjetische Wirtschaft in der Systemkrise (3)
Der Entwicklung der individuellen und gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit sind starre Schranken gesetzt
Die sowjetische Wirtschaft ist nach Erschöpfung der wesentlichen Faktoren eines extensiven Wachstums gezwungen, im Verlauf des kommenden Fünfjahr-Planes den Übergang zu einem in-
hat, die allen Deklamationen über die Hebung des Lebensstandards immer von neuem ins Gesicht schlägt. Die Versorgungslage in weiten Gebieten der Sowjetunion gilt gegenwärtig als so
Mängel in Belieferung, Qualität und Sortiment notorisch werden. Eine bürokratische Kontrolle ist bei diesem Umfang der Produktion nicht mehr möglich. In der Stalin-Ära konnte
wirtschaft. Und sosehr dieser ,,Neben-Kapitalismus" auch vielfach als Schmiermittel des zentral-bürokratischen Plansystems wirkt, sosehr ist er seinerseits ein Element der Vergeudung gesellschaftlicher Arbeit.
Das entscheidende Element der Systemkrise, worin sich die sowjetische Ökonomie befindet, ist aber die Schranke, die sie der Steigerung der individuellen wie zugleich der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit setzt; wobei das erstere Voraussetzung
den Betrieb und generell der Behinderung der Freizügigkeit sein, das zwar millionenfach durchlöchert ist, aber dennoch einen stummen bürokratischen Zwang ausübt, der sich mit wirtschaftlichen Zwängen (wie der schieren Unmöglichkeit, bei Zuzug in eine Stadt zu einer Wohnung zu kommen) kombiniert. Dabei ist noch gar nicht von den Millionen gesprochen, die wegen ,,Parasitismus" oder ,,Rowdytums" sich in irgendeinem Stadium von Zwangs- oder sogenannter ,,Bewährungs"arbeit befinden, d.h. sich mit
importe über Nacht abzustellen, vor allem wird ihr eine Geldquelle erschlossen, die sie nichts kostet, außer eben das Erdgas in ihrem Boden, an das sie aber ohne das Geschäft überhaupt nicht dran käme. Für ihre Gasexporte wird die UdSSR ab 1985 jährlich mindestens 10 Mrd. $ kassieren, womit sie theoretisch binnen zweier Jahre sämtliche Baukosten bezahlen könnte. Tatsächlich werden ihr gewaltige Mittel verfügbar zum Einkauf moderner Maschinerie, die in ihrem Aufrüstungsprogramm fest eingeplant sind. Es wäre blind, dies nicht zu sehen.
ter. – Die Pleiten in der BRD erreichen dieses Jahr einen neuen Nachkriegsrekord. Wahrscheinlich wird die Zahl der Konkurse auf über 10000 steigen, 280000 Arbeitsplätze gehen dadurch verloren. Die Insolvenzschäden, also das auf diese Weise vernichtete Kapital, wird auf rund 15 Mrd. DM geschätzt. – Eine Schmierenkomödie größeren Umfangs bahnt sich bei der Fusion Springer – Burda an. Eindeutig war die Feststellung des Kartellamtes, bei einem Zusammenschluß der Presseriesen entstünden marktbeherrschende Stellungen auf dem Pressevertriebsmarkt, dem Anzeigen- und Tiefdruck-
tagszeitungen würden noch verstärkt. Der Zusammenschluß wurde daher untersagt. Axel C. Springer will dagegen
Die Woche im Rückblick
offenbar nicht klagen, sondern setzt auf die ,,Ministererlaubnis". Nach dieser Klausel kann der Wirtschaftsminister einen an sich verbotenen Zusammenschluß erlauben, ,,wenn im Einzelfall die Wettbewerbsbeschränkungen von gesamtwirtschaftlichen Vorteilen des Zusammenschlusses aufgewogen wird oder der Zusammenschluß durch
hat ihnen Springer gesteckt, seine Wahlempfehlungen könnten von der Ministererlaubnis beeinflußt werden. Der Wink hat offenbar bereits gewirkt. Womit dann erwiesen wäre, daß für den Presse-Zaren Kartellgesetze nicht gelten. – Der Exxon-Konzern zieht sich aus Libyen zurück. Gründe werden offiziell nicht genannt. Offensichtlich aber ist, daß der Rückzug mit den von der Reagan-Administration betriebenen Spannungen zwischen den beiden Ländern zusammenhängt. Insgesamt operieren 34 amerikanische Ölgesellschaften in Libyen. 5% der US-Ölimporte stammen aus Libyen.
mehr um eine ,,technische Anleitung zur gleichmäßigen Verteilung der Luftverschmutzung". Der BBU fordert, daß die Grenzwerte für Schwefeldioxyd, Stickstoffoxyd und Fluorverbindungen verschärft werden, Vervollständigung der Liste von Schwermetallen und krebserregenden Stoffen. Die IG Chemie-Papier-Keramik und die ÖTV unterstützen wesentliche Teile der Forderungen der Umweltschützer. Westkamp (Innenministerium) dazu: Es sei zu bedauern, daß der BDI ,,nunmehr offensichtlich in die alten Konfrontationen von Anfang der 70er Jahre zurückfallen wolle".

Sowjetische Wirtschaft in der Systemkrise (3)

Der Entwicklung der individuellen und gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit sind starre Schranken gesetzt

Die sowjetische Wirtschaft ist nach Erschöpfung der wesentlichen Faktoren eines extensiven Wachstums gezwungen, im Verlauf des kommenden Fünfjahr-Planes den Übergang zu einem *intensiven* Wachstum zu schaffen, wenn sie die seit 1979 dauernde Phase der Stagnation überwinden bzw. regelrechte Einbrüche vermeiden will, hatten wir in der letzten Folge dieser Artikelserie* geschrieben. Diesen Übergang hat sie jedoch in der letzten Fünfjahr-Plan-Periode von 1976 bis 1980 schon weitgehend verfehlt, und es ist nicht absehbar, wie ohne eine radikale Reform des ganzen Systems dieser historische Übergang bewerkstelligt werden könnte.

Mit dem ehernen Ritual, das den passenden äußeren Rahmen abgibt, sind in der vergangenen Woche auf der Herbstsession des Obersten Sowjets die korrigierten Plan- und Ergebniszahlen für 1980 bzw. 1981 genannt worden. Das Nationaleinkommen soll 1980 um 3% gesteigert worden sein; für 1981 ist dieselbe Zahl ins Auge gefaßt. Eine entscheidende Zahl blieb ungenannt: die der diesjährigen Getreideernte. Die wohl bedeutendste Korrektur für 1981 betraf das Verhältnis zwischen der Gruppe A (Produktionsmittel) und Gruppe B (Konsumtionsmittel) der industriellen Produktion: es ist jetzt eine Zunahme des Produktionsmittelsektors um 4,8% vorgesehen, des Konsumtionsmittelsektors um nur noch 4,6%; und weit abfallend demgegenüber die Zahlen für Dienstleistungen und für die Landwirtschaft. Es wird damit zum erneuten Male deutlich, daß der sowjetische Entwicklungsweg, worin das ganze Gewicht auf diesem Ausbau des Produktionsmittelsektors liegt, während alle anderen gesellschaftlichen Bedürfnisse systematisch vernachlässigt werden, eine fast naturgesetzliche Eigendynamik entwickelt hat, die allen Deklamationen über die Hebung des Lebensstandards immer von neuem ins Gesicht schlägt. Die Versorgungslage in weiten Gebieten der Sowjetunion gilt gegenwärtig als so schlecht wie seit 20 Jahren nicht, und das nicht nur für Nahrungsmittel, sondern auch für eine Reihe wichtiger Konsumgüter.

Die nominellen Wachstumszahlen darf man in der sowjetischen Ökonomie ohnehin nicht für bare Münze nehmen. Vieles erscheint dort als Produktionszuwachs, was viel eher vom realen Produkt *abgezogen* werden müßte. Z.B. Kfz-Reparaturen sind statistisch Bestandteil der Kfz-Produktion. In ähnlicher Weise abstrahieren alle die globalen Produktionsziffern von der Schaffung wirklicher gesellschaftlicher Gebrauchswerte. Übergroße Material- und Energieintensität, übergroßer Verschleiß, der auf das Produkt übertragen wird, übergroße Lagerhaltung wegen stockendem Fluß der Lieferungen oder massenweise Ausschußproduktion – alles das erscheint hier als ,,Wachstum".

Eine andere Seite derselbe Sache ist die geringe Flexibilität des industriellen Gesamtprozesses. Das bürokratische ,,System der Leitung und Lenkung" von oben, d.h. des Erteilens von Anweisungen an die Betriebe, wer wieviel an wen wann zu liefern hat, läßt bei jeweils voll ausgefahrenen Kapazitäten und systematisch gering gehaltenem Reservefonds (z.B. für Ersatzteile) praktisch keine Ausweichmöglichkeiten offen, sobald die Lieferung nicht pünktlich, in der notwendigen Qualität etc. kommt. Die Produktion im andern Betrieb gerät dann sofort ins Stocken oder wird ihrerseits zur Ausschußproduktion. Die Kombination des Plandrucks von oben bei gleichzeitiger faktischer Abnahmegarantie andererseits führt aber dazu, daß die Mängel in Belieferung, Qualität und Sortiment notorisch werden. Eine bürokratische Kontrolle ist bei diesem Umfang der Produktion nicht mehr möglich. In der Stalin-Ära konnte noch per Ukas – bei drakonischer Strafandrohung – ein bestimmter Qualitätsstandard vorgeschrieben und auch durchgesetzt werden. Heute ist dies völlig unmöglich geworden.

Das wachsende Ungleichgewicht zwischen den beiden Abteilungen der industriellen Produktion, der Produktion von Produktions- und von Konsumgütern, führt aber zu einem dauernden Stocken im gesamten Umsatz der gesellschaftlichen Produktion. Dies drückt sich ökonomisch zunächst aus als dauernder ,,Kaufkraftüberhang". Die Arbeiter in der Gruppe A, die Produktionsmittel erzeugen – und die eine stets wachsende Gruppe bilden – erhalten Lohneinkommen, die sie umso weniger in Konsumtionsmittel umsetzen können, je weiter die entsprechenden Industriezweige und auch die Landwirschaft zurückbleiben. Dieser ,,Kaufkraftüberhang" wird z.T. über niedrig verzinste Sparguthaben bei der Staatsbank zurückgehalten und entwertet (und wieder in neues Kapital in der Hand des Staates verwandelt). Er wird zugleich dauernd durch offene oder verkappte Preiserhöhungen abgeschöpft. Drittens aber knüpft an diesem ,,Kaufkraftüberhang" eine ganze eigene, untergründige *Nebenwirtschaft* an, eine Art von untergründigem Kleinkapitalismus. Hier werden Geldeinkommen, die in den Staatsläden nichts kaufen können, umgesetzt in die Produkte jeder Art von Neben- oder Schwarzarbeit – wie allerdings auch ,,abgezweigte" Produkte der staatlichen Industrie. Oder sie werden umgesetzt in Westprodukte, die hier als Luxuswaren auftreten. Auf diesem breiten Morast steht die sowjetische Staatswirtschaft. Und sosehr dieser ,,Neben-Kapitalismus" auch vielfach als Schmiermittel des zentral-bürokratischen Plansystems wirkt, sosehr ist er seinerseits ein Element der Vergeudung gesellschaftlicher Arbeit.

Das entscheidende Element der Systemkrise, worin sich die sowjetische Ökonomie befindet, ist aber die Schranke, die sie der Steigerung der individuellen wie zugleich der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit setzt; wobei das erstere Voraussetzung des zweiten ist. Diese Schranke existiert subjektiv und objektiv. Subjektiv fehlt die Motivation zu einer gesteigerten bzw. verbesserten Arbeit. Es ist die östliche Arbeiterklage schlechthin, daß *,,die Arbeit keinen Wert hat"*, eben weil es für den Arbeitslohn keine der Höhe der gesellschaftlichen Entwicklung angemessenen Gebrauchsgegenstände zu kaufen gibt. Die Notwendigkeit, statt kaufen zu können, ,,besorgen" zu müssen, sich für den Lebensunterhalt außerhalb der Arbeitszeit die Hacken abrennen zu müssen – das ist ein sehr objektives, materielles Hindernis der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit. Der sowjetische Weg, ein hochmodernes, gigantisches Maschinensystem zu errichten auf Kosten der entsprechenden Entwicklung von Handel, Dienstleistung, Infrastruktur und allem, was sonst der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse dient, dürfte kaum beliebig weiter zu gehen sein. Gerade das gewaltige extensive Wachstum, das die Sowjetunion binnen 50 Jahren auf teils revolutionäre, teils despotische Weise zu einer Industriemacht ersten Ranges gemacht hat, hat auch eine moderne Arbeiterbevölkerung mit Bedürfnissen und Interessen geschaffen, die in dem gegebenen Rahmen kaum befriedigt werden können. Auch der Generationenbruch, d.h. das Eintreten der in der Nachkriegsperiode Aufgewachsenen, denen jeder Aufbau- und Kriegsheroismus fremd geworden ist, in den Arbeitsprozeß dürfte dabei mitwirken.

Ganz unerträglich muß für diese neu herangewachsene Arbeiterklasse zum Beispiel das System der Anbindung an den Betrieb und generell der Behinderung der Freizügigkeit sein, das zwar millionenfach durchlöchert ist, aber dennoch einen stummen bürokratischen Zwang ausübt, der sich mit wirtschaftlichen Zwängen (wie der schieren Unmöglichkeit, bei Zuzug in eine Stadt zu einer Wohnung zu kommen) kombiniert. Dabei ist noch gar nicht von den *Millionen* gesprochen, die wegen ,,Parasitismus" oder ,,Rowdytums" sich in irgendeinem Stadium von Zwangs- oder sogenannter ,,Bewährungs"arbeit befinden, d.h. sich mit Haut und Haar dem Staat zur Verfügung halten müssen. Der sowjetische Arbeiter ist in vielfach abgestufter Weise *unfreier Arbeiter*; und das kann schwerlich so bleiben. (Vgl. dazu auch ,,Beobachtungen in der Sowjetunion", in KVZ 45/81.)

Schon eine Reform wäre aber nur im Ergebnis einer halbrevolutionären Erschütterung denkbar. Es ist kein Zufall, daß selbst die äußerst begrenzten Kossygin'schen Reformversuche 1965 und zuletzt 1979 – die nichts vorsahen als eine vorsichtige Stärkung der Selbständigkeit der Betriebe, die ihre Mittel in größerem Umfang selbst erwirtschaften und verwalten, sich in bezug auf das Sortiment etc. stärker untereinander abstimmen sollten, überhaupt weniger durch administrative Anweisungen als ein System ökonomischer Lenkungshebel dirigiert werden sollten – praktisch ohne Wirkung blieben. Selbst eine so bescheidene Reform würde die absolutistische Stellung der Partei- und Staatsführung erschüttert und der Gesellschaft unkontrollierte Entwicklungsspielräume eröffnet haben. Und das war schon zuviel.

Einiges spricht dafür, daß gerade die Unfähigkeit zu einer solchen notwendigen inneren Reform die Bestrebungen der herrschenden Klasse der Sowjetunion stärkt, ein extensives Wachstum dann *nach außen* hin zu suchen. Denn ein entscheidendes Element bei dem erwähnten Übergewicht des Produktionsmittelsektors in der sowjetischen Ökonomie ist eben die Rüstungsindustrie. Und hier wenigstens dürften die Wachstumsziffern real sein.

* *KVZ 43/81 und 45/81*

Die neue chinesische Agrarpolitik trägt erste Früchte

Allerhand Spekulationen über die Agrarpolitik der VR China sind im Umlauf. Die Rückkehr zur Einzelwirtschaft und Zulassung von Privateigentum an Produktionsmitteln wird behauptet. Was bedeutet die Einführung des Verantwortlichkeitssystems in der Landwirtschaft wirklich?

Von Wolf Schnell, Beijing

Trotz schwerster Naturkatastrophen konnte der Gesamtertrag der landwirtschaftlichen Produktion 1980 in China um 2,7% gegenüber 1979 gesteigert werden. Dieser Erfolg beruht auf verschiedenen Maßnahmen, die zum Teil schon länger zurückliegen:

– Die Getreideankaufziffern sind seit 1971/75 nicht mehr erhöht worden;
– seit 1979 ist der Ankaufpreis für Getreide um 20% erhöht worden;
– der Ankaufpreis für den Überschuß wurde nochmals um 50% angehoben;
– die Preise für andere Agrarprodukte (Zuckerpflanzen, Tierprodukte usw.) wurden ebenfalls angehoben;
– schließlich wurden die Preise industrieller Produkte für die Landwirtschaft (Traktoren, Kunstdünger usw.) zwischen 1979 und 1980 um 10–15 Prozent gesenkt.

Die Lasten der Bauern konnten also erheblich verringert werden, das Pro-Kopf-Einkommen stieg in den letzten drei Jahren um durchschnittlich 14%. Das für den Wirtschaftsaufbau notwendige Mehrprodukt soll vor allem aus der Leichtindustrie gezogen werden, die Bauern sollen über das landwirtschaftliche Mehrprodukt zur Erweiterung ihrer Produktion selbst verfügen.

Neben den preispolitischen Maßnahmen wurde die Losung „Diversifizierung der Landwirtschaft“ ausgegeben, um zu einer intensiveren Nutzung des Bodens zu kommen. Die alte Losung „Getreide als Hauptkettenglied“ führte zur Monokultur, selbst in ungeeigneten Gebieten mußte Getreide ange-

– Die Getreideankaufziffern sind seit 1971/75 nicht mehr erhöht worden;
– seit 1979 ist der Ankaufpreis für Getreide um 20% erhöht worden;
– der Ankaufpreis für den Überschuß wurde nochmals um 50% angehoben;
– die Preise für andere Agrarprodukte (Zuckerpflanzen, Tierprodukte usw.) wurden ebenfalls angehoben;
– schließlich wurden die Preise industrieller Produkte für die Landwirtschaft (Traktoren, Kunstdünger usw.) zwischen 1979 und 1980 um 10–15 Prozent gesenkt.

Die Lasten der Bauern konnten also erheblich verringert werden, das Pro-Kopf-Einkommen stieg in den letzten drei Jahren um durchschnittlich 14%. Das für den Wirtschaftsaufbau notwendige Mehrprodukt soll vor allem aus der Leichtindustrie gezogen werden, die Bauern sollen über das landwirtschaftliche Mehrprodukt zur Erweiterung ihrer Produktion selbst verfügen.

Neben den preispolitischen Maßnahmen wurde die Losung „Diversifizierung der Landwirtschaft“ ausgegeben, um zu einer intensiveren Nutzung des Bodens zu kommen. Die alte Losung „Getreide als Hauptkettenglied“ führte zur Monokultur, selbst in ungeeigneten Gebieten mußte Getreide ange-

baut werden. Heute werden je nach den örtlichen Bedingungen verschiedene Kulturen angebaut. Dadurch verringerte sich die Anbaufläche für Getreide, aber die Einnahmen der Bauern stiegen. Aus der Provinz Shandong wurde gemeldet, daß auf diese Weise durch höhere Investitionen ein intensiverer Getreideanbau betrieben werden und der Ertrag trotz geringerer Anbaufläche gesteigert werden konnte.

Die dritte Maßnahme nun besteht in einer „Neuorganisierung der Produktion“, der Einführung des Verantwortlichkeitssystems. Entsprechend dem unterschiedlichen Produktionsniveau in der Landwirtschaft sollen verschiedene Formen dieses Systems praktiziert werden. Sie alle dienen dem Zweck, durch Eigenverantwortung die Quantität und Qualität der Produktion zu steigern. Die wichtigsten Formen sind:

1. Das „Haushaltsquotensystem“ (HQS) in besonders rückständigen Gebieten.
2. Bewirtschaftung im Rahmen des Kollektivs; Bezahlung entsprechend der Arbeit; der Einsatz von Maschinerie, der Ernteeinsatz usw. wird vom Kollektiv organisiert. Dieses System soll in Gebieten mit mittlerem Produktionsniveau angewandt werden.
3. Vertragsmäßige Zuteilung bestimmter Arbeiten entsprechend den besonderen Fähigkeiten, Bezahlung nach Produktionsertrag. Diese Form soll in Betrieben der Volkskommune oder Produktionsbrigade mit hoch entwickelten Produktionsniveau angewandt werden.

Die erste Form, das HQS, ist umstritten, da es aufgrund der weiteren Untergliederung der Produktionsgruppe (die ca. 100–150 Menschen umfaßt) in Arbeitsteams (eine Gruppe von Spezialisten), Haushalte und Einzelpersonen verschiedene, mit dem herkömmlichen Verständnis von „Sozialistischer Produktion“ unvereinbare Praktiken hervorbrachte.

Das Haushaltsquotensystem

Wie funktioniert das HQS? Die 1979 neu bzw. wieder eingeführten Einheiten (Arbeitsteam, Haushalt, Einzelperson) können per Dienstvertrag unter Leitung der Produktionsgruppe oder -brigade besondere Aufgaben innerhalb der Kollektivwirtschaft (wie in Fall 2) wahrnehmen, oder sie können in Eigenverantwortung außerhalb der Kollektivwirtschaft produzieren. In diesem Fall müssen sie mit der Produktionsgruppe oder -brigade einen Werksvertrag für ein oder mehrere Jahre abschließen. Dadurch erhalten sie das Nutzungsrecht für bestimmte Produktionsmittel (Ackergeräte, Vieh, Boden usw.). Sie verpflichten sich, in einer bestimmten Zeit eine festgelegte Ertragsquote abzuliefern und einen Teil der Selbstkosten selbst zu tragen. Zum dritten muß der Einsatz der Arbeitskräfte genau definiert werden. Das Kollektiv verpflichtet sich, bei Erfüllung den Lohn zu zahlen und bei Überschüssen eine Prämie zu gewähren. Bei Nichterfüllung des Vertrags gibt es Abzüge vom Lohn.

Schon 1962 hat es in China unter dem Einfluß der Politik Liu Shaoqis ein derartiges System gegeben, das da-

Das Haushaltsquotensystem

Wie funktioniert das HQS? Die 1979 neu bzw. wieder eingeführten Einheiten (Arbeitsteam, Haushalt, Einzelperson) können per Dienstvertrag unter Leitung der Produktionsgruppe oder -brigade besondere Aufgaben innerhalb der Kollektivwirtschaft (wie in Fall 2) wahrnehmen, oder sie können in Eigenverantwortung außerhalb der Kollektivwirtschaft produzieren. In diesem Fall müssen sie mit der Produktionsgruppe oder -brigade einen Werksvertrag für ein oder mehrere Jahre abschließen. Dadurch erhalten sie das Nutzungsrecht für bestimmte Produktionsmittel (Ackergeräte, Vieh, Boden usw.). Sie verpflichten sich, in einer bestimmten Zeit eine festgelegte Ertragsquote abzuliefern und einen Teil der Selbstkosten selbst zu tragen. Zum dritten muß der Einsatz der Arbeitskräfte genau definiert werden. Das Kollektiv verpflichtet sich, bei Erfüllung den Lohn zu zahlen und bei Überschüssen eine Prämie zu gewähren. Bei Nichterfüllung des Vertrags gibt es Abzüge vom Lohn.

Schon 1962 hat es in China unter dem Einfluß der Politik Liu Shaoqis ein derartiges System gegeben, das da-

mals unter den Bezeichnungen „Drei Verträge und eine Belohnung“ oder „Vier Festlegungen“ bekannt war. Mit der Begründung, daß durch die Entstehung neuer Einzelwirtschaften das Kollektiv- und Volkseigentum unter-



„Rückständiges Management“, von Xie Delin, aus: China Daily

graben und damit das ganze sozialistische System in Gefahr sei, wurde das HQS mit Beginn der Kulturrevolution wieder abgeschafft. Die Gruppe um Liu Shaoqi hielt dem entgegen, daß es sich bei der Einführung des HQS keineswegs um eine Rückkehr zur Einzelwirtschaft handelte, da sich alles im Rahmen der Produktionsgruppe abspiele, die Produktionsmittel weiterhin Kollektiveigentum seien.

Die gleiche Argumentation *für* das HQS findet sich heute wieder, theoretisch untermauert dadurch, daß ausgehend von der *Wechsel*beziehung zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften auch im Sozialismus die Produktivkräfte einen gewissen Grad erreicht haben müssen, bevor sie Produktionsverhältnissen eines höheren Niveaus entsprechen.



Schon bald nach der euphorischen Zielsetzung der raschen Mechanisierung der Landwirtschaft hatte sich gezeigt, daß diese jedenfalls nicht das Allheilmittel ist. Einerseits war eine Änderung der Agrarpolitik notwendig, andererseits waren andere Maßnahmen dringlicher und rationeller wie etwa Verbesserung der Düngung oder der Sorten. Das Bild zeigt Wissenschaftler in der Nähe von Shanghai bei der klimatologischen Beobachtung in einem Weizen-Experimentierfeld. Die Station bietet ihre Dienste über 100 Einheiten an.

Schon bald nach der euphorischen Zielsetzung der raschen Mechanisierung der Landwirtschaft hatte sich gezeigt, daß diese jedenfalls nicht das Allheilmittel ist. Einerseits war eine Änderung der Agrarpolitik notwendig, andererseits waren andere Maßnahmen dringlicher und rationeller wie etwa Verbesserung der Düngung oder der Sorten. Das Bild zeigt Wissenschaftler in der Nähe von Shanghai bei der klimatologischen Beobachtung in einem Weizen-Experimentierfeld. Die Station bietet ihre Dienste über 100 Einheiten an.

Rahmen der Produktionsgruppe abspiele, die Produktionsmittel weiterhin Kollektiveigentum seien.

Die gleiche Argumentation *für* das HQS findet sich heute wieder, theoretisch untermauert dadurch, daß ausgehend von der *Wechsel*beziehung zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften auch im Sozialismus die Produktivkräfte einen gewissen Grad erreicht haben müssen, bevor sie Produktionsverhältnissen eines höheren Niveaus entsprechen.

Die Anwendung des Haushaltsquotensystems

Die Tatsachen scheinen das zu belegen: Es gibt keine Vorschrift darüber, wo und in welchem Umfang das HQS eingeführt werden soll, sondern nur eine Empfehlung (s.o.). Tatsächlich wird das HQS bis heute nur in rückständigen Gebieten wie z.B. in der Provinz Anhui praktiziert. Dagegen hatten westliche Journalisten in der Provinz Shandong, die im allgemeinen dem mittleren Produktionsniveau zugeordnet wird, erhebliche Schwierigkeiten, nach dem HQS produzierende Einheiten überhaupt anzutreffen. In den hochentwickelten Gebieten zeichnet sich offenbar eine Verschiebung zur höheren Organisationsform, der Volkskommune, ab, wie die Einkommensverteilung der ländlichen Gebiete um Beijing zeigt:

nach dem HQS produzierende Einheiten überhaupt anzutreffen. In den hochentwickelten Gebieten zeichnet sich offenbar eine Verschiebung zur höheren Organisationsform, der Volkskommune, ab, wie die Einkommensverteilung der ländlichen Gebiete um Beijing zeigt:

	Gesamt-einkom.	Volks-kommune	Prod.-brigade	Prod.-gruppe
1978	100	31	30	39
1979	100	33	31	36
1980	100	33	32	35

„Kapitalistische Auswüchse“

Trotzdem scheinen einige Zeitungsmeldungen auch der Argumentation der Gegner des HQS Recht zu geben.

Dem theoretischen Organ der KP Chinas, „Rote Fahne“, war im letzten Jahr zu entnehmen, daß sich in der Provinz Gansu neben dem oben beschriebenen HQS eine Form der Eigenverantwortung herausgebildet hat, die auf *Private*igentum an Produktionsmitteln beruht. Kleinunternehmer könnten mit Eigenkapital produzieren, wenn das Kapital Produkt der eigenen Hände Arbeit sei. Es dürfte aber keine weitere Person „ausgebeutet“ und keine „Spekulation“ betrieben oder andere *illegale* Geschäfte gemacht werden. Selbst diese als „illegal“ bezeichneten „Einschränkungen“ scheinen ein Jahr später eine andere Bedeutung bekommen zu haben und sind aufgehoben in einem Fall aus der Provinz Guangdong, der die letzten Wochen die Spalten der „Volkszeitung“ füllte:

Im Jahre 1979 hatte der Bauer Chen mit seiner Produktionsgruppe einen Vertrag über die Nutzung eines Fischteiches abgeschlossen. Im ersten Jahr mußte Chen 1700 Yuan an die Produktionsgruppe abführen, 3100 Yuan hatte er übrig. Im nächsten Jahr wurde der Teich vergrößert, Chens Profit stieg auf 7250 Yuan. 1981 wurde die Größe des Teiches nochmal verdoppelt, und Chen wurde vertraglich verpflichtet, Ende 1981 50923 Yuan an die Produktionsgruppe abzuführen. Inzwischen hatte er aber mit einer anderen Produktionsgruppe einen zweiten Vertrag über die Nutzung eines weiteren Teiches abgeschlosen, der ihm 1980 zusätzlich 4500 Yuan eingebracht hatte. Da aus seiner Familie nur er selbst und seine Frau körperlich arbeiten können, heuerte er Arbeiter an. 1980 stellte er gelegentlich Arbeiter für insgesamt 400 Arbeitstage ein. Dieses Jahr nahm er 5 Arbeiter fest unter Vertrag und will vorübergehend noch weitere Arbeitskräfte für insgesamt 1000 Arbeitstage einstellen.

Die Auseinandersetzung in der „Volkszeitung“ drehte sich nun um die Frage, ob es sich hierbei um Ausbeutung handelt oder nicht. In einigen Leserbriefen wurde erklärt, daß die Einstellung von Arbeitern in jedem Fall Ausbeutung sei und sich daher nicht mit der sozialistischen Gesellschaft vertrage. Insbesondere die Tatsache, daß Chen 1980 jeden Arbeiter täglich mit 3 Yuan entlohnte, für sich selbst aber 4,08 Yuan einbehalten habe, zeige, daß er sich einen Teil der von den Arbeitern produzierten Werte angeeignet habe.

Die andere Auffassung ist, daß Chen nicht ausbeutet wie ein Privatunternehmer, da er mit dem Kollektiv einen Nutzungsvertrag abgeschlossen habe und die Teiche weiterhin Kollektiveigentum seien. Der Löwenanteil des Ertrages ginge ja auch an das Kollektiv: Letztes Jahr mußte Chen 57% seines Profits an die Produktionsgruppe abführen; darüber hinaus müssen die bei Chen beschäftigten Arbeiter von ihrem Lohn ebenfalls einen Teil der Produktionsgruppe geben. Außerdem würden die Arbeiter bei Chen mehr verdienen als die vom Kollektiv beschäftigten. Schließlich sei die Arbeit Chens komplizierter (Verwaltung usw.), und der müsse dementsprechend auch mehr verdienen.

Vor wenigen Wochen wurde diese Auseinandersetzung mit einem „grundlegenden“ Artikel in der „Volkszeitung“ beendet, zumindest vorläufig. Der Artikel schloß sich obiger Argumentation an und bezeichnete die Einstellung und Bezahlung von Arbeitern wie bei Chen als eine „besondere Form der Arbeitsorganisation und Methode der Entlohnung“, die sich andere Betriebe, deren Management schlecht sei, zu eigen machen sollten. Dies habe nichts mit Ausbeutung zu tun. Chen trage ja auch ein gewisses Risiko (!) – bei Naturkatastrophen usw. –, er müsse daher auch mehr verdienen.

Egal wie man zu diesem Fall steht, so scheint doch die Argumentation der „Volkszeitung“ recht billig. Das eigentliche Problem, die Einstellung von Arbeitern durch eine Privatperson, wird mit dem Hinweis, daß der, der „mehr arbeitet, auch mehr essen soll“, umschifft. Sicher ist zumindest, daß das vorher beteuerte Argument, das HQS funktioniere *innerhalb* des kollektiven Rahmens, hier außer Kraft gesetzt ist, da die Arbeiter nicht vom Kol-

die Arbeiter bei Chen mehr verdienen als die vom Kollektiv beschäftigten. Schließlich sei die Arbeit Chens komplizierter (Verwaltung usw.), und der müsse dementsprechend auch mehr verdienen.

Vor wenigen Wochen wurde diese Auseinandersetzung mit einem „grundlegenden“ Artikel in der „Volkszeitung“ beendet, zumindest vorläufig. Der Artikel schloß sich obiger Argumentation an und bezeichnete die Einstellung und Bezahlung von Arbeitern wie bei Chen als eine „besondere Form der Arbeitsorganisation und Methode der Entlohnung“, die sich andere Betriebe, deren Management schlecht sei, zu eigen machen sollten. Dies habe nichts mit Ausbeutung zu tun. Chen trage ja auch ein gewisses Risiko (!) – bei Naturkatastrophen usw. –, er müsse daher auch mehr verdienen.

Egal wie man zu diesem Fall steht, so scheint doch die Argumentation der „Volkszeitung“ recht billig. Das eigentliche Problem, die Einstellung von Arbeitern durch eine Privatperson, wird mit dem Hinweis, daß der, der „mehr arbeitet, auch mehr essen soll“, umschifft. Sicher ist zumindest, daß das vorher beteuerte Argument, das HQS funktioniere *innerhalb* des kollektiven Rahmens, hier außer Kraft gesetzt ist, da die Arbeiter nicht vom Kol-

lektiv, sondern vom Haushalt bzw. einer Einzelperson eingestellt werden. Dies war einer der 3 Punkte des HQS-Vertragsinhaltes (Definierung des Einsatzes von Arbeitskräften).

Aus der Provinz Jiangsu wurde gar berichtet, daß einige Kader das Selbstverantwortlichkeitssystem nicht richtig verstanden hätten und bereits das Land parzelliert haben, um es an die Haushalte zu verteilen.

Diese in den 60er Jahren von den Gegnern des HQS als „kapitalistischer Auswuchs“ kritisierten Fälle werden in der chinesische Presse breit diskutiert. In der heutigen Praxis sind sie aber eine Ausnahme. Oskar Weggel von „China Aktuell“ prognostiziert: „Doch darf man, wenn man die Erfahrungen von 1960 ff. hier heranzieht, davon ausgehen, daß das HQS nicht nur auf arme Gebiete beschränkt bleibt, sondern inzwischen auch schon weitere Kreise gezogen hat. Wird nämlich die Effizienz zum Hauptgesichtspunkt erhoben, so dürften auch Bauern in den wohlhabenderen Gegenden geneigt sein, ihr ‚Denken zu befreien‘.“ Eine solche Tendenz ist bis jetzt nicht eingetreten. Im Gegenteil, das HQS wird von der chinesischen Presse propagiert; ob es allerdings auch auf wohlhabendere Gebiete ausgedehnt wird, ist heute Spekulation.

Quellen:
Beijing Rundschau, Nr. 49/80, 11/81, 39/81
China im Aufbau, Nr. 10/81
China Aktuell, Juli 81
Far Eastern Economic Review, 9.–15.10.81
China Daily, vom 4.9., 12.9., 15./16.9.81
Hongqi, Nr. 22/80
Jingji Guanli, Nr. 9/81
Xuexi yu Yanjiu, Nr. 1/81



Rund 1300 Beschäftigte der Textil- und Bekleidungsindustrie aus der Grafschaft und Gronau nahmen an der Demonstration der GTB in Bonn teil.

Kolumbianische Seeleute beenden Streik nach 123 Tagen

kvz.Hamburg. Wie berichtet, waren seit dem 6. Juli 60 Seeleute in den Streik getreten für die Erhöhung der Heuern und die Einbeziehung der Familienangehörigen in die Krankenversicherung. Im Laufe des Streiks mußten auch Forderungen gegen die 104 Entlassungen und angedrohte Repressalien – auf Antrag der kolumbianischen Reederei erklärte die kolumbianische Regierung den Streik für gesetzwidrig – erhoben werden. Die Frauen in Kolumbien unterstützten den Streik. Weltweit hatte die Gewerkschaft Unimar 17 Schiffe der größten kolumbianischen Reederei „Flota Mercante Grancolumbiana" bestreikt. Da die Schlichtungskommission in Kolumbien tagt, hatte die Gewerkschaft Unimar ab letzten Freitag zum Streikende aufgerufen. Die ÖTV hat in Hamburg ein „Sonderkonto kolumbianische Seeleute" eingerichtet:
Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Konto-Nr. 1.291.505.600, Bankleitzahl: 200.101.11.

Kursänderung bei der IG Chemie?

doe.Darmstadt. Im Zusammenhang mit den Betriebsratswahlen 1981 kam es in ca. 45 Chemiebetrieben zur Bildung von Kandidatenlisten ohne Genehmigung der Vertrauenskörperleitungen und der Verwaltungsstellenvorstände. Etwa 300 Ausschlußverfahren sollte dies zur Folge haben. Zahlreiche Kollegen haben gegen die Ausschlußverfahren Gerichtsprozesse gegen die IG Chemie geführt. Nach der jüngsten Rechtssprechung des Bundesgerichtshofs „können die Rechte des einzelnen Arbeitnehmers aus dem Betriebsverfassungsgesetz nicht durch das Organisationsrecht einer Gewerkschaft eingeschränkt werden". Gezwungen durch

widrig – erhoben werden. Die Frauen in Kolumbien unterstützten den Streik. Weltweit hatte die Gewerkschaft Unimar 17 Schiffe der größten kolumbianischen Reederei „Flota Mercante Grancolumbiana" bestreikt. Da die Schlichtungskommission in Kolumbien tagt, hatte die Gewerkschaft Unimar ab letzten Freitag zum Streikende aufgerufen. Die ÖTV hat in Hamburg ein „Sonderkonto kolumbianische Seeleute" eingerichtet:
Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Konto-Nr. 1.291.505.600, Bankleitzahl: 200.101.11.

Kursänderung bei der IG Chemie?

doe.Darmstadt. Im Zusammenhang mit den Betriebsratswahlen 1981 kam es in ca. 45 Chemiebetrieben zur Bildung von Kandidatenlisten ohne Genehmigung der Vertrauenskörperleitungen und der Verwaltungsstellenvorstände. Etwa 300 Ausschlußverfahren sollte dies zur Folge haben. Zahlreiche Kollegen haben gegen die Ausschlußverfahren Gerichtsprozesse gegen die IG Chemie geführt. Nach der jüngsten Rechtssprechung des Bundesgerichtshofs „können die Rechte des einzelnen Arbeitnehmers aus dem Betriebsverfassungsgesetz nicht durch das Organisationsrecht einer Gewerkschaft eingeschränkt werden". Gezwungen durch diese Entscheidung hat der Hauptvorstand der IG Chemie in rd. 100 Fällen die Ausschlüsse in Funktionsverbote umgewandelt. Am Kurs der IG Chemie hat sich damit nichts geändert. Einjährige Funktionsverbote (FB) wurden für „einfache" Mitglieder verhängt (18 im Hoechst-Stammwerk, 7 bei Kalle Wiesbaden), FB bis Ende 1984, also *nach* dem Zeitpunkt der nächsten Betriebsratswahlen, für solche Mitglieder, die in der Gewerkschaft Verantwortung trugen, d.h. Vertrauensleute waren oder in Leitungsfunktionen (Hoechst-Stammwerk ein Kollege, Kalle Wiesbaden 19 Kollegen). Ausgeschlossen wird weiterhin, wer für die radikale Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft kämpft, sich zu den Zielen des Kommunismus bekennt. So sind die politischen Ausschlüsse geblieben: Ein Kollege im Hoechster Stammwerk, ein Kollege bei Kalle, 23 Jahre Mitglied der SPD. Auch wer mit solchen Arbeitern und Angestellten kandidiert, und sich gerade nicht von Kommunisten distanziert, bleibt weiterhin aus der IG Chemie ausgeschlossen. So im Fall Röhm Darmstadt, wo 5 Kollegen von solchen Ausschlüssen betroffen sind.

Streik im Dudenverlag gegen Niedriglohn

kvz.Mannheim. Seit dem 6. November wird beim Dudenverlag gestreikt. Die HBV will damit der Niedriglohnzahlung entgegentreten. Im Frühjahr 1980 gab es ergebnislose Verhandlungen mit der Geschäftsleitung durch die HBV, während die DAG einen „Billigabschluß" abmachte. Schon damals gab es erste Warnstreiks. Unter Druck wurden dann Ende April 1981 ein Verlagszuschlag von 10% plus Strukturverbesserungen oder 15% auf den DAG-Abschluß vereinbart. Schon einige Tage nach Vertragsabschluß traten die Kapitalisten vom Vertrag zurück mit der Begründung, der Präsident habe ohne Vollmacht gehandelt. Am 19. Mai wurde dann die Belegschaft vom Kapitalisten über seinen Austritt aus dem Arbeitgeberverband Buchhandel und Verlage unterrichtet. Mit dem Eintritt in den Arbeitgeberverband Groß- und Einzelhandel sollte gleichzeitig ein niedrigerer Tarif für die gesamte Belegschaft in Anschlag gebracht werden. Eine vom Kapitalisten angestrengte Arbeitsgerichtsklage gegen den Streik wurde ein Flop. Die HBV führte den Streik jetzt weiter bis zu einem angemessenen Haustarifvertrag auf der Basis der Buchhandelstarife.

Postverwaltung unter Druck 6000 werden neu eingestellt

kvz. Die Mehrheit des Verwaltungsrates hat den Plan gebilligt, bei der Post 1982 6000 Arbeitskräfte einzustellen. Gegen die Stimmen der der CDU/CSU angehörenden Verwaltungsratsmitglieder Blüm, Riedl, Holkenbrink, Westphal und Windelen wurde dies beschlossen. Die Mehrheit des Verwaltungsrates vertrat die Auffassung, das entspreche der wachstumsorientierten Entwicklung im Fernmeldewesen. Damit hat die Postgewerkschaft ihre Vorstellungen weitgehend durchgesetzt.

Arbeitsplatzabbau bei DeTeWe

bes.Westberlin. Auf der letzten Betriebsversammlung wurden größere Entlassungen angekündigt: ca. 20 Leute aus dem Zusammenbau, vorwiegend aus der Baugruppenfertigung; 20 aus der Vorfertigung und 30 aus der Qualitätssicherung. Im nächsten Jahr sollen

drigerer Tarif für die gesamte Belegschaft in Anschlag gebracht werden. Eine vom Kapitalisten angestrengte Arbeitsgerichtsklage gegen den Streik wurde ein Flop. Die HBV führte den Streik jetzt weiter bis zu einem angemessenen Haustarifvertrag auf der Basis der Buchhandelstarife.

Postverwaltung unter Druck 6000 werden neu eingestellt

kvz. Die Mehrheit des Verwaltungsrates hat den Plan gebilligt, bei der Post 1982 6000 Arbeitskräfte einzustellen. Gegen die Stimmen der der CDU/CSU angehörenden Verwaltungsratsmitglieder Blüm, Riedl, Holkenbrink, Westphal und Windelen wurde dies beschlossen. Die Mehrheit des Verwaltungsrates vertrat die Auffassung, das entspreche der wachstumsorientierten Entwicklung im Fernmeldewesen. Damit hat die Postgewerkschaft ihre Vorstellungen weitgehend durchgesetzt.

Arbeitsplatzabbau bei DeTeWe

bes.Westberlin. Auf der letzten Betriebsversammlung wurden größere Entlassungen angekündigt: ca. 20 Leute aus dem Zusammenbau, vorwiegend aus der Baugruppenfertigung; 20 aus der Vorfertigung und 30 aus der Qualitätssicherung. Im nächsten Jahr sollen weitere Entlassungen vonstatten gehen. Die jetzt angekündigten Entlassungen werden in Etappen erfolgen, damit kein Sozialplan aufgestellt werden muß. Zugleich werden in allen Vorfertigungsabteilungen Überstunden gemacht. Seit einigen Monaten gilt der Einstellungsstopp, freigewordene Stellen werden nicht mehr besetzt, es sei denn in der Verwaltung oder dringend benötigte Facharbeiter. Insbesondere Facharbeiter kündigen von sich aus, da sie woanders mehr Geld verdienen können. Zulagen außerhalb der Tarifrunde sind derzeit faktisch undurchsetzbar. Nach Aussagen der Geschäftsleitung ist der voraussichtliche Umsatz nur um 1,8% hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Für die Arbeiter und Angestellten bei DeTeWe zeigt dieser neue Angriff auf die Arbeitsbedingungen, daß der zu niedrige Tarifabschluß 1981 (4,9% brutto/3,7% netto) weder die Inflationsrate (derzeit bei 6,3%) noch die Arbeitshetze aufgehalten hat. Die AL plant zum Arbeitsplatzabbau bei DeTeWe eine Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg. Dort sollen die Forderungen nach Verabschiedung ihres Beschäftigungsprogrammes und Subventionen nur mit der Auflage von Arbeitsplatzsicherung, Arbeitsplatzerhalt und Neuschaffung von Arbeitsplätzen untermauert werden. Mit umfangreichen Steuergeschenken wurden die Rationalisierungen und Sanierungen bei DeTeWe bezahlt. So wurden allein in den letzten 5 Jahren 83,4 Mio. DM Abschreibungen gemacht. Der Fabrikneubau (neue Fertigungsstraßen, neue Maschinen) mit insgesamt über 60 Mio. DM wurde zum großen Teil aus dem Berlin-Förderungsgesetz bestritten.

Gewerkschaft Textil-Bekleidung

„Aktion sichere Arbeitsplätze"

jüb.Nordhorn. Am 21.11. hatte die Gewerkschaft Textil-Bekleidung unter dem Motto „Mein Arbeitsplatz muß bleiben – Für ein besseres Welttextilabkommen" zu einer Kundgebung nach Bonn aufgerufen. Gut 20000 Textil- und Bekleidungsarbeiter waren diesem Aufruf gefolgt. Redner auf der Kundgebung waren der GTB-Vorsitzende Keller sowie G. Stephan vom DGB-Vorstand. Buhmann auf der Kundgebung war Lambsdorff. Dieser hatte am Vorabend der Kundgebung der GTB gegenüber erklärt: „Die Bundesregierung müsse in außenwirtschaftlicher Gesamtverantwortung handeln, d.h. berücksichtigen, daß die Bundesrepublik ein exportabhängiges Land sei, das durch Störungen im Welthandel, beispielsweise im Textil- und Bekleidungsmarkt, empfindlich getroffen werde." (FAZ, 21.11.1981)

Die wesentlichen Forderungen der GTB sind demgegenüber:

- Senkung der jährlichen Importzuwachsrate von 6% auf maximal 1,5%
- Die sogenannten „Schwellenländer" wie Hongkong, Taiwan oder Südkorea sollen zugunsten von „wirklichen" Entwicklungsländern auf Teile ihrer bisherigen Ausfuhrkontingente verzichten.
- In das Welttextilabkommen soll eine Sozialklausel eingebaut werden, welche die Länder der Dritten Welt auf Einhaltung bestimmter Arbeitsbedingungen wie Bezahlung, Arbeitszeit usw. verpflichtet.

Die GTB geht davon aus, daß „der Verlust von 350000 Arbeitsplätzen in der Textil- und Bekleidungsindustrie in den letzten 12 Jahren überwiegend auf das sprunghafte Anwachsen der Textil- und Bekleidungsimporte aus Niedriglohnländern zurückzuführen ist" (aus dem zentralen Flugblatt der GTB). Dies muß man bezweifeln. In einer früheren Untersuchung geht die GTB selbst davon aus, daß von den zwischen 1957 und 1978 verlorengegangenen 280000 Arbeitsplätzen 95000 unmittelbar durch Einfuhrüberschüsse bedingt sind, der Rest durch Rationalisierung bzw. durch Kapitalexport und damit verbundener Auslagerung von Produktion in Länder der Dritten Welt. Ein Indiz dafür ist auch, daß die mengenmäßige Produktion von Textilien in den letzten 10 Jahren in der Bundesrepublik nicht zurückgegangen ist.

Auf der Kundgebung hat der GTB-Vorsitzende Keller sich gegen den Vorwurf des Protektionismus verwahrt. Er sei aber gegen Wettbewerbsverzerrungen auf Grundlage von Hungerlöhnen, Verbot freier Gewerkschaften, 60-Stunden-Woche und Kinderarbeit, die in der BRD mit dem Verlust von Arbeitsplätzen bezahlt würden. Warum aber dann nicht den tatsächlichen Gegner nennen? So wurden seit Anfang der 60er Jahre in vielen Ländern der Dritten Welt sogenannte Freihandels- bzw. freie Produktionszonen (Kennzeichen: unbeschränkter Gewinntransfer, Steuerbefreiung, Anti-Streikgesetze) geschaffen, die ausschließlich Kapitalisten aus Industrieländern zur Verfügung stehen. Die hier produzierten Waren werden in der Regel in das Stammland des Kapitalisten reimportiert. Der Anteil dieser Reimporte an den Gesamteinfuhren der BRD betrug 1978 laut Gesamttextil 25%.

So waren von den 188000 Arbeitsplätzen, die im Zeitraum von 1963 bis 1974 in der Textil- und Bekleidungsindustrie in Südkorea neu entstanden, 40000 unmittelbar von ausländischen Unternehmen, im wesentlichen Japan und USA, der größte Teil des Restes bestand aus sogenannten Gemeinschaftsunternehmen, d.h. ausländische Unternehmen fungieren im wesentlichen als Geldgeber.

Daß auch die BRD-Textil- und Bekleidungskapitalisten mit den elendigen Arbeitsbedingungen in den freien Produktionszonen in Ländern der Dritten Welt ihren Schnitt machen wollen, zeigt das Beispiel Tunesien: Von den 220 Bekleidungsfirmen, die hier in den letzten fünf Jahren entstanden, sind fast 40% bundesdeutsche Kapitalisten, die in der BRD ihre entsprechenden Werke halt geschlossen haben.

Warum fordert aber dann die GTB nicht ein Verbot dieses Kapitalexports von der Bundesregierung, statt von ihr zu verlangen, daß sie über die Einhaltung von bestimmten Arbeitsbedingungen in diesen Ländern wachen soll? Heißt das nicht, den Bock zum Gärtner zu machen, wenn man die Regierung dieser Kapitalexporteure zum Wächter über Regierungen der Entwicklungsländer macht, statt die Kapitalexporteure selbst anzugreifen?

(Literaturhinweis: Hermann-J. Wirtz u.a.: Kleider machen Leute – Leute machen Kleider. Baumwolle, Textilien und Bekleidung in der Weltwirtschaft)



ne Sozialklausel eingebaut werden, welche die Länder der Dritten Welt auf Einhaltung bestimmter Arbeitsbedingungen wie Bezahlung, Arbeitszeit usw. verpflichtet.
Die GTB geht davon aus, daß „der Verlust von 350000 Arbeitsplätzen in der Textil- und Bekleidungsindustrie in
bzw. freie Produktionszonen (Kennzeichen: unbeschränkter Gewinntransfer, Steuerbefreiung, Anti-Streikgesetze) geschaffen, die ausschließlich Kapitalisten aus Industrieländern zur Verfügung stehen. Die hier produzierten Waren werden in der Regel in das Stammland des Kapitalisten reimpor-
ner zu machen, wenn man die Regierung dieser Kapitalexporteure zum Wächter über Regierungen der Entwicklungsländer macht, statt die Kapitalexporteure selbst anzugreifen?
(Literaturhinweis: Hermann-J. Wirtz u.a.: Kleider machen Leute – Leute machen Kleider. Baumwolle, Textilien und Bekleidung in der Weltwirtschaft)



800 gegen Rekrutengelöbnis im Betrieb

IG Metall-Verwaltungsstelle Mainz unterstützt die Demonstration

siw.Rockenhausen. Am Montag, dem 23.11.1981 abends, demonstrierten ca. 800 Menschen gegen das am folgenden Tag stattgefundene Gelöbnis von 250 Rekruten auf dem Werksgelände der Firma Keiper in Rockenhausen, ca. 30 km von Kaiserslautern entfernt im Alsenztal gelegen. Über die vorausgegangene Auseinandersetzung berichteten wir bereits in der KVZ Nr. 46. Mitglieder der IG Metall-Jugend aus Ludwigshafen, der IG Metall-Verwaltungsstelle Mainz, verschiedener politischer Organisationen sowie des Friedenskomitees aus Rockenhausen, Kirchheimbolanden, Kaiserslautern und Worms nahmen an der Demonstration teil. Die Forderungen, die auf Transparenten mitgetragen wurden, richteten sich gegen Bundeswehrgelöbnisse in Betrieben, gegen Gelöbnisse, die nur dem Profit des Kapitals nützen, sowie gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft. Als der Zug am Werksgelände vorbeikam, waren die Tore verschlossen. Ein Teil der Beschäftigten diskutierte vor dem Eingang mit den Demonstranten. Auf der Abschlußkundgebung sprach der Bevollmächtigte der IG Metall Bad Kreuznach, Kurt Vittinghoff. Er beklagte die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, erinnerte an die verheerenden Ergebnisse der zwei Weltkriege. Betriebsgelöbnisse haben Züge von preußischem Kasernengeist und Faschismus an sich, meinte er. Er betonte, daß sich die Demonstration nicht gegen die Beschäftigten von Keiper, die Bevölkerung von Rockenhausen, auch nicht gegen die Bundeswehr richtete (hier gab es verschiedene Proteste). Er wies darauf hin, daß sich die Gewerkschaften verstärkt mit der Lage der Soldaten in den Kasernen befassen müßten. Den Beschäftigten von Keiper könne man deshalb keine Schuld an dem Gelöbnis geben, da sie aufgrund der in diesem Gebiet äußerst angespannten Arbeitsmarktlage stark unter Druck sind (der Automobilzulieferbetrieb Keiper mit 1200 Beschäftigten ist der einzige größere Betrieb in Rockenhausen und weiterer Umgebung). Er übte aber scharfe Kritik am Betriebsratsvorsitzenden, selbst IG Metall-Mitglied, der ausdrücklich das Betriebsgelöbnis begrüßt und der Bezahlung von 30000 DM aus dem betrieblichen Sozialfonds dazu zugestimmt hatte. Vittinghoff warnte die Jugendlichen, die meinten, in neofaschistischen Organisationen die Lösung ihrer Probleme finden zu können, richtete aber auch die Aufforderung an den DGB, sich verstärkt mit den Problemen der Jugendlichen, vor allem auch der arbeitslosen, zu befassen.

Daß Bundesminister Apel seine Teilnahme an dem Betriebsgelöbnis absagte, ist sicher den Protesten vor allem der IG Metall zu verdanken. Das Gelöbnis selbst wurde nicht, wie vorher geplant, auf dem städtischen Parkplatz am Werkstor durchgeführt, sondern hinter verschlossenen Toren im Werk selbst, abgeschirmt durch Polizeikräfte. Der Zeitpunkt 12 Uhr war so gewählt, daß vor allem die Schüler der umliegenden Schulen nicht dorthin kommen konnten. Ca. 100 Personen protestierten vor dem Werkstor.

Dennoch hat sich meines Erachtens auch eine gewisse Lähmung und Unsicherheit gegenüber dem Protest gezeigt, vor allem bedingt durch die Tatsache, daß eine Aggression durch die Sowjetunion nicht ausgeschlossen ist und daß die Bundeswehr nicht einfach in der Tradition der alten Wehrmacht steht.

Der Pferdefuß dabei ist, daß die Bourgeoisie dieses Verteidigungsbewußtsein gegenüber Supermächten dazu nutzt, selbst in Betrieben Rekruten aus Kasernen auf die kapitalistische Eigentumsordnung hin zu vereidigen. Ein Arbeiter von Keiper meinte, er sei zwar nicht gegen Militär zur Verteidigung gegenüber fremden Mächten, aber gegen den Polizeiterror, um die Startbahn West durchzusetzen.

CGIL-Kongreß beschließt fragwürdiges Konzept zur Inflations- und Krisenbekämpfung

mah. Als Lama, Generalsekretär der CGIL – des größten italienischen Gewerkschaftsverbandes mit kommunistisch-sozialistischer Richtung –, vor dem Nationalkongreß seines Verbandes zu reden begann, war die Spannung in der gesamten politischen Landschaft Italiens groß. Die Brennpunkte hießen: Wie wird der Generalsekretär zum Vorschlag nach einem „Antiinflationspakt“ seitens des Ministerpräsidenten Spadolini Stellung nehmen? Was soll aus der „scala mobile“ (automatischer Inflationsausgleich für Löhne und Gehälter) werden? Bleibt die CGIL-Parole weiterhin „Die ‚scala mobile‘ wird nicht angetastet“? Wie wird der Kongreß sich auf die gespannten Beziehungen zwischen den drei Gewerkschaftsverbänden CGIL, CISL und UIL einerseits und zwischen Gewerkschaftsführung und Basis in den Betrieben andererseits auswirken?



Ca. 1500 Delegierte vertraten auf dem Nationalkongreß der CGIL über 4½ Millionen Mitglieder. Der Slogan des Kongresses: „Die Kräfte der Arbeit vereinen, um die Gesellschaft zu ändern.“

Die Spannung auf Lamas Rede war gerechtfertigt; das Konzept, das er aus der Tasche zog, ist allerdings neu und setzt ein Zeichen in der Geschichte der italienischen Gewerkschaftsbewegung. Ein Zeichen, das nicht geringe Gefahren in sich birgt und m.E. von der gegenwärtigen strategischen Schwäche der Gewerkschaftsbewegung, besonders ihres linken Flügels, zeugt.

Lamas Vorschlag geht davon aus, daß die gegenwärtige Inflation (19%) und Rezession die beiden Hauptfeinde der italienischen Werktätigen sind; er versteht seinen Vorschlag zugleich als Diskussionsplattform mit den anderen Gewerkschaftsverbänden. Hier die wichtigsten Punkte:

1. Die nominellen Lohn- und Gehaltserhöhungen (die sich in Italien zusammensetzen aus den Zuwächsen durch den Inflationsausgleich und aus tarifvertraglichen Erhöhungen, die alle drei Jahre ausgehandelt werden), die im Rahmen der von der Regierung für 1982 angestrebten „gedämpften“ Inflationsrate von 16% bleiben, sollen nicht in die Steuerprogression fallen; somit entspricht die Erhöhung netto – nicht nur brutto – 16%.
2. Lohn- und Gehaltserhöhungen, die über 16% hinausgehen, sollen zwar formell möglich sein, faktisch jedoch durch eine stärkere Besteuerung, „die ihren substantiellen Wert wesentlich vermindert“ und durch eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge „unattraktiv“ gemacht werden.
3. Unternehmen, deren Arbeitskosten nicht über 16% steigen, sollen zusätzlich dadurch entlastet werden, daß die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitgeberseite teilweise vom Staat übernommen und dem Kapitalisten „erlassen“ werden.
4. Sollten jedoch die Unternehmer die Preise ihrer Waren über die angepeilte Inflationsrate von 16% hinaus anheben, werden sie durch eine Aufhebung der o.g. Entlastung „bestraft“ und müssen zusätzlich mit einer Erhöhung ihres Anteils an den Sozialversicherungsbeiträgen rechnen.

Das ist das, was Lama die „Quadratur des Kreises“ genannt hat: einerseits soll damit die reale Kaufkraft der Löhne und Gehälter – speziell für die unteren Einkommen – garantiert werden; andererseits soll die Preistreiberei bekämpft und dadurch auch die Lage der italienischen Wirtschaft auf dem internationalen Markt verbessert werden.

Die italienische Bourgeoisie reagierte differenziert: Ministerpräsident Spadolini, der auf dem Kongreß sprach, kritisierte an Lamas Vorschlag v.a., daß er – durch den Wegfall der Steuerprogression für die Lohnzuwächse bis 16% und durch den Erlaß des zusätzlichen Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen – das Milliardendefizit in den Staatskassen noch erhöhen würde. Gleichzeitig zeigte er Genugtuung darüber, daß Lama bemüht sei, ein Stück „Verantwortung zur Bekämpfung der Krise“ mit zu übernehmen. Der Kapitalistenverband Confindustria teilte einerseits die Kritik Spadolinis und fand an dem Vorschlag außerdem verdächtig, daß er den Gesetzen des Marktes und der freien Konkurrenz zu starke Schranken setzen würde. Unakzeptabel ist für die Kapitalisten außerdem, daß in Lamas Konzept der automatische Inflationsausgleich – den sie in ihrer Strategie als ein Haupthindernis zur Lohndrückerei beseitigen wollen – nicht wesentlich angetastet wird. Die Regierungs-Sozialisten schließlich feierten begeistert die „Hinwendung der CGIL zu einer reformistischen Gewerkschaft“ als historisches Ereignis.

Die Reaktionen der meisten Delegierten waren zunächst kühl, die des linken Flügels direkt kritisch. „Wo bleibt da, außer auf dem Papier, der Spielraum für Tarifautonomie?“ „Wer glaubt denn dran, daß die Inflationsrate wirklich 16% nicht übersteigen wird?“ „Und eine Einschränkung der ‚scala mobile‘ ist es doch!“ – das waren die Einwände vieler Delegierter. Nach einer nächtlichen Sitzung Lamas mit den beiden Vertretern des linken KPI-Flügels in der CGIL, Trentin und Garavini, kam der Kompromiß dann doch zustande: das Lama-Dokument wurde um einige „Erläuterungen“ ergänzt, die eine Betonung der Garantie der Tarifautonomie, des „freien Funktionierens“ des Inflationsausgleichs auch weiterhin und der Notwendigkeit von Regierungsmaßnahmen zur Dämpfung der Inflationsrate bis auf 16% beinhalten, die wesentlichen Vorschläge von Lama jedoch nicht ändern. Das dem Kongreß so vorgelegte Dokument wurde schließlich mit überwältigender Mehrheit angenommen (1046 dafür, 83 dagegen, 39 Enthaltungen). Dagegen stimmte v.a. die sogenannte „Neue Linke“, vertreten hauptsächlich durch Democrazia Proletaria und Partito Di Unità Proletaria, plus einige wenige KPI-Delegierte.

Die Hauptschwäche der Opposition bestand darin, daß sie zwar berechtigte Kritik jedoch kein überzeugendes Gegenkonzept vorlegen konnte. Tatsächlich ist die Wirtschaftslage in Italien inzwischen in nahezu allen Branchen katastrophal: über 2000000 Arbeitslose, 337 Millionen Kurzarbeitsstunden von Januar bis Juli 1981, 7000 Milliarden Lire Staatsdefizit, 36000 Milliarden Lire internationale Kredite, eine Inflationsrate um 19%. Die Position der Gewerkschaften ist zudem sicherlich nicht die, Kämpfe einfach durchziehen zu können; die Streikbeteiligung in entscheidenden Werken wie z.B. Fiat war in letzter Zeit niedrig, die Sorge um die Arbeitsplätze real.



Von links nach rechts: Lama, Generalsekretär der CGIL; Benvenuto, Generalsekretär der UIL (sozialistisch-sozialdemokratischer Richtung); Carniti, Generalsekretär der CISL (christdemokratischer Richtung) auf dem CGIL-Kongreß. Benvenuto und Carnitit äußerten sich interessiert jedoch zurückhältend gegenüber dem Vorschlag des CGIL-Sekretärs, Lama.

In dieser Situation kommt man sowieso nicht umhin, sich als Gewerkschaft die Fragen zu stellen, die Lama auch dem Kongreß gestellt hat: wie die Inflation bekämpfen? Wie den Massenentlassungen und der Massenkurzarbeit entgegentreten? Trotzdem ist seine Antwort m.E. sehr riskant für die italienischen Lohnabhängigen. Tatsächlich gibt es gegenwärtig kein Anzeichen dafür, daß die Inflationsrate gestoppt oder gar zurückgeschraubt werden könnte. Die Versuche der Regierung, einen Preisstopp in einigen Bereichen zu erwirken, sind halbherzig und im wesentlichen erfolglos geblieben. Das Sich-Festlegen der Gewerkschaften auf Lohnerhöhungen, die nicht 16% übersteigen, könnte Reallohnsenkungen bedeuten, die besonders für die unteren Einkommensgruppen kaum noch erträglich wären, und faktisch die Tarifautonomie unterhöhlen. Ein Programm zu Eindämmung der Arbeitslosigkeit existiert nicht; die italienischen Kapitalisten gehen auf harten Kurs und die Position der Gewerkschaften, z.B. um eine Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, ist äußerst schwach. Ungerechtigkeiten in der Besteuerung der Einkommen werden nicht angetastet. Das sind auch die Gründe, warum die „CGIL-Linke“ nach Abschluß des Kongresses mahnte: „Wir werden uns in den Betrieben wiedersehen, da wird sich zeigen, ob die Lama-Linie durchkommt.“

Tatsächlich hat die Linke zumindest durchgesetzt, daß – bevor mit den anderen Gewerkschaftsverbänden oder gar mit der Regierung auf Grundlage des Lama-Dokuments verhandelt wird – die Ergebnisse des Kongresses auf Betriebsversammlungen diskutiert werden. Der CGIL-Vorstand hat sich vor dem Kongreß verpflichtet, die Meinungen und Änderungsvorschläge, die aus den Versammlungen kommen, zu „berücksichtigen“. Zwei weitere wichtige Ergebnisse des Kongresses, wo der „moderate Flügel“ der CGIL eine Niederlage einstecken mußte, wurden im Bereich der internationalen Politik erzielt: eine Resolution, die die Stationierung von NATO-Raketen in Comiso (Sizilien) ablehnt (gegen den Widerstand der Regierungs-Sozialisten) und sich gegen Aufrüstung in Ost und West wendet (gegen den Widerstand der sog. „Afghanen“ innerhalb der KPI) und eine Resolution, die das Entsenden italienischer Soldaten ins Sinai-Gebiet als Teil einer europäischen „Friedenstruppe“ verurteilt.

Kündigung der Angestelltenzulagentarife
ÖTV-Tarifkommission beschließt weiteres Vorgehen / Ergebnis des Spitzengesprächs / Baum bleibt bei Streichung ab März
geh. Nach dem gescheiterten ersten
hen, wenn die Öffentlichen Arbeitge-
Zulagen gefordert und gleichzeitig die
Gemeinden über den Finanzausgleich besonders fest an den Ländern und dem Bund.
H. Kluncker beklagt den de facto Verstoß gegen die Tarifautonomie durch die Streichungen. Nun hat die Tarifautonomie in den Lohnkämpfen der Beschäftigten im Öffentlichen
man es betrachtet. Das Prinzip allein ist nicht streikfähig. Die Tatsache, daß nach dem Abschluß '81, der schon unter dem Industrieniveau lag, eine Kürzung des Lohns per Regierungs- und Parlamentsbeschluß droht und daß die Öffentlichen Arbeitgeber mit dem Abschluß '82 eine weitere Verschlechte-
und UIL einerseits und zwischen Gewerkschaftsführung und Basis in den Betrieben andererseits auswirken?
Die Spannung auf Lamas Rede war gerechtfertigt; das Konzept, das er aus der Tasche zog, ist allerdings neu und setzt ein Zeichen in der Geschichte der italienischen Gewerkschaftsbewegung. Ein Zeichen, das nicht geringe Gefahren in sich birgt und m.E. von der gegenwärtigen strategischen Schwäche der Gewerkschaftsbewegung, besonders ihres linken Flügels, zeugt.
Lamas Vorschlag geht davon aus, daß die gegenwärtige Inflation (19%) und Rezession die beiden Hauptfeinde der italienischen Werktätigen sind; er versteht seinen Vorschlag zugleich als Diskussionsplattform mit den anderen Gewerkschaftsverbänden. Hier die wichtigsten Punkte:
1. Die nominellen Lohn- und Gehaltserhöhungen (die sich in Italien zusam-
tur des Kreises“ genannt hat: einerseits soll damit die reale Kaufkraft der Löhne und Gehälter – speziell für die unteren Einkommen – garantiert werden; andererseits soll die Preistreiberei bekämpft und dadurch auch die Lage der italienischen Wirtschaft auf dem internationalen Markt verbessert werden.
Die italienische Bourgeoisie reagierte differenziert: Ministerpräsident Spadolini, der auf dem Kongreß sprach, kritisierte an Lamas Vorschlag v.a., daß er – durch den Wegfall der Steuerprogression für die Lohnzuwächse bis 16% und durch den Erlaß des zusätzlichen Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen – das Milliardendefizit in den Staatskassen noch erhöhen würde. Gleichzeitig zeigte er Genugtuung darüber, daß Lama bemüht sei, ein Stück „Verantwortung zur Bekämpfung der Krise“ mit zu

Von links nach rechts: Lama, Generalsekretär der CGIL; Benvenuto, Generalsekretär der UIL (sozialistisch-sozialdemokratischer Richtung); Carniti, Generalsekretär der CISL (christdemokratischer Richtung) auf dem CGIL-Kongreß. Benvenuto und Carnitit äußerten sich interessiert jedoch zurückhältend gegenüber dem Vorschlag des CGIL-Sekretärs, Lama.
des Lama-Dokuments verhandelt wird – die Ergebnisse des Kongresses auf Betriebsversammlungen diskutiert werden. Der CGIL-Vorstand hat sich vor dem Kongreß verpflichtet, die Meinungen und Änderungsvorschläge, die aus den Versammlungen kommen, zu „berücksichtigen“. Zwei weitere wichtige Ergebnisse des Kongresses, wo der „moderate Flügel“ der CGIL eine Niederlage einstecken mußte, wurden im Bereich der internationalen Politik erzielt: eine Resolution, die die Stationierung von NATO-Raketen in Comiso (Sizilien) ablehnt (gegen den Widerstand der Regierungs-Sozialisten) und sich gegen Aufrüstung in Ost und West wendet (gegen den Widerstand der sog. „Afghanen“ innerhalb der KPI) und eine Resolution, die das Entsenden italienischer Soldaten ins Sinai-Gebiet als Teil einer europäischen „Friedenstruppe“ verurteilt.

Kündigung der Angestelltenzulagentarife

ÖTV-Tarifkommission beschließt weiteres Vorgehen / Ergebnis des Spitzengesprächs / Baum bleibt bei Streichung ab März

geh. Nach dem gescheiterten ersten Spitzengespräch zwischen den Öffentlichen Arbeitgebern Bund, Ländern und Gemeinden und den Gewerkschaften am 6.11.81 fand Anfang der Woche ein zweites statt. Das Ergebnis war wieder das gleiche. Der Bundesinnenminister Baum war als Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber nicht bereit, von der Streichung der Zulagen bei den Arbeitern und Angestellten in dem Maß, daß die Löhne und Gehälter um 1% gekürzt werden, abzugehen (siehe KVZ 46, S.14). Bekanntlich soll dies zum 28.2.82 geschehen.

Die ÖTV hat in den Verhandlungen in Bonn folgenden Vorschlag gemacht:
– Die Verträge über die Zulagen zu entfristen. Die Öffentlichen Arbeitgeber wollen die Verträge über die Zulagen der Arbeiter bereits zum 31.11.81 kündigen, so daß ab Januar keine Verpflichtung mehr besteht, die Zulagen zu zahlen. Die Entfristung dieser Zulagenverträge könnte so geschehen, daß eine tägliche Kündigungsfrist, wie von Baum ins Gespräch gebracht wurde, oder eine Kündigung zum 28.2.82 vereinbart würde.
– Alle Fragen sollten in die Verhandlungen über die Löhne und Vergütungen eingebracht werden.
– Die ÖTV besteht nicht mehr auf dem formellen Zugestehen einer „Nachwirkung“ im Falle der Arbeiterzulagen, wo sie durch einen Fehler der ÖTV seinerzeit ausgeschlossen wurde. (Nachwirkung heißt, daß auch nach einer Kündigung der Verträge die Leistungen in alter Höhe weitergezahlt werden und nicht gänzlich wegfallen.)
– Dies könne die ÖTV nur zugestehen, wenn die Öffentlichen Arbeitgeber sich verpflichten, den Abzug bei den Zulagen nicht am 1.3. vorzunehmen und die Entscheidung darüber bis nach den allgemeinen Lohn- und Vergütungsverhandlungen im Frühjahr zurückzustellen.

Zu letzterem war Baum aber nicht bereit. Zwar stellte er in Aussicht, zu einer täglichen Kündigungsfrist bei den Arbeiterzulagen zu kommen. Von einer Streichung der Zulagen ab März ging er nicht ab. Im Gegenteil steht hier noch im Raum, daß im Bundesrat der Termin wieder auf den 1.1.82 vorverlegt wird.

Dies Vorgehen nannte H. Kluncker „Aktivismus“ der Öffentlichen Arbeitgeber, denen es nicht um die Sache gehe, sondern darum, daß irgendetwas geschehe. Die ÖTV sei bereit, in den Lohn- und Vergütungsverhandlungen im Frühjahr darüber zu reden, welchen Beitrag der Öffentliche Dienst in Anbetracht der Finanzlage und der wirtschaftlichen Gegebenheiten des Frühjahrs '82 leisten könne. Die Gewerkschaft werde keinen Kündigungen à la Brüning zustimmen. Zwar sei der Umfang der Kürzungen jetzt nicht mit den Brüningschen zu vergleichen, doch „Brüning hat auch nicht mit 21% angefangen, sondern er hat sich langsam dran gewöhnt“. Wenn dieser Weg sich einmal als gangbar erweise, werde er dann auch weitergenutzt.

Am Dienstag tagte dann die Große Tarifkommission der ÖTV in Stuttgart. 106 stimmberechtigte von 113 Mitgliedern berieten auch mit Vertretern anderer DGB-Gewerkschaften und verabschiedeten eine Entschließung, in der Verhandlungen über die Zulagen gefordert und gleichzeitig die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen beschlossen wurde. (siehe Kasten)

Konkret sollen die Zulagenverträge für die Angestellten gekündigt werden. Diese Kündigung soll zum 30.11.81 geschehen, um so ab Januar zu gemeinsamen Kampfmaßnahmen von Arbeitern und Angestellten zu kommen. Es soll kein Schlichtungsverfahren eingeleitet werden. Wenn dann über die Zulagen verhandelt wird, sollen sie insgesamt in Art, Höhe und ihr Verhältnis zu den beamtenrechtlichen Regelungen neu geregelt werden. Insbesondere soll die Bindung der Ortszuschläge der Angestellten an die Beamtenregelung (§29 BAT) aufgehoben werden.

Auf die Beschlüsse der Großen Tarifkommission der ÖTV hat der Sprecher des Bundesinnenministeriums geantwortet: „Wie schon gestern in den Verhandlungen zum Ausdruck gebracht, sind die öffentlichen Arbeitgeber nach wie vor bereit, Gespräche mit den Gewerkschaften fortzusetzen. Sie sehen sich in dieser Auffassung durch die Große Tarifkommission der ÖTV bestärkt.“ Ob sie sich durch diesen Doppelbeschluß bestärkt fühlen können, ist zu bezweifeln, denn die Öffentlichen Arbeitgeber wollen nicht von ihrer Absicht, ab 1.3. die Zulagen zu kürzen, abgehen. Allenfalls bei den Gemeinden scheint die Front nicht so fest zu stehen. Einige Vertreter haben erkennen lassen, so hätten sie es nicht gewollt. Das ist erklärlich, denn hier hat es bisher die meisten Kampfaktionen gegeben, und hier ist der Arbeiter- und Angestelltenanteil besonders hoch. Aber andererseits hängen die Gemeinden über den Finanzausgleich besonders fest an den Ländern und dem Bund.

H. Kluncker beklagt den de facto Verstoß gegen die Tarifautonomie durch die Streichungen. Nun hat die Tarifautonomie in den Lohnkämpfen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst strenggenommen noch nie bestanden, oder wenn man Regierung und Parlament als Arbeitgeber faßt, besteht sie immer, je nachdem, wie man es betrachtet. Das Prinzip allein ist nicht streikfähig. Die Tatsache, daß nach dem Abschluß '81, der schon unter dem Industrieniveau lag, eine Kürzung des Lohns per Regierungs- und Parlamentsbeschluß droht und daß die Öffentlichen Arbeitgeber mit dem Abschluß '82 eine weitere Verschlechterung der Löhne und Gehälter ansteuern, ist es dagegen schon eher. Damit läßt sich auch die Unterstützung der anderen Gewerkschaften gewinnen.

Entschließung der Großen Tarifkommission der ÖTV vom 24.11.1981 in Stuttgart

Die Große Tarifkommission erwartet, daß der geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV auch weiterhin alle Möglichkeiten ausschöpft, jede Art von Kürzungen der Einkommen der Arbeiter und Angestellten, zu welchem Zeitpunkt auch immer, zu verhindern.

Politische Instanzen in Bund und Ländern drängen dagegen darauf, daß die Arbeitgeber Bund, Länder und Gemeinden die einschlägigen Zulagen-Tarifverträge für Arbeiter zum 31.12.1981 kündigen. Damit soll eine einprozentige Einkommenskürzung für Arbeiter wie für Angestellte und Beamte ermöglicht werden.

Um diesem Vorhaben mit allen gewerkschaftlichen Mitteln begegnen zu können, empfiehlt die Große Tarifkommission dem geschäftsführenden Hauptvorstand:
– für den Fall, daß die Arbeitgeber die Zulagen-Tarifverträge für Arbeiter kündigen, die Kündigung der einschlägigen Tarifverträge durch die Gewerkschaft ÖTV für Angestellte zum gleichen Zeitpunkt vorzunehmen und – wenn erforderlich – auch von Kündigungsmöglichkeiten anderer tariflicher Regelungen Gebrauch zu machen. Damit wird sichergestellt, daß Arbeiter und Angestellte gemeinsam mit gewerkschaftlichen Mitteln gegen Einkommenskürzungen vorgehen können,
– die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes aufzufordern, in Tarifverhandlungen klarzustellen, daß Einkommenskürzungen unterbleiben.
– Für den Fall, daß diese Verhandlungen scheitern, soll der geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV die Voraussetzungen für einen Arbeitskampf schaffen.

Die Große Tarifkommission geht davon aus, daß der geschäftsführende Hauptvorstand in allen einschlägigen Tairfbereichen wie z.B. Ortskrankenkassen, Innungskrankenkassen, Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Landesversicherungsanstalten, Bundesknappschaft, gewerbliche Berufsgenossenschaften, Bundesanstalt für Arbeit, Deutsche Bundesbank, entsprechend verfahren wird.

Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1981/82 „Starker Arm am kurzen Hebel“

Eine Besprechung / Von Peter Dobberkau



Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1981/82 „Starker Arm am kurzen Hebel“

Eine Besprechung / Von Peter Dobberkau



Das „Kritische Gewerkschaftsjahrbuch 1981/82 – Starker Arm am kurzen Hebel“ weist die folgenden Schwerpunkte auf, deren wesentlichste kurz vorgestellt werden sollen:

- Wirtschaftskrise und gewerkschaftlicher Internationalismus
- Neue Technologien und soziale Kontrolle
- Gewerkschaftstage, Betriebsarbeit und Betriebsratswahlen
- Gewerkschaftskämpfe, Betriebskämpfe
- Polen 1980/81, ein Gespräch in Gdansk

sowie eine kurze Dokumentation, gewerkschaftliche Chronik und Statistiken.

Wirtschaftskrise und gewerkschaftlicher Internationalismus

„Mehr als 10 Millionen Arbeitslose im kapitalistischen Europa und wenig Aussichten auf eine kurzfristige Verbesserung der Lage haben die Gewerkschaften nahezu überall in defensive Positionen gedrängt. Gefragt wird in diesem Zusammenhang nach dem Scheitern des gewerkschaftlichen Internationalismus, nach den Grenzen für den so dringend erforderlichen Widerstand gegen das sich international organisierende Kapital. Italien und Großbritannien weisen Arbeiterbewegungen mit militanter Tradition auf. Warum sind sie in der Sackgasse?“ – so die im Vorwort aufgeworfene Fragestellung.

Josef Esser („Woran scheitert der gewerkschaftliche Internationalismus?“) sieht an Stelle „eines brauchbaren, langen Hebels in Form eines gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Alternativprogramms“ bei den europäischen Gewerkschaften und ins-

gewerkschaftliche Internationalismus?“) sieht an Stelle „eines brauchbaren, langen Hebels in Form eines gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Alternativprogramms“ bei den europäischen Gewerkschaften und ins-

besondere dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften eher die Gefahr, daß sie sich „als Juniorpartner nationaler kapitalistischer und politisch abgestützter Bewältigungsstrategien einspannen und damit gegeneinander ausspielen lassen“. Sein Beleg: Die westdeutschen Gewerkschaften übernehmen Verantwortung bei Massenentlassungen, Betriebsstillegungen, Strukturkrisen (Stahl, Werften, Uhren, Textil, Automobil, Elektro). Rationalisierungen und Beschäftigungsabbau werden aktiv unterstützt oder passiv hingenommen. Zusammengefaßt, es dominiert in der Politik der Gewerkschaften das gemeinsame Interesse mit den nationalen Kapitalisten an der Sicherung der Spitzenposition der westdeutschen Wirtschaft, und darüber seien die Gewerkschaften gefesselt in der Ausarbeitung eines tatsächlichen Alternativprogramms, dem „langen Hebel“.

Korporatistische Blockbildung heißt das Schlagwort, was die ökonomische Interessengleichheit verschiedener Klassen zur Grundlage haben soll. Innerhalb der Gewerkschaften sei dies eine Politik für und basiere auf den Interessen der Beschäftigten, während dadurch zugleich aktiv Randgruppen der Lohnarbeiter wie jugendliche, ältere Arbeiter, Kranke, Ausländer ausgegrenzt, marginalisiert würden. Perspektivisch drohe den Gewerkschaften darüber ein völliger Funktionsverlust als Kampforganisation (der „amerikanische Weg“), indem diese selber eine Lage durch aktive Spaltung der Arbeiterklasse schaffe, wo die Kampfunfähigkeit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung drohe, da der eine Teil kämpfen kann, aber nicht kämpft, um seine Arbeitsplätze nicht aufs Spiel zu setzen, der andere Teil (die Marginalisierten) kämpfen will, aber über keine Druckmittel verfügt. International würde diese Politik des DGB, seine Unterordnung unter die Funktionslogik des Exportmodells Deutschland, die anderen Gewerkschaften Europas (in den ökonomisch schwächeren Ländern) zwangsläufig zur Unterordnung unter die Strategien ihrer nationalen Kapitalisten treiben, um nicht der deutschen Exportwirtschaft zu unterliegen.

Der Artikel von Esser (ebenso wie die nachfolgenden illustrierenden Artikel über den „Fiat-Konflikt“ sowie die „Britischen Gewerkschaften in der Krise“) scheint mir insofern verfehlt, als er die *Ursachen* der beschriebenen sozialpartnerschaftichen Politik der westdeutschen Gewerkschaften nicht trifft, sondern sie gerade an sekundären Momenten (wie der Marginalisierung von Teilen der Arbeiterklasse) festmacht und damit zwangsläufig mit der Vertiefung dieser von ihm als ursächlich beschriebenen Politik der Spaltung der Arbeiterklasse nur die Seite dieser Politik sieht, statt, wie es der tatsächlichen Bewegung entspricht, die wachsenden Bruchpunkte sozialpartnerschaftlicher Politik. Wenn man so will, entsteht bei Esser (wie auch bei anderen) die Theorie der „Arbeiteraristokratie“ neu, im modernen, soziali-

der tatsächlichen Bewegung entspricht, die wachsenden Bruchpunkte sozialpartnerschaftlicher Politik. Wenn man so will, entsteht bei Esser (wie auch bei anderen) die Theorie der „Arbeiteraristokratie“ neu, im modernen, soziali-

stischen Gewande der arbeitsplatz-besitzenden Facharbeiter und des „Korporativismus“.

Soziologisch ist dem Problem der Gewerkschaften nicht beizukommen. Die Vorstellung der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit und darauf aufbauend einer auf Partnerschaft mit dem Kapital orientierten Politik der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung basiert auf realen Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise, etwa der Verwandlung des Werts der Ware Arbeitskraft in den Arbeitslohn = Preis der Arbeit, in der Verwandlung der unbezahlten Arbeit, des Mehrwerts in den Profit (vgl. dazu den Artikel „Rechtsvorstellungen der Arbeiter und Reformismus“ in KVZ 16/81, Seite 4), existiert gerade nicht nur im Bewußtsein von Gewerkschaftsführern und -bürokraten, sondern der Masse der Arbeiter und wird gerade durch die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus im Massenumfang wie gegenwärtig erschüttert, wo die Praxis des Klassenkampfes nicht Partnerschaft, sondern Unterordnung der einen Klasse unter die andere als einzige Alternative aufwirft.

Solange die kapitalistische Produktionsweise, der Markt und die Warenproduktion nicht in Frage gestellt werden, setzen sich in der Politik der Gewerkschaften zwangsläufig die ökonomischen Sachzwänge der Kapitalverwertung durch und machen sie zu Juniorpartnern der westdeutschen Kapitalisten. Weil der Preis, den diese Politik an Lohnabbau, Entlassungen, Intensivierung der Arbeit, Nacht- und Schichtarbeit von seiten der Arbeiterklasse fordert, beständig wächst, ist dieser Kurs nicht weiter fortsetzbar und ist das Neue in der Arbeiterbewegung der letzten Jahre gerade, daß unter breitesten Teilen der sozialdemokratischen Arbeiter eine Neurorientierung stattfindet, jenen Teilen, die jahrelang als rechte Sozialdemokraten galten, wie etwa VDM und Adler in Frankfurt oder die AG-Weser-Werft in Bremen, HDW in Hamburg.

Nahrung in Gestalt von Kritik an den die Sachzwänge bestimmenden kapitalistischen Produktionsweise erhält diese Neuorientierung durch die Artikel nicht. Statt etwa die Unbrauchbarkeit der existierenden gewerkschaftlichen Programme zu verkünden, wäre eine konkrete Kritik mit positiven Schlußfolgerungen an den DGB-Programmen weitaus nützlicher, wie sie ja auch von anderen, etwa den SOST oder der DKP-nahen Memorandum-Gruppe, versucht wird. Auch nur so sind die keineswegs zu leugnenden Probleme einer Spaltung der Arbeiterklasse in Beschäftigte und Arbeitslose überhaupt zu überwinden, statt unüberwindbar zu werden.

Neue Technologien und soziale Kontrolle

„Alternativlosigkeit gegenüber dem vom Kapital bestimmten technischen Wandel ist eine weitere Ursache für die aktuelle Schwäche der Gewerkschafts-

Neue Technologien und soziale Kontrolle

„Alternativlosigkeit gegenüber dem vom Kapital bestimmten technischen Wandel ist eine weitere Ursache für die aktuelle Schwäche der Gewerkschafts-

bewegung ... Den Gewerkschaftstagen gelang es noch nicht, den überkommenen Vorstellungen von technischem ‚Fortschritt‘ und Naturbeherrschung eine kritischere Sicht des technischen Wandels gegenüberzustellen, die nicht allein die sozialen Folgen für die Beschäftigten berücksichtigt, sondern die den Mut hat, den Charakter unserer Technik und Industrie selbst in Frage zu stellen und den Gedanken der ‚Maschinenstürmerei‘ zumindest bei bestimmten Großtechnologien einmal zu denken wagt.“ Die grünen Anklänge in dem Rotbuch sind in diesem Teil unüberhörbar. „Es bedarf Zeit und Erfahrung, bevor der Arbeiter die Maschinerie von ihrer kapitalistischen Anwendung unterscheiden und daher seine Angriffe vom materiellen Produktionsmittel selbst auf dessen gesellschaftliche Exploitationsform übertragen lernt“, schreibt K. Marx im „Kapital I“ über die Phase der Maschinenstürmerei. Erfahrung darüber, daß die revolutionäre Entwicklung der Maschinerie zur Einsparung von menschlicher Arbeitskraft in der Hand des kapitalistischen Produzenten in ihr Gegenteil verkehrt wird, zur wachsenden Verausgabung von Arbeitskraft des Maschinenarbeiters und seiner geistigen Deformation führt. Der Gedanke, die ‚Maschinenstürmerei‘ neu zu durchdenken, wird auch nur in abstracto gewälzt, während die Berichte über den Widerstand gegen den Ausbau der Transferstraßen bei Daimler-Benz und den Kampf bei Gruner + Jahr bei Einführung der neuen (Satz-)Technik sehr konkrete Probleme und Taktiken schildern, die lehrreich sind.

Am Beispiel Gruner + Jahr, wie die Belegschaft sich eine eigene Betriebsvereinbarung erkämpfte, deren Kern die Betrachtung des rechnergesteuerten Textsystems als ein Gesamtarbeitsplatz und die Ausbildung und Beschäftigung aller in Rotation an den verschiedenen Arbeitsplätzen dieses Systems ist, verbunden mit Besetzungs- und Arbeitsbedingungen, die einer Intensivierung der Arbeit und gesundheitsschädigenden Folgen Schranken ziehen. Kein Gedanke also von Maschinenstürmerei, eher davon, die Anwendung der Arbeiter durch die neue Maschinerie zu durchbrechen, soweit dies im Rahmen der Verfügung der Kapitalisten über die Produktionsmittel und ihrer Anwendung als Kapital möglich ist, um selber in diesem Rahmen zu Anwendern der Maschine zu werden.

Über Daimler-Benz wird der dortige Vorschlag der Plakat-Gruppe vorgestellt, anstelle des weiteren Ausbaus der Transferstraßen im Zuge der Ausweitung der Produktion diese auf den gegenwärtigen Stand zu beschränken und durch den zusätzlichen Aufbau von Fertigungsinseln mit CNC gesteuerten Universalmaschinen zu ergänzen. Während bei den Transferstraßen dem Arbeiter die letzten produktiven Tätigkeiten genommen würden, würde die Universalität der Universalmaschinen mit ihrer Programmierbarkeit vor Ort den Spielraum des Maschinenarbeiters erhöhen, wie die organisatorische Schaffung von Fertigungsinseln die Kooperation der Arbeiter. Ein Vorschlag, der von der Kalkulation mit dem Hinweis auf mangelnde Konkurrenzfähigkeit abgetan wurde, was von dem Verfasser mit einem Appell an ein „trotziges“ Nein zur aalglatten Logik der Maschinenstraßen, diesen „höchst rationellen und arbeitsteiligen Produktionsmitteln“ beantwortet wird, wodurch das zu klärende Problem wieder ins Mystische gezerrt wird.

Mit den geschilderten Bewegungen bei Gruner + Jahr wie bei Daimler hat das nichts mehr zu tun. Wissenschaftliche Aneignung des Produktionsprozesses und allgemeine Mobilität der Arbeiter, Hebung jedes einzelnen Arbeiters auf die Höhe der geistigen und praktischen Fähigkeiten des Gesamtarbeiters und gesundheitlicher Schutz vor den Auswirkungen der Maschinenarbeit sind dort die Triebkräfte der Bewegung, nicht aber ein Zurück zum frühere Handwerkstyp, ein Zurück, was dann zweifellos nur trotzig sein könnte. Statt die lehrreichen Beispiele mit Schwadronieren über „die rasende

Arbeiter die letzten produktiven Tätigkeiten genommen würden, würde die Universalität der Universalmaschinen mit ihrer Programmierbarkeit vor Ort den Spielraum des Maschinenarbeiters erhöhen, wie die organisatorische Schaffung von Fertigungsinseln die Kooperation der Arbeiter. Ein Vorschlag, der von der Kalkulation mit dem Hinweis auf mangelnde Konkurrenzfähigkeit abgetan wurde, was von dem Verfasser mit einem Appell an ein „trotziges“ Nein zur aalglatten Logik der Maschinenstraßen, diesen „höchst rationellen und arbeitsteiligen Produktionsmitteln“ beantwortet wird, wodurch das zu klärende Problem wieder ins Mystische gezerrt wird.

Mit den geschilderten Bewegungen bei Gruner + Jahr wie bei Daimler hat das nichts mehr zu tun. Wissenschaftliche Aneignung des Produktionsprozesses und allgemeine Mobilität der Arbeiter, Hebung jedes einzelnen Arbeiters auf die Höhe der geistigen und praktischen Fähigkeiten des Gesamtarbeiters und gesundheitlicher Schutz vor den Auswirkungen der Maschinenarbeit sind dort die Triebkräfte der Bewegung, nicht aber ein Zurück zum frühere Handwerkstyp, ein Zurück, was dann zweifellos nur trotzig sein könnte. Statt die lehrreichen Beispiele mit Schwadronieren über „die rasende

Fahrt in den Tunnel der Un-Freiheit und Un-Menschlichkeit“ abzutöten, wäre gerade aus ihrer Analyse die Differenzierung einerseits der Maschinerie an sich und andererseits ihrer Anwendung durch das Kapital gefolgt. Es ist nicht alles undogmatisch, was als undogmatisch daherkommt.

Gewerkschaftstage und Betriebsratswahlen

Weiterhin auch in der Krise Sozialpartner der Kapitalisten oder Wandlung der bisher defensiven Politik in eine offensive Reformpolitik – so die zu untersuchende Fragestellung über die Gewerkschaftstage und Betriebsratswahlen. Gleich vorweg teilen die Autoren schon einmal ihre Meinung mit: „Wahrscheinlich ist, daß diese sozialpartnerschaftliche Politik nach außen eine bürokratisch-repressive Politik nach innen, konkret gegen die Kritiker der Sozialpartnerschaft in den eigenen Reihen nach sich zieht.“

Auf etlichen Seiten wird dann die Auseinandersetzung und Unterdrükkung des Plumeyer-Flügels in der IG Chemie angeführt, mit dem zwangsläufigen Effekt, daß der hier gelieferte Nachweis der innerorganisatorischen Unterdrückung wie der mangelnden Maßnahmen zur Erhöhung der Kampfbereitschaft der IG Chemie das Bild der Gewerkschaftsbewegung insgesamt bestimmt und damit falsch wird. So heißt es denn: „Ironischerweise sägt sich der sozialpartnerschaftliche Flügel mit seiner Politik den Ast, auf dem er sitzt, selbst ab. Die verstärkten Angriffe auf die Mitbestimmung (Mannesmann) und die rechtliche Sanktionierung der Aussperrung sind eine deutliche Vorwarnung.“

Meiner Meinung nach ist diese statische Auffassung über die Sozialpartnerschaft verfehlt, weder sitzt diese ausschließlich in den Gewerkschaftsvorständen, noch basiert sie auf dem Eid auf das SPD-Programm. Der Reformismus ist die spontane Rechtsvorstellung der Arbeiter, und der Sozialdemokratismus bringt ihn in ein politisches System eines dritten Weges, eines dritten Weges, für den die Bedingungen, ihn Realität werden zu lassen, niemals so günstig waren als in den vergangenen 30 Jahren. Statt Partnerschaft von Kapital und Arbeit bleibt nach diesen 30 Jahren aber nicht ein-

---

Arbeitsseminar:

Politik der Gewerkschaften im Tarifkampf 1982

– Einschätzung der Politik von Regierung, Sachverständigen und Kapitalisten
– Kritische Auseinandersetzung mit den Beschäftigungsprogrammen des DGB
– Überlegungen zu den Aufgaben in diesem Tarifkampf

Beginn: Samstag, 12.12.1981, 10 Uhr
Schluß: Sonntag, 13.12.1981, 15 Uhr

Das Seminar findet statt im Schulungszentrum des KBW: 6000 Frankfurt, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611 / 730231
Wir bitten um Anmeldung beim Schulungszentrum
Unkostenbeitrag für Verpflegung und Unterbringung: 31 DM

---

mal mehr die Montan-Mitbestimmung übrig. Der Reformismus hat auf ganzer Linie versagt, besser: seine Unmöglichkeit bewiesen.

Unverkennbar ist in den letzten Jahren in den Gewerkschaften eine Neuorientierung des Setzens auf die eigene Kraft und eine eigenständige Position gegenüber den Kapitalisten wie der Regierung. Die neue Beweglichkeit der IG Metall (die die Autoren ebenfalls als positives Moment sehen) entspricht dem genauso wie die Massendemonstration des DGB in Stuttgart gegen die Sparbeschlüsse; die Entwicklung klarerer Forderungen zur Tarifpolitik entspricht dem genauso wie stattfindende Auseinandersetzungen um die Taktik im Kampf gegen den drohenden Krieg. Daß die Gewerkschaftsvorstände nicht die Avantgarde innerhalb der Gewerkschaften sind, ist klar und zwangsläufig; sie müssen die Mehrheit repräsentieren. Daß sie gegenüber dem fortschrittlichen Flügel zu bürokratischen Schurigelungen greifen, ist bekannt, aber daß sie diese etwa gegenüber der Teilnahme an der Bonner Demonstration nicht durchsetzen konnten, auch. Nicht um Vorstandshörigkeit oder so

lungszentrum
Unkostenbeitrag für Verpflegung und Unterbringung: 31 DM

mal mehr die Montan-Mitbestimmung übrig. Der Reformismus hat auf ganzer Linie versagt, besser: seine Unmöglichkeit bewiesen.

Unverkennbar ist in den letzten Jahren in den Gewerkschaften eine Neuorientierung des Setzens auf die eigene Kraft und eine eigenständige Position gegenüber den Kapitalisten wie der Regierung. Die neue Beweglichkeit der IG Metall (die die Autoren ebenfalls als positives Moment sehen) entspricht dem genauso wie die Massendemonstration des DGB in Stuttgart gegen die Sparbeschlüsse; die Entwicklung klarerer Forderungen zur Tarifpolitik entspricht dem genauso wie stattfindende Auseinandersetzungen um die Taktik im Kampf gegen den drohenden Krieg. Daß die Gewerkschaftsvorstände nicht die Avantgarde innerhalb der Gewerkschaften sind, ist klar und zwangsläufig; sie müssen die Mehrheit repräsentieren. Daß sie gegenüber dem fortschrittlichen Flügel zu bürokratischen Schurigelungen greifen, ist bekannt, aber daß sie diese etwa gegenüber der Teilnahme an der Bonner Demonstration nicht durchsetzen konnten, auch. Nicht um Vorstandshörigkeit oder so

etwas geht es mir, sondern darum, daß mit dem Verweis auf die innergewerkschaftliche Demokratie nicht viel gewonnen ist. Worauf es ankommt, ist, die Bruchstellen der Gewerkschaften mit der bürgerlichen Gesellschaft und dem Reformismus ausfindig zu machen und diese Brüche aufgrund der gemachten Erfahrungen wissenschaftlich aufzuklären und von daher eine konkrete politische Taktik und ein konkretes gesellschaftliches Ziel zu entwickeln. Die Einschätzung über den Stand der Gewerkschaftsbewegung ist mir zu platt, weil sie die widersprüchliche Bewegung nicht erfaßt, sondern statisch bleibt, und nicht sieht, daß die Arbeiterbewegung auf einen unvermeidlichen Umschlagspunkt zustrebt, ähnlich wie 1969, aber anders.

Ganz vergessen kann man in dieser Hinsicht dann auch die Aufzeichnungen eines Gesprächs zwischen Kollegen aus fünf Betrieben unter der Überschrift „Betriebsarbeit und/oder anders leben“, in dem drei dieser Kollegen ihren Abschied vom Proletariat als zurückgebliebener Klasse verkünden. Hier wie in den allgemeinen Einschätzungen des Buches findet sich allerhand Idealismus, wovon allerdings die Artikel in diesem Buch über konkrete betriebliche Auseinandersetzungen wohltuend abstechen; wo beides in einem Artikel verwoben wird, ist der widersprüchliche Kontrast unübersehbar.

Das Kritische Gewerkschaftsjahrbuch 1981/82, „Starker Arm am kurzen Hebel“, herausgegeben von Otto Jacobi, Eberhard Schmidt, Walther Müller-Jensch, im Rotbuch Verlag Berlin, 200 Seiten, Preis 12 DM.



Zwei-Fronten-Krieg im Vordergrund

11. ordentliche Bundesjugendkonferenz des DGB kam aus dem Grabenkrieg nicht heraus / Beschlußfassung ohne Impuls auf die Arbeit

acm. Nachdem zu Beginn des Jahres das „Positionspapier zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit" durch den Bundesjugendausschuß verabschiedet worden war, mochte man Hoffnungen daran knüpfen, daß es die Grabenkämpfe innerhalb der Gewerkschaftsjugend etwas schlichten und sich die Auseinandersetzung auf die Klärung des Kampfes der Gewerkschaftsjugend erstrecken würde. Doch das, was wir schon in der KVZ Nr. 15/81 in Erläuterung des Positionspapiers angedeutet hatten – daß es sich nur um einen vagen Kompromiß zwischen „Traditionalisten" und Vertretern der „offenen Jugendarbeit" handelte – ist durch den Verlauf der 11. Bundesjugendkonferenz des DGB leider vollauf bestätigt worden. Aus der formellen Einigung darüber, daß sowohl „Betriebsarbeit" als auch „offene Jugendarbeit" Bestandteil der Arbeit der Gewerkschaftsjugend sein sollte, ist in der Praxis nichts gefolgt. Bislang hat es keine Impulse gegeben im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, gegen die Verschlechterung der Berufsausbildung, geschweige denn die breite Unterstützung der verschiedensten Kämpfe wie Instand- und Hausbesetzungen. Geplante größere Kampagnen wie „STOPP Jugendarbeitslosigkeit" sind mehr oder weniger im Sande verlaufen, eine Kräftesammlung hat keineswegs stattgefunden.

Auch die Zahlen, die der Bundesjugendausschuß in seinem Geschäftsbericht vorlegte, sprechen eine deutliche Sprache:

jugend etwas schlichten und sich die Auseinandersetzung auf die Klärung des Kampfes der Gewerkschaftsjugend erstrecken würde. Doch das, was wir schon in der KVZ Nr. 15/81 in Erläuterung des Positionspapiers angedeutet hatten – daß es sich nur um einen vagen Kompromiß zwischen „Traditionalisten" und Vertretern der „offenen Jugendarbeit" handelte – ist durch den Verlauf der 11. Bundesjugendkonferenz des DGB leider vollauf bestätigt worden. Aus der formellen Einigung darüber, daß sowohl „Betriebsarbeit" als auch „offene Jugendarbeit" Bestandteil der Arbeit der Gewerkschaftsjugend sein sollte, ist in der Praxis nichts gefolgt. Bislang hat es keine Impulse gegeben im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, gegen die Verschlechterung der Berufsausbildung, geschweige denn die breite Unterstützung der verschiedensten Kämpfe wie Instand- und Hausbesetzungen. Geplante größere Kampagnen wie „STOPP Jugendarbeitslosigkeit" sind mehr oder weniger im Sande verlaufen, eine Kräftesammlung hat keineswegs stattgefunden.

Auch die Zahlen, die der Bundesjugendausschuß in seinem Geschäftsbericht vorlegte, sprechen eine deutliche Sprache:

Statistik der Mitgliederentwicklung 1974 – 1980

1974	1203190	
1975	1213234	+ 10044
1976	1232700	+ 19466
1977	1278302	+ 45602
1878	1341686	+ 63384
1979	1369328	+ 27642
1980	1153402	– 215926

Betrachtet man die Statistik, so fällt auf, daß einige Gewerkschaften einen nicht unwesentlichen „Mitgliederschwund" zu verzeichnen haben. Wie so oft, Statistiken sind nur die halbe Wahrheit. Der Grund ist darin zu finden, daß bei diesen Gewerkschaften in 1980 die Erfassung der Mitglieder unter 25 Jahren ebenfalls durch die elektronische Datenverarbeitung erfolgte und die in den Vorjahren vorgenommene Hochrechnung dadurch relativiert wurde. (Aus dem Geschäftsbericht)

Über diesen statistischen Mitgliederschwund oder -stagnation hinaus hat auch die Organisationsumfrage mehr oder weniger negative Ergebnisse gebracht, auch wenn sie – wie betont – durch Erhebungsfehler nur eingeschränkte Wertung ermöglicht.

„Legt man der Zahl der DGB-Jugendgruppen (=197) eine Mitgliederzahl von 20 Jugendlichen pro Gruppe zugrunde, so sind 3940 Jugendliche in den DGB-Jugendgruppen aktiv. Bezogen auf die Mitgliederzahl (April 1981: 1153402) ergibt dies einen Prozentsatz von 0,34%. Legt man eine Mitgliederzahl von 10 Jugendlichen zugrunde, so kommt man dementsprechend auf 0,17% der Mitgliedschaft", heißt es im Geschäftsbericht. Und auf der Konferenz ist auch angemerkt worden, daß von durchschnittlich 10 Jugendlichen in einer Gruppe nicht die Rede sein kann. Insgesamt – nicht nur im DGB – ist die Zahl der Jugendgruppen rückläufig, auch wenn sich um die Einzelangaben auf der Konferenz selber heftigst gestritten wurde.

Konferenzkrieg

Hans Brauser, Bundesjugendsekretär, hatte in seinen mündlichen Erläuterungen zum Geschäftsbericht am Schluß ausgeführt:

„Es gibt immer noch eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen, die glauben, daß es ausreicht, sich auf die Schulter zu klopfen, Kritik verbal zu formulieren, aber in der Praxis alles beim alten zu belassen. Ich glaube, daß hier aufgrund der faktischen Entwicklung ein heilsamer Zwang sich entwickelt, diese unsere Bedingung der Arbeit und Ansatzpunkte kritisch zu überprüfen und zu verändern. Kritik heißt nicht, alles, was in der Vergangenheit geleistet wurde, als Mist abzutun und jetzt bei Null anzufangen. Dies heißt aber Bereitschaft, die eigene Arbeit zu reflektieren und kritisch zu bewerten."

Von einer solchen Entwicklung war auf der Konferenz wenig zu spüren. Schon entlang des Geschäftsberichtes brach ein Zwei-Fronten-Krieg aus um die Punkte: Bedeutung des „Positionspapiers", Vorrang der „Betriebsarbeit" oder offene Jugendgruppenarbeit, „Aktionismus" oder „Theoretisieren", Bildungsarbeit von „oben"

heftigst gestritten wurde.

Konferenzkrieg

Hans Brauser, Bundesjugendsekretär, hatte in seinen mündlichen Erläuterungen zum Geschäftsbericht am Schluß ausgeführt:

„Es gibt immer noch eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen, die glauben, daß es ausreicht, sich auf die Schulter zu klopfen, Kritik verbal zu formulieren, aber in der Praxis alles beim alten zu belassen. Ich glaube, daß hier aufgrund der faktischen Entwicklung ein heilsamer Zwang sich entwickelt, diese unsere Bedingung der Arbeit und Ansatzpunkte kritisch zu überprüfen und zu verändern. Kritik heißt nicht, alles, was in der Vergangenheit geleistet wurde, als Mist abzutun und jetzt bei Null anzufangen. Dies heißt aber Bereitschaft, die eigene Arbeit zu reflektieren und kritisch zu bewerten."

Von einer solchen Entwicklung war auf der Konferenz wenig zu spüren. Schon entlang des Geschäftsberichtes brach ein Zwei-Fronten-Krieg aus um die Punkte: Bedeutung des „Positionspapiers", Vorrang der „Betriebsarbeit" oder offene Jugendgruppenarbeit, „Aktionismus" oder „Theoretisieren", Bildungsarbeit von „oben"
oder von „unten", Friedensbewegung als „Antiamerikanismus" oder „Antisowjetismus", Einschätzung des Weltjugendtreffens in Sevilla als „Erfolg" oder „Mißerfolg". Die Frontbildung an diesen Punkten verlief völlig in Extremen, *inhaltliche* Positionen verschwanden unter taktischen Manövern und Vorhutgefechten gegenüber der jeweils anderen Front.

Kennzeichnen lassen sich diese Fronten nur grob: auf der einen Seite die Delegierten von IG Chemie, Bau Steine Erden, Bergbau und Energie, IG Druck, Textil und Bekleidung, die mehrheitlich einen Kurs der „offenen Jugendarbeit" verfechten, was heißt: Öffnung gegenüber der Alternativbewegung, weg von der Gremienarbeit (Kreisjugendausschüsse, Ortsjugendausschüsse) zur aktiven Mitgliederarbeit (Jugendgruppen, Diskussionskreise usw.), weg von der „Stellvertreterpolitik" (Konzentration auf Jugendvertretung und Vertrauensleute) zur „Mobilisierung der Basis". Und die gleiche Richtung bei der Bildungsarbeit – keine „Leitfadenschulung" mit vorgefaßten Ergebnissen, sondern Eingehen auf die jeweilige Situation der Schulungsteilnehmer.

Auf der anderen Seite ein Großteil der Delegationen von IGM, HBV, ÖTV und Teile der Postgewerkschaft als Verfechter der Betonung der „Betriebsarbeit" (natürlich mit Kulturpolitik verbunden) und Verteidigung der „Stellvertreter- und Gremienpolitik", die der anderen Front vorwerfen, sie wolle nur „Spielwiesen" in der Gewerkschaft schaffen und damit dem Widerspruch zwischen „Kapital und Arbeit" ausweichen, der „unversöhnlich" im Kampf ausgetragen werden müsse.

Auf *der* Ebene der genannten Verlautbarungen verliefen die Auseinandersetzungen, im Kern ein Schlagabtausch ohne Ergebnisse. Zu bemerken ist nur, daß die SDAJ-Leute innerhalb von Metall, HBV und Post keineswegs offensiv ihre Positionen vertraten und nichtmal der Verabschiedung der nebenstehenden Grußadresse an Breschnew Widerstand entgegensetzten. Vielmehr wurde so argumentiert: Die Mehrheit (die Front IGM, HBV usw.) wird sich nicht von einer Minderheit terrorisieren lassen. Die Minderheit (IG Chemie usw.) argumentierte entsprechend umgekehrt.

Ergebnislosigkeit

Bei der Antragsbefassung spitzte sich die Auseinandersetzung gleich zu Beginn darüber zu, ob das „Positionspapier" noch zur Verabschiedung zur DGB-Bundeskonferenz 1982 gegeben werden soll, worauf IG Chemie usw. bestanden, oder ob mit der Beschlußfassung auf der Jugendkonferenz dem Genüge getan sei, was IGM usw. vertraten. Verstehbar wird dieser Streit wiederum nur auf dem Hintergrund, daß zu dem Antragskomplex „gewerkschaftliche Jugendarbeit" zig Anträge vorlagen, die nach Meinung der Metall-Delegierten das Positionspapier erst „inhaltlich ausfüllen" würden. Und genau das fürchtete die andere Seite, denn diese Anträge waren im

ist nur, daß die SDAJ-Leute innerhalb von Metall, HBV und Post keineswegs offensiv ihre Positionen vertraten und nichtmal der Verabschiedung der nebenstehenden Grußadresse an Breschnew Widerstand entgegensetzten. Vielmehr wurde so argumentiert: Die Mehrheit (die Front IGM, HBV usw.) wird sich nicht von einer Minderheit terrorisieren lassen. Die Minderheit (IG Chemie usw.) argumentierte entsprechend umgekehrt.

Ergebnislosigkeit

Bei der Antragsbefassung spitzte sich die Auseinandersetzung gleich zu Beginn darüber zu, ob das „Positionspapier" noch zur Verabschiedung zur DGB-Bundeskonferenz 1982 gegeben werden soll, worauf IG Chemie usw. bestanden, oder ob mit der Beschlußfassung auf der Jugendkonferenz dem Genüge getan sei, was IGM usw. vertraten. Verstehbar wird dieser Streit wiederum nur auf dem Hintergrund, daß zu dem Antragskomplex „gewerkschaftliche Jugendarbeit" zig Anträge vorlagen, die nach Meinung der Metall-Delegierten das Positionspapier erst „inhaltlich ausfüllen" würden. Und genau das fürchtete die andere Seite, denn diese Anträge waren im
Kern gegen die Kompromisse des „Positionspapiers" gerichtet, indem solche Fragen wie „Vorrang der Betriebsarbeit" wieder betont wurden. Erst durch einen Kompromißvorschlag von Karl Schwab vom Bundesvorstand – Annahme des Beschlusses zum Positionspapier, Überweisung aller anderen Anträge an den Bundesjugendausschuß als Material, Betonung des „Positionspapiers" als *der* Grundlage der gewerkschaftlichen Jugendarbeit – war überhaupt eine Einigung möglich. Die hatte so lange gedauert, daß neben ein paar kleineren Anträgen nur noch einer zur Jugendarbeitslosigkeit und zur Beruflichen Bildung verabschiedet werden konnte, die in sich nur ein Sammelsurium von Forderungen enthalten, aber keineswegs den Weg der Gewerkschaftsjugend angeben.

Die Konferenz hat also kein Problem gelöst. Eine Stagnation der Fronten besteht weiterhin. Wenn Karl Schwab und Hans Brauser in der abschließenden Pressekonferenz betonten, daß es im nächsten Zeitraum auf die Aktivierung der Arbeit *am Ort*, sowohl seitens der Gremien des DGB als auch durch finanzielle Unterstützung der Jugendarbeit, ankomme, so ist diese Sache bestimmt richtig. Aber um dieses Problem anzupacken, die Probleme der sich entwickelnden kapitalistischen Krise in Kämpfe für die Interessen der Arbeiterjugend umzusetzen, müßten sich die jetzigen Kontrahenten über die tatsächlichen Inhalte und Aufgaben auseinandersetzen, die durch die Entwicklung in den letzten Jahren sowohl objektiv wie subjektiv aufgeworfen sind.

Auszüge aus der Rede H.O. Vetters auf der 11. Bundesjugendkonferenz

Es ist unübersehbar, daß sich die gewerkschaftliche Jugendarbeit in einer sehr tiefgehenden Krise befindet. Wir alle haben uns die Frage vorzulegen, worin sich diese Krise gründet und wie wir sie überwinden können. Ich hoffe, daß am Ende dieser Jugendkonferenz ein Schritt nach vorn bei der Bewältigung dieser Aufgabe verzeichnet werden kann ...

Immer mehr Jugendliche wenden sich ab und suchen einen Fluchtpunkt, in dem, was sich gemeinhin als alternativ bezeichnet. Diese Bewegungen haben eine erheblich größere Überlebenschance, als so manch einer noch vor einigen Jahren vermutete. Die hilflosen und oft peinlichen Versuche einer ganzen Reihe von Politikern, ihre eigenen Schwierigkeiten bei der Beurteilung dieser Entwicklung durch einen Scheindialog zu überbrücken, helfen genauso wenig weiter wie opportunistische Annäherungsversuche.

Wenn wir ehrlich sind, dann müssen wir ohne jedes Wenn und Aber feststellen, daß es uns nicht gelungen ist, eine ausreichende Zahl jugendlicher Arbeitnehmer an der aktiven Arbeit unserer Organisation zu interessieren ... Aber eine Organisation wie die unsere, die doch über eine im Vergleich zu anderen Jugendorganisationen erhebliche Infrastruktur verfügt, muß in der Lage sein, ihre eigenen Schwächen zu erkennen und zu überwinden.

Selbst wenn die von der Abteilung Organisation unseres Bundesvorstandes vorgelegten Zahlen zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit nicht auf Punkt und Komma genau die Wirklichkeit abbilden – so kennzeichnen sie jedenfalls die Tendenz. Und diese Tendenz ist: Wir bewegen uns im Jugendbereich in die gefährliche Nähe einer Organisation mit großem Kopf und kleinem Körper. Selbstverständlich ist der politische Auftrag der Gewerkschaftsjugend unverzichtbar. Selbstverständlich vollzieht sich gewerkschaftliche Arbeit auch in Vorständen und anderen Gremien. Aber gerade im

zu erkennen und zu überwinden.

Selbst wenn die von der Abteilung Organisation unseres Bundesvorstandes vorgelegten Zahlen zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit nicht auf Punkt und Komma genau die Wirklichkeit abbilden – so kennzeichnen sie jedenfalls die Tendenz. Und diese Tendenz ist: Wir bewegen uns im Jugendbereich in die gefährliche Nähe einer Organisation mit großem Kopf und kleinem Körper. Selbstverständlich ist der politische Auftrag der Gewerkschaftsjugend unverzichtbar. Selbstverständlich vollzieht sich gewerkschaftliche Arbeit auch in Vorständen und anderen Gremien. Aber gerade im
Bereich der Arbeit mit jungen Arbeitnehmern kann und darf nicht darauf verzichtet werden, offene Angebote zu unterbreiten und die Jugendlichen zum Subjekt werden zu lassen. 1,2 Millionen junger Gewerkschafter unter 25 Jahren – das ist keine Masse zur Verfügung von Jugendvorständen, das ist keine abrufbare Größe für Demonstrationen und Kundgebungen, das ist ein verbindlicher Auftrag zur Arbeit an der Basis.

... Wir haben eine Zeitlang gezögert, uns an dem „Krieg der Appelle für den Frieden" zu beteiligen. Wir haben uns schließlich zu einem eigenen Aufruf entschlossen, weil die deutsche Gewerkschaftsbewegung immer entscheidenden Anteil an der Friedenspolitik genommen hat und weil wir im Sinne politischer Klarheit unseren Standpunkt formulieren wollten. Unsere ganz besondere Aufgabe ist es nämlich, die Friedensbewegung vom Kopf der Intellektuellen auf die Füße der Arbeitnehmer zu stellen.

Es ist nicht allein entscheidend, wieviele Menschen sich an einem Samstag im Oktober für den Frieden versammeln, sondern ob diese Bewegung auch Eingang in die Diskussion um die Bewußtseinsbildung der Arbeitnehmer findet.

Wir haben erreicht, daß die Friedensbewegung ein gutes Stück vor dem 10. Oktober von politischen Einseitigkeiten befreit wurde. Unser Aufruf wendet sich in deutlicher Form an beide Seiten. Der Krefelder Appell wendet sich ausschließlich an die westliche Seite und verschweigt, daß der Frieden in gleicher Weise auch von der Hochrüstung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten bedroht wird. Der Dattelner Appell schließlich ist nichts anderes als „Krefeld verkehrt".

Weitere Auszüge aus dem Antragsmaterial, den angenommenen Beschlüssen und den Beiträgen, die auf der Konferenz gehalten wurden, werden im nächsten Materialheft „Gewerkschaft" veröffentlicht, welches im Dezember erscheint.

keiten befreit wurde. Unser Aufruf wendet sich in deutlicher Form an beide Seiten. Der Krefelder Appell wendet sich ausschließlich an die westliche Seite und verschweigt, daß der Frieden in gleicher Weise auch von der Hochrüstung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten bedroht wird. Der Dattelner Appell schließlich ist nichts anderes als „Krefeld verkehrt".

Weitere Auszüge aus dem Antragsmaterial, den angenommenen Beschlüssen und den Beiträgen, die auf der Konferenz gehalten wurden, werden im nächsten Materialheft „Gewerkschaft" veröffentlicht, welches im Dezember erscheint.

Grußadresse an den Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Leonid Breschnew

Sehr geehrter Herr Leonid Breschnew,

die 11. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt Sie in der Bundesrepublik Deutschland. Ihren Besuch sehen wir als einen wichtigen Beitrag gerade in der derzeitigen angespannten internationalen Situation dafür an, das not-

Grußadresse an den Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Leonid Breschnew

Sehr geehrter Herr Leonid Breschnew,

die 11. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt Sie in der Bundesrepublik Deutschland. Ihren Besuch sehen wir als einen wichtigen Beitrag gerade in der derzeitigen angespannten internationalen Situation dafür an, das not-
wendige Gespräch zwischen höchsten Vertretern von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme auch in schwierigen Zeiten nicht abreißen zu lassen. Auch sind wir als gewählte Delegierte von 1,1 Millionen organisierten jungen Gewerkschaftern stolz darauf, Sie in einem Land begrüßen zu können, in dem die Arbeitnehmer das grundgesetzlich verbriefte Recht haben, sich in freien und unabhängigen Gewerkschaften zusammenzuschließen. Wir halten dies für ein unverzichtbares Recht aller arbeitenden Menschen in allen Ländern der Welt. Freie und unabhängige Gewerkschaften sind eine Voraussetzung jeder demokratischen Gesellschaft.

Deshalb begleitet all unsere Sympathie die polnischen Arbeitnehmer beim Aufbau ihres unabhängigen Gewerkschaftsbundes „Solidarnošć". Der Deutsche Gewerkschaftsbund bekennt sich uneingeschränkt zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die 11. Bundesjugendkonferenz nutzt daher gern die Gelegenheit, um auch an Sie ganz persönlich zu appellieren, alles dazu beizutragen, daß die territoriale Integrität und nationale Souveränität Polens gesichert bleiben.

... Die einzige realistische Politik des Friedens sehen wir derzeit in der Fortsetzung der Entspannungspolitik und von Verhandlungen. Ziel dieser Verhandlungen muß sein:

- auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten;
- die Produktion von Atomwaffen einzustellen;
- die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen.

Wir fordern Sie deshalb auf, für dieses Ziel einzutreten.

Wir begrüßen ganz ausdrücklich den zwischen den Außenministern der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten

• die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen.

Wir fordern Sie deshalb auf, für dieses Ziel einzutreten.

Wir begrüßen ganz ausdrücklich den zwischen den Außenministern der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten
von Amerika vereinbarten Beginn neuer Abrüstungsverhandlungen. In diesem Zusammenhang haben wir uns stets dafür ausgesprochen, die Vorschläge der Regierung der Sowjetunion zur Begrenzung der Stationierung von Mittelstreckenraketen genau zu prüfen und zum Anlaß für weitere Überlegungen im Sinne von Rüstungsbeschränkungen und Rüstungsabbau zu nehmen.

Hierzu zählen wir auch den Vorschlag der Sowjetunion zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa, für die wir allerdings die Einbeziehung von Teilen der Sowjetunion als unerläßliche Voraussetzung ansehen. Wir bekennen uns außerdem unmißverständlich zur Ratifizierung des SALT-II-Abkommens.

Lassen Sie uns Ihnen aber auch unsere tiefe Betroffenheit über den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan und die anhaltende Besetzung dieses Landes durch Soldaten der Sowjetarmee mitteilen.

Für uns ist eine Politik des Friedens nur unter voller Achtung der territorialen Integrität und nationalen Souveränität aller Staaten möglich.

Deshalb verurteilen wir die Unterstützung von Diktaturen wie zum Beispiel in El Salvador. Deshalb verurteilen wir die Besetzung Afghanistans und sehen darin einen schweren Schlag gegen die Entspannungspolitik. Ihren Besuch nehmen wir zum Anlaß für den Appell an Sie, alles dazu beizutragen, daß die sowjetischen Truppen aus Afghanistan unverzüglich abgezogen werden ...

(Auszug)

cab.Hamburg. Die wesentlichen Bestandteile der Unterredung seien hier dokumentiert:

Versteht Ihr Euch als politische Punkgruppe?

Politisch ... ist die Frage. Wir hatten einen dabei, der hatte nie 'ne eigene Meinung, der hat nie so richtig was gesagt. Unser ehemaliger Schlagzeuger hat z.B. auf der Anti-Haig-Demo in Berlin nur 'rumgenörgelt, daß er keinen Bock mehr hat und nach Hause will ...

Warum spielt Ihr gerade Punk?

Wir spielen das, was uns gerade einfällt, was uns Bock bringt, z.B. auch Blues und Rock'nRoll. Das kommt natürlich daher, was für Musik du immer schon gespielt hast. Gehört hab' ich früher immer Hard-Rock, z.B. Status Quo, AC-DC, Slade, na, eben so härtere Musik. Und dann hab' ich Sex Pistols gehört und da dacht' ich, oh Mann, das wäre geil. Ich las dann Zeitungen wie Pop-Foto, war da 14, und da stand alles ganz dick über Punk aus England. Ich hab mir dann Jam, Dent und Clash gekauft und was da noch alles in war, und dann ging das immer so weiter.

Hat Euer Spiel eine politische Funktion?

Vielleicht kann man das von den Texten her sagen. Sonst kann man eigentlich nur Phrasen dreschen. Es ist schwierig, gute Sachen zu machen. „Ton, Steine, Scherben" war'n natürlich geil, aber die Leute war'n auch 'n bißchen älter und die haben auch für andere Leute gespielt. Unser Publikum ist meist zwischen 16 und 18 oder sogar noch jünger. Dann nützt es auch nichts, wenn du solche Texte machst wie „Solidarität", wie das die „Scherben" gemacht hat. Ein guter Teil von den Leuten versteht das dann einfach nicht.

... Könnt Ihr die Leute auch politisch ansprechen, denen Ihr aufspielt?

Sicher, glaub' ich schon. Wenn die Leute echt auf die Musik abfahren, dann kommen sie automatisch auch zu den Texten. Und „Deutschland" oder „Bullenschweine" oder „Hey Punk", um bei den deutschen Liedern zu bleiben, das sind wohl die Lieder überhaupt, die politisieren können und dies wohl auch getan haben. Wir ham ja auch andere Dinger bei, die einfach nur witzig sind und politisch überhaupt nichts sagen ...

Ja, aber das is'n Lebensgefühl, insofern auch politisch! (Heiterkeit)

Wenn man einmal davon ausgeht, daß Eure Art von Lebensgefühl in der BRD systematisch unterdrückt wird, ist dies Gefühl wohl eher alternativ zu nennen?

Ja, sicher. Unsere Lieder sind aber irgendwie doch nur Phrasengedresche. So mit Alternative zeigen, das is' da

bißchen älter und die haben auch für andere Leute gespielt. Unser Publikum ist meist zwischen 16 und 18 oder sogar noch jünger. Dann nützt es auch nichts, wenn du solche Texte machst wie „Solidarität", wie das die „Scherben" gemacht hat. Ein guter Teil von den Leuten versteht das dann einfach nicht.

... Könnt Ihr die Leute auch politisch ansprechen, denen Ihr aufspielt?

Sicher, glaub' ich schon. Wenn die Leute echt auf die Musik abfahren, dann kommen sie automatisch auch zu den Texten. Und „Deutschland" oder „Bullenschweine" oder „Hey Punk", um bei den deutschen Liedern zu bleiben, das sind wohl die Lieder überhaupt, die politisieren können und dies wohl auch getan haben. Wir ham ja auch andere Dinger bei, die einfach nur witzig sind und politisch überhaupt nichts sagen ...

Ja, aber das is'n Lebensgefühl, insofern auch politisch! (Heiterkeit)

Wenn man einmal davon ausgeht, daß Eure Art von Lebensgefühl in der BRD systematisch unterdrückt wird, ist dies Gefühl wohl eher alternativ zu nennen?

Ja, sicher. Unsere Lieder sind aber irgendwie doch nur Phrasengedresche. So mit Alternative zeigen, das is' da
auch nicht drin. Außer, Steine und Mollis werfen (Heiterkeit).

Auf alle Fälle ist es gut, wenn du auch das singst, was die Typen denken. Dann ist es scheißegal, ob das Phrasen sind oder nicht.

... Richtig, das ist ja auch das, was wir denken. Der Sinn unserer Texte ist nicht der, das „Kapital" von Marx liedmäßig 'runterzusingen. Wir wollen einen Anstoß geben, damit man sich dann weiter umhören kann, nachdenken kann.



Das nachfolgende Interview wurde mit vier von fünf Mitgliedern der Punkformation „Slime" geführt, über Punk, Politik und Randale

...Also, ich find', das wird nun total negativ gesehen mit der Phrasendrescherei. Die Parole „USA – SA – SS" wird nun auch seit über zehn Jahren gerufen und ich find sie nur in Ordnung. Das is' unser Ding. Richtig weggekommen und die Leute zum weiteren Nachdenken angeregt ham für mich eigentlich nur „Ton, Steine, Scherben". Das wär' auch 'n Ziel, dann tatsächlich solche Texte zu machen.

Die „Scherben" haben 1976 zur Wahl der SPD aufgerufen.

Das kauf' ich dir so nicht ab. Und wenn, dann sind die Texte trotzdem aus'm Leben gegriffen und erzählen davon, was die tagtäglich erlebt haben. Also Besetzung vom Rauch-Haus und so 'ne Dinger.

... Das war auch die einzige Gruppe, die sich gut ausdrücken konnte ...

Die nicht zu som reinen Geld-Wischiwaschi wie Maffay und Lindenberg verkommen sind, die halt nur so mal irgendwelche sozialkritischen Dinger da 'reinbringen, wenn's mal gerade angesagt ist. Oder Udo Jürgens, der es schafft, für zwei Generationen zugleich zu singen.

Wie ich das verstehe, seht Ihr Euch irgendwie in der Tradition von „Ton, Steine, Scherben"?

Für mich bestimmt. Das heißt aber nicht, daß ich solche Musik spielen würde. Von den Texten her aber auf jeden Fall.

Für mich auch. Wir haben jetzt vier neue Texte in Vorbereitung, „Yankees out" vor allem ... Es zeigt, daß die USA die größten Mörder sind, die je existiert haben: Indianer und Neger haben sie ausgerottet, und im Dschungel von Vietnam, wo sie nichts zu suchen hatten, haben sie Kinder und Greise mit Napalm bebombt. Was eh klar ist: wir drücken das aus, was in den Leuten drin ist.

... in den meisten, nicht?

In den meisten. Ein Lied wie „Deutschland" z.B. soll gegen die faschistischen Tendenzen bei den Punks wirken. Das sind Leute, die bei den Konzerten mal den rechten Arm recken und „Sieg Heil" schreien, aber wohl keine Leute, die losgehen würden und Kommunisten verprügeln oder Türken vergasen, naja, o.k., die meisten zumindest nicht.

Im Grunde genommen wissen die Leute genau, daß wenn tatsächlich mal wieder solche Leute an der Macht sind oder andere Leute als jetzt, daß sie eine der ersten sind, die abgehen. Sei es Umerziehungs-, sei es Arbeitslager.

Die Leute machen sich Gedanken, was dann? Ihr spielt also nur so vor Euch hin, habt Euch mit dieser Rolle abgefunden?

Wir stellen uns nicht vor, eine Partei oder eine Organisation zu gründen, wie es der KBW z.B. ist. Auf gar keinen Fall eine Partei. Den Parlamentarismus lehnen wir ab.

... Ich bin total gegen Parteien.

... Was man natürlich machen kann, man kann z.B. auf Demos spielen. Das haben wir auch schon getan. Man kann Freikonzerte geben, wie z.B. in der „Markthalle" für die Hungerstreikenden der RAF. Wir haben auch umsonst für den Schulstreik in Hamburg gespielt. Das geht weiter als reines Konzertegeben, wo die Leute reingehen, sich das anhören und wieder rausgehen.

Aber mit einer Tätigkeit in einer politischen Gruppe ist das doch nicht zu vergleichen.

Wir sind Schüler, Arbeiter und haben einen Lehrling. Bei denen finden die Kämpfe statt. Du gehst ja auch auf Demos, die Aktionen sind da, ohne daß sie von dir gemacht werden. Das läuft alles nebenbei.

mich eigentlich nur „Ton, Steine, Scherben". Das wär' auch 'n Ziel, dann tatsächlich solche Texte zu machen.

Die „Scherben" haben 1976 zur Wahl der SPD aufgerufen.

Das kauf' ich dir so nicht ab. Und wenn, dann sind die Texte trotzdem aus'm Leben gegriffen und erzählen davon, was die tagtäglich erlebt haben. Also Besetzung vom Rauch-Haus und so 'ne Dinger.

... Das war auch die einzige Gruppe, die sich gut ausdrücken konnte ...

Die nicht zu som reinen Geld-Wischiwaschi wie Maffay und Lindenberg verkommen sind, die halt nur so mal irgendwelche sozialkritischen Dinger da 'reinbringen, wenn's mal gerade angesagt ist. Oder Udo Jürgens, der es schafft, für zwei Generationen zugleich zu singen.

Wie ich das verstehe, seht Ihr Euch

neue Texte in Vorbereitung, „Yankees out" vor allem ... Es zeigt, daß die USA die größten Mörder sind, die je existiert haben: Indianer und Neger haben sie ausgerottet, und im Dschungel von Vietnam, wo sie nichts zu suchen hatten, haben sie Kinder und Greise mit Napalm bebombt. Was eh klar ist: wir drücken das aus, was in den Leuten drin ist.

... in den meisten, nicht?

In den meisten. Ein Lied wie „Deutschland" z.B. soll gegen die faschistischen Tendenzen bei den Punks wirken. Das sind Leute, die bei den Konzerten mal den rechten Arm recken und „Sieg Heil" schreien, aber wohl keine Leute, die losgehen würden und Kommunisten verprügeln oder Türken vergasen, naja, o.k., die meisten zumindest nicht.

Im Grunde genommen wissen die Leute genau, daß wenn tatsächlich mal wieder solche Leute an der Macht sind

Wir stellen uns nicht vor, eine Partei oder eine Organisation zu gründen, wie es der KBW z.B. ist. Auf gar keinen Fall eine Partei. Den Parlamentarismus lehnen wir ab.

... Ich bin total gegen Parteien.

... Was man natürlich machen kann, man kann z.B. auf Demos spielen. Das haben wir auch schon getan. Man kann Freikonzerte geben, wie z.B. in der „Markthalle" für die Hungerstreikenden der RAF. Wir haben auch umsonst für den Schulstreik in Hamburg gespielt. Das geht weiter als reines Konzertegeben, wo die Leute reingehen, sich das anhören und wieder rausgehen.

Aber mit einer Tätigkeit in einer politischen Gruppe ist das doch nicht zu vergleichen.

Wir sind Schüler, Arbeiter und haben einen Lehrling. Bei denen finden die Kämpfe statt. Du gehst ja auch auf De-

*

Mit Hollow Skai läßt sich folgerichtig aus diesem Gespräch dies konstatieren: Punk ist eine Lebenshaltung, die die bürgerlich-satte Langeweile durchbricht und gesellschaftliche Erstarrung aufweicht. Die Musik ist dabei der Ausdruck der ökonomischen und Lebenslage der Jugendlichen. Ein einheitliches Geflecht ist nicht erkennbar, braucht es auch nicht, denn – so „Slime" – man will zum Handeln anregen, oder wenigstens zum Mitdenken oder Nachdenken. Die Schwäche der Punkbewegung scheint in ihrer Organisationsfeindlichkeit zu liegen. Punk ist nahezu grotesk alternativ, individuell und kollektiv zu gleichen Teilen. Deshalb ist die Frage nach der Kontinuität der Punkbewegung als besonderer Ausdruck vergangener Jugendbewegung wie die der Mods, Teds, Gammler, Beatniks, Freaks und Hippies ungeeignet, uns Aufschluß über die Ziele *der* Punkbewegung zu geben. Die gibt es nämlich nicht.

Vielleicht kann man beim Punk mehrere Strömungen voneinander unterscheiden, von denen jede durch ihr spezifischen Erfahrungen geprägt und abgegrenzt ist: eine „No future"-Fraktion, eine kleine faschistoide Strömung, eine als links sich empfindende Bewegung, die im Punk-Rahmen eine gewisse fortschrittliche Kreativität aufweist und die Selbstverwirklichung propagiert. Die Einschätzung Assenmachers, Punk sei nichts, sinnlos, eben „no future", finde ich beinah beleidigend abstrus und irreführend. Sie erzeugt neue Vorurteile und schiebt die Punker-Generation in ein unverdientes politisches Abseits. Die Hilflosigkeit Assenmachers gipfelt in der Formulierung, man könne Punk schlecht oder gar nicht erklären. Wie das? Mystifikation oder gewolltes Zurückweichen in hilfloser Verzweiflung dient weder der nützlichen Auseinandersetzung mit schlechthin alternativen Jugendbewegungen, noch hilft es der anzustrebenden Einheit mit denselben.

*

– Die Hamburger Punk- und Deutschrockszene

Seit einem Jahr haben sich in Hamburg und Umgebung etliche deutsch singende Rock- und Punkgruppen formiert. Ihr qualitatives Niveau ist durchweg als ansprechend bis ausgezeichnet zu betrachten. Von den pazifistischen Neutralisten der „City Preachers" mit Inga Rumpf (1969) bis hin zu „Fee" (gegründet 1980), „Geisterfahrer" (1979), „Slime" (1980) oder „Schmierfinken" (1981) war es ein langer Weg. In der Konsequenz aber ein nützlicher. Die Inhalte der Titel sind durchweg so-

propagiert. Die Einschätzung Assenmachers, Punk sei nichts, sinnlos, eben „no future", finde ich beinah beleidigend abstrus und irreführend. Sie erzeugt neue Vorurteile und schiebt die Punker-Generation in ein unverdientes politisches Abseits. Die Hilflosigkeit Assenmachers gipfelt in der Formulierung, man könne Punk schlecht oder gar nicht erklären. Wie das? Mystifikation oder gewolltes Zurückweichen in hilfloser Verzweiflung dient weder der nützlichen Auseinandersetzung mit schlechthin alternativen Jugendbewegungen, noch hilft es der anzustrebenden Einheit mit denselben.

*

– Die Hamburger Punk- und Deutschrockszene

Seit einem Jahr haben sich in Hamburg und Umgebung etliche deutsch singende Rock- und Punkgruppen formiert. Ihr qualitatives Niveau ist durchweg als ansprechend bis ausgezeichnet zu betrachten. Von den pazifistischen Neutralisten der „City Preachers" mit Inga Rumpf (1969) bis hin zu „Fee" (gegründet 1980), „Geisterfahrer" (1979), „Slime" (1980) oder „Schmierfinken" (1981) war es ein langer Weg. In der Konsequenz aber ein nützlicher. Die Inhalte der Titel sind durchweg so-
zialkritischen und offensiv politischen Gehalts, die Stoßrichtung antiparlamentarisch, antiamerikanisch, antipazifistisch.

Die Verkaufszahlen stagnieren momentan nur bei „Geisterfahrer", die versuchten, mehr lyrische und nach innen gerichtete Poeme zu texten: „Meine Stimme ist falsch, hört nicht auf mich ..." Die Entsagung hat ihnen nichts eingebracht, gefragt ist mehr und mehr die Auseinandersetzung.

Deutschland

Wo Faschisten und Multis das Land regiern
wo leben und Umwelt keinen interessiern,
wo alle Menschen ihr Ich verliern,
da kann eigentlich nur eins passiern:
Deutschland muß sterben, damit wir leben können!

Schwarz ist der Himmel, rot ist die Erde, Gold

Bullenschweine

Der Faschismus hier in diesem Land, der nimmt allmächlich überhand

wir müssen was dagegen tun, sonst lassen uns die Bullen nicht mehr in Ruh'.

die Bullen hauen immer zu, jedes Mal sind wir die Dummen, nehmen uns fest, stecken uns in den Knast

Hey Punk

Alle reden von Terroristen, die Spießerschweine und Halbfaschisten
wenn du keine Bild-Zeitung liest, bist du gleich ein Terrorist
in der S-Bahn starrn sie dich an, als hättste in der Tasche eine Tommy-Gun
dabei bist du nur ein „innocent" Punk, wer weiß, was daraus werden kann

Deutschland

Wo Faschisten und Multis das Land regiern
wo leben und Umwelt keinen interessiern,
wo alle Menschen ihr Ich verliern,
da kann eigentlich nur eins passiern:
Deutschland muß sterben, damit wir leben können!

Schwarz ist der Himmel, rot ist die Erde, Gold
sind die Hände der Bonzenschweine,
doch der Bundesadler stürzt bald ab
denn Deutschland, wir tragen dich zu Grab

Wo Raketen und Panzer den „Frieden sichern",
AKW's und Computer das „Leben verbessern",
bewaffnete Roboter überall
doch Deutschland, wir bringen dich zu Fall.

Bullenschweine

Der Faschismus hier in diesem Land, der nimmt allmächlich überhand

wir müssen was dagegen tun, sonst lassen uns die Bullen nicht mehr in Ruh'.

die Bullen hauen immer zu, jedes Mal sind wir die Dummen, nehmen uns fest, stecken uns in den Knast

da versteigern wir unsern Haß: ⅓ Heizöl, ⅓ Benzin, wie '68 in Westberlin

diese Mischung ist wirkungsvoll, denn diese Mischung knallt ganz toll, Bullenschweine

Dies ist ein Aufruf zur Revolte, dies ist ein Aufruf zur Gewalt

Bomben baun, Waffen klaun, den Bullen auf die Fresse haun, haut die Bullen platt wie Stullen, schlagt den Polizeitrupp reif

Hey Punk

Alle reden von Terroristen, die Spießerschweine und Halbfaschisten
wenn du keine Bild-Zeitung liest, bist du gleich ein Terrorist
in der S-Bahn starrn sie dich an, als hättste in der Tasche eine Tommy-Gun
dabei bist du nur ein „innocent" Punk, wer weiß, was daraus werden kann
Hey Punk, zeig ihnen wer du bist
Hey Punk, noch kein Terrorist
Hey Punk, spuck ihnen ins Gesicht
Hey Punk, anders geht es nicht
Sie nennen uns Punk-Chaoten, weil sie nichts wissen, diese Vollidioten
wir sind intolerant und zerstörungswütig, stimmt sogar, denn wir ham genug Gründe, überall wird man unterdrückt, nur die besten werde rausgepickt
doch jeder hat das Recht zu leben, sich gegen Unterdrückung zu erheben!

Anmerkung: „Deutschland muß sterben, damit wir leben können" ist die Umkehrung der Aufschrift des berüchtigten Kriegerdenkmals am Hamburger Dammtor-Bahnhof.

Fernsehtip

Kleine Fluchten

Das poetische Werk von Yves Yersim, in schweizerisch-französischer Koproduktion 1979 gedreht, ist schon längst ein Klassiker der Programm- und Alternativkinos. Da ist der alte Knecht Pepe, der nach lebenslanger Arbeit auf einem Bauernhof, nach Demütigung und Schinderei, nicht den „Altenteil" belegt, sondern anfängt, sich aktiv seine Umwelt zu erschließen. Eine liebevolle Studie der Emanzipation eines alten Menschen, die international große Anerkennung fand.

Sonntag, 29.11., 20.20 Uhr im ARD

Der Traum vom Glück

Eigentlich hat man es ja schon lange erwartet – nun ist es auch soweit. Die Geschichte der marxistisch-leninistischen Bewegung vom Ausgang der Studentenbewegung bis zur Gründung der Zirkel und Parteien, als Studie von Psychoterror und gruppenspezifischer Eigendynamik, im Fernsehspiel. Der ZDF-Pressedienst formuliert die Aufgabenstellung des Fernsehspiels so: „Für die vorliegende Geschichte interessiert vor allem der Rattenfängercharakter dieser Gruppen, die, in ihrem internen Aufbau einem undurchschaubar aber perfekt funktionierenden Beamtenapparat vergleichbar, ihre Mitglieder aus allen früheren Lebensbereichen herauslösen und sie physisch und psychisch total absorbieren ... Die ‚Partei' wird absoluter Lebensmittelpunkt ... Die Geschichte zeigt den langsamen und schmerzhaften Auflösungsprozeß einer Partnerbeziehung, ausgelöst durch ein sektiererisches politisches Sendungsbewußtsein, das den Privatbereich als nutzlos und ‚individualistisch' verteufelt und als ‚kleinbürgerlich' verachtet."

Richtig ist es wohl, sich das Fernsehspiel anzuschauen, denn offensichtlich ist es darauf angelegt, eine Geschichte des „Sektierertums" und der „Verknöcherung" ohne die politischen Fragestellungen und Auseinandersetzungen vorzuführen.

Donnerstag, 3.12., 22.20 Uhr im ZDF